PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 3. August 1976, fertiggestellt

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

5. August 1976 Jg. 4 Nr. 31 50 Pfennig

Das KPD-Verbot muß zu Fall gebracht werden!

Interview mit Hans Meyer, 63 Jahre, Mitglied der Ortsgruppe Bremen des KBW, Bürgerschaftsabgeordneter der KPD 1951 bis 1953, Kandidat des KBW bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1975.

Worin liegt die Bedeutung des KPD-Verbots in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes?

Im Jahre 1956, als das Verbot der KPD auf Antrag der CDU-Regierung unter Führung des Kanzlers der westlichen Alliierten, Adenauer, wie Kurt Schumacher ihn einmal treffend charakterisierte, durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen wurde, hatten wir es in der BRD mit einer relativ ruhigen Phase der Klassenkampfsituation zu tun. Dadurch war für viele die Bedeutung des Verbots der KPD unklar und undurchsichtig, sahen sich selbst als Demokraten und Angehörige der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, aber außerhalb der KPD stehend, vom Verbot der KPD nicht betroffen, hielten es zwar für undemokratisch, aber nur für die Kommunisten, da es sich scheinbar nur gegen die Kommunisten richtete, wie sie meinten. Heute, im Jahre 1976, 20 Jahre nach dem bestehenden Verbot der KPD, haben wir es mit einer anderen, mit einer neuen Phase der Klassenkampfsituation zu tun, die sich, hervorgerufen durch den Zwang der kapitalistischen Entwicklungsverhältnisse, in einem Neuaufschwung der demokratischen und der Arbeiterbewegung äußert. Diese gegenwärtig neue Phase der Klassenkampfsituation macht die Bedeutung wie auch den von der Bourgeoisie gedachten Wirkungsbereich des schon im Jahre 1956 erfolgten Verbots der KPD deutlich und deutlicher, und dürfte all jene ernüchtern, die 1956 glaubten, das Verbot der KPD sei nur gegen die Kommunisten gerichtet und somit nur eine Angelegenheit der Kommunisten. Heute, in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation des Neuaufschwungs der Massenbewegung, zeigt sich, das Verbot der KPD ist nicht nur gegen die Kommunisten als die revolutionäre Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung gerichtet, es soll finden und findet Anwendung gegen die gesamte Arbeiterbewegung und die demokratische Massenbewegung. Die Niederlage der Massenbewegung, die Einschränkung der durch die Arbeiterbewegung und demokratische Massenbewegung erkämpften Rechte soll durch die Anwendung des KPD-Verbots besiegelt und der Wiederaufbau der KPD verhindert werden.

Weiter zeigt sich heute, das KPD-Verbot dient der westdeutschen Bourgeoisie, schadet, entrechtet und gefährdet alle fortschrittlichen Kräfte.

Fortsetzung Seite 2

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ruft zu Demonstrationen gegen das KPD-Verbot am 18. August in folgenden Städten auf:
Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart, Ravensburg, Nürnberg, München, Konstanz, Tübingen; Kassel, Gießen, Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden; Ludwigshafen, Kaiserslautern, Mainz; Köln, Düsseldorf, Essen, Aachen, Dortmund, Münster, Bonn, Bochum; Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Osnabrück, Hannover, Braunschweig, Wolfsburg, Göttingen; Westberlin; zu Kundgebungen in Trier und Koblenz.

Dienstag, den 3. August, ist Edgar Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, zusammen mit Frau Tekere in der Bundesrepublik angekommen. Er wird ab jetzt die ZANU-Delegation im weiteren Verlauf der Rundreise leiten. Über die bereits angekündigten Veranstaltungen hinaus finden zwischen dem 9. August und dem 17. August weitere in den Städten Osnabrück, Münster, Kassel, Frankfurt, Kaiserslautern, Freiburg, Stuttgart, Mannheim und Westberlin statt. In vielen Städten der Bundesrepublik und Westberlin werden gegenwärtig Aktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und für die Sammlung für die 4 Lastwagen durchgeführt. (Bild: Agitation der Ortsgruppe München in der Innenstadt, siehe auch Seite 13)



„Es muß die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen“

Innenminister Schwarz aus Rheinland-Pfalz hat dem „Spiegel“ ein Interview gegeben zum neuen Polizeigesetz. Schwarz ist führend beteiligt an dem Entwurf dieses neuen Polizeigesetzes. Danach kann die Polizei in Zukunft gezielte tödliche Schüsse abgeben, wenn sie das für notwendig hält. Sie kann auf Demonstrationen und Massenversammlungen schießen und wird mit Maschinengewehren und Handgranaten aufgerüstet.

Man muß das richtig verstehen: Dies Polizeigesetz zeigt, was sich die Bourgeoisie noch alles leisten kann. Es zeigt aber auch, was sie bereits unternehmen muß, um ihre Herrschaft zu verteidigen. „Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen“, führt Schwarz zur Begründung des neuen Polizeigesetzes an. Er sagt nicht: Es muß doch eine Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution zu verhindern. Er ist vergleichsweise klarsichtig. Er geht von der Unvermeidlichkeit der bewaffneten Revolution aus. Der Bourgeois hat gegenüber manchem Linken einiges voraus.

Die Konsequenz kann für den Bourgeoisminister nur die Errichtung eines blanken Terrorregimes sein. Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Unverletzlichkeit der Person sind alles Rechte, die die Bourgeoisie gegen den Feudalismus hochgehalten hat. Gegenüber der Arbeiterklasse werden diese Rechte für die Bourgeoisie zur bloßen Fessel. Sie beseitigt diese Rechte und tritt sie mit Füßen. Innenminister Schwarz in dem Interview: „Ich muß doch eine gesetzliche Grundlage haben, um mir von Ihnen den Ausweis zeigen zu lassen und Sie mitzunehmen.“ „Wenn Kontrollen durchgeführt werden, wird beispielsweise Mainz oder Koblenz für vier Stunden zugemacht.“ „Ich muß doch den potentiellen Verbrecher für 24 Stunden festhalten können, ohne der Familie Bescheid zu sagen, damit die nicht möglicherweise denjenigen warnt, der mit im Spiel ist.“

Ein Problem sehen die „Spiegel“-Reporter: Wie kann sichergestellt werden, daß der Terror nicht sie oder andere Bourgeois trifft? Die „Spiegel“-Leute fragen: „Wer also in Hamburg mal inkognito zur Reeperbahn will, muß damit rechnen, daß sein Ausflug mit allen Personaldaten der Polizei bekannt wird. Ist der Schutz der Privatsphäre so wenig wert?“ Das Problem der „Spiegel“-Leute sieht auch Schwarz: „Da hoffe ich nur auf die Diskretion der Polizei.“ So also sieht bürgerlicher Liberalismus aus. Die Hurerei der Bourgeois wird durch die Diskretion der Polizei geschützt. Ansonsten wird die Polizei losgelassen.

Als einen Grund für die Aufrüstung der Polizei und die Legalisierung des Polizeiterrors nennt Schwarz: „... wenn wir die Notstandsregelung, also den Einsatz der Bundeswehr, möglichst weit zurückdrängen wollen, müssen wir bestimmte Situationen mit polizeilichen Mitteln lösen können.“ Der Bourgeoisminister traut den Wehrpflichtigen nicht, wenn er sie gegen Arbeiter und das Volk einsetzt. Der Bourgeois ist weitsichtig.

In der letzten Woche hat in Mannheim und Trier der Kapitalist Wetzel seine Kranbaufirma von einem Tag auf den anderen geschlossen. Er hatte sich verspekuliert. Die Firma hat er rechtzeitig ausgeplündert. Die Arbeiter standen von einem Tag auf den andern auf der Straße. Sie rotteten sich vor dem Betrieb zusammen. Polizei zog auf. Ein Arbeiter sagte, ihr wollt wohl die Kapitalisten schützen. Ein Polizist antwortete: Hör bloß auf mit deinen kommunistischen Redensarten. Die Arbeiter sagten zu den Polizisten: Ihr wollt die da drin schützen, aber die werden ihre Fänge kriegen. Später warfen die Arbeiter in ihrem Zorn Flaschen und Steine in die Scheiben des Betriebs, den sie aufgebaut haben und aus dem sie der Kapitalist hinausgeworfen hat. Solche Erfahrungen haben Hunderttausende Arbeiter gemacht. Es ist klar, daß sie daraus ihre Konsequenzen ziehen. Das weiß die Bourgeoisie. Darauf bereitet sie sich vor. „Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen“, sagt Schwarz. „Der bewaffnete Aufstand ist eine Kunst“, hat Lenin festgestellt. Die westdeutsche Arbeiterklasse wird diese Kunst lernen. Dazu braucht sie ihre marxistisch-leninistische Partei.

Das Lager Tel-Al-Zaatar hält den Angriffen der Reaktionäre stand

Die libanesischen und palästinensischen Volksmassen kämpfen für die Befreiung von Imperialismus, Zionismus und Reaktion

Am 21. Juni haben die reaktionären christlichen Truppen das Lager Tel-Al-Zaatar umzingelt, halten es seitdem belagert und unter ständigem Beschuß. Erobert haben sie es nicht. Die eingeschlossenen palästinensischen Massen kämpfen gegen die Reaktionäre, hinter denen der USA-Imperialismus und Israel stehen. Sie kämpfen gegen die Reaktion, für das Recht und die Möglichkeit, vom Libanon aus den Kampf gegen den Besatzerstaat Israel, der sie aus ihrer Heimat vertrieben hat, bald fortsetzen zu können. Gegenwärtig jedoch müssen sie sich der Reaktionäre erwehren und sie besiegen, um dann erneut die Kraft des revolutionären Befreiungskampfes auf den Hauptfeind, den zionistischen Besatzerstaat, konzentrieren zu können.

Was macht die Presse der imperialistischen Bourgeoisie daraus? Der Kampf um das Lager Tel-Al-Zaatar zeigt „wie kaum ein andereres Ereignis Grausamkeit und Opferbereitschaft im libanesischen Bürgerkrieg – bei bisher über 50 gescheiterten Waffenstillstandsversprechen“ (Spiegel).

Die libanesischen Volksmassen kämpfen gegen eine reaktionäre Bourgeoisclique, die sie bisher geschröpft, bis aufs Blut ausgepreßt hat und den Libanon dem US-Imperialismus ausliefert. Diese reaktionäre Clique hat Horden, die vom Imperialismus laufend mit allem zur Kriegsführung nötigen Material versorgt werden. Die libanesischen Volksmassen kämpfen für die Befreiung des Libanon vom Joch des Imperialismus, für die Beseitigung einer Schmarotzerklasse und die Zerschlagung des Großgrundbesitzes. Weil sie für ihre gerechten Interessen kämpfen, ist ihre Opferbereitschaft groß und können alle Grausamkeiten, die die Reaktionäre begehen, ihren Kampfeswillen nicht brechen.

Die Presse der imperialistischen Bourgeoisie wird jedoch nicht müde, zu behaupten, daß im Libanon eine „verwirrende, komplizierte und aussichtslose“ Lage existiert. Ersichtlich sei, daß die Araber untereinander nicht zurechtkommen und ihre Angelegenheiten nicht selber lösen können.

Jetzt hat sich der Vatikan erklärt: Dem Leiden des palästinensischen Volkes müsse ein Ende gemacht werden. Der reaktionäre, schwarze Klerus ist gewiß nicht der Sympathie mit dem revolutionären Befreiungskampf des palästinensischen Volkes verdächtig. Gesagt wird, daß endlich durchgegriffen und eingeschritten werden muß.

Für jeden, der von den Interessen und vom Kampf der arabischen Völker ausgeht, ist die Lage einfach: Die Völker wollen Befreiung vom zionistischen Besatzerstaat und die Befreiung ganz Arabiens vom Joch des Imperialismus und Hegemonismus. Kompliziert und verwirrend wurde die Lage durch den Imperialismus gemacht, um die Völker auf dem Weg zu diesem Ziel aufzuhalten. Der USA-Imperialismus hat nicht direkt interveniert, sondern im Vorjahr die reaktionären christlichen Parteien und ihre Truppen losgelassen, um den Krieg gegen die Massen zu entfachen und sie zu schlagen. Die Zionisten und Imperialisten haben diesen Kampf zum „Religionskrieg“ erklärt, um die Klasseninteressen zu vertuschen. Der russische Sozialimperialismus ist als „natürlicher Verbündeter“ der arabischen Völker auf den Plan getreten, um sich allseitig einzumischen; dieser „Freund des palästinensischen Volkes“ ist gegenwärtig dabei, erneut diplomatische Beziehungen mit Israel zu knüpfen.

Weil die arabischen Völker gegenwärtig noch nicht revolutionär geeint sind, sondern in verschiedenen arabischen Staaten noch bürgerlich-nationalistische Regimes herrschen und nicht die Arbeiterklasse, nutzen die imperialistischen Mächte Widersprüche zwischen diesen Regimes in ihrem Interesse aus. Das kompliziert die Lage für die arabische Nation, weil so die Möglichkeit der Spaltung und Einmischung besteht. Die Imperialisten führen Pferdewechsel durch und machen darüber viele Worte.

Weil die syrische Armee gegenwärtig an der Unterdrückung und Bekämpfung der libanesischen und palästinensischen Volksmassen beteiligt ist, erhält der syrische Präsident Assad Beifall in den Spalten der bürgerlichen Presse. ZDF-Reporter Medlitzky ist des Lobes voll. Vor ein paar Monaten

Fortsetzung Seite 2

Das Lager Tel-Al-Zaatar ...

Fortsetzung

noch ist Syrien als radikal angeprangert worden, weil es die PLO im UNO-Sicherheitsrat unterstützt hat. Vor ein paar Monaten waren dieselben Leute des Lobes voll, als Präsident Sadat von Ägypten den Freundschaftsvertrag mit dem russischen Sozialimperialismus gekündigt hat. Jetzt kritisieren sie Präsident Sadat, weil die ägyptische Regierung ihre Unterstützung der PLO erklärt hat.

Die Imperialisten arbeiten an einem Nebelvorhang über den gerechten Interessen, die die libanesischen Volksmassen genauso wie die palästinensischen Volksmassen verfechten. Dahinter wollen sie ihre Einmischung verbergen wie auch ihre direkte Aggression vorbereiten. Letztere haben sie mehrmals offen angekündigt. Sie haben sie nicht gewagt. Das ist Ergebnis des Fortschritts der Völker der Welt im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus und des Kampfes der libanesischen und palästinensischen Volksmassen gegen die Reaktion im Libanon.

Die Lügen der Imperialisten können die Solidarität mit dem Kampf des libanesischen und palästinensischen Volkes nicht verhindern. Ihre Angriffe und ihre Einmischung zwingen dem Befreiungskampf der Volksmassen Windungen und Wendungen auf, können ihn aber nicht zerschlagen.

Lohnsklaven, gebunden an die Bewegungen des Kapitals

Jeder dritte männliche Erwerbstätige mußte zwischen 1955 und 1970 mindestens einmal seinen Beruf

Jeder dritte männliche Erwerbstätige mußte zwischen 1955 und 1970 mindestens einmal seinen Beruf wechseln. Besonders häufig von einem Zweig der Produktion oder des Austausches in den anderen geworfen wurden dabei die Erwerbstätigen mit Volksschulausbildung, wie das Institut der Bundesanstalt für Arbeit mitteilt, also vorwiegend die Arbeiter und kleinen Angestellten. Der Zwang, den Bewegungen des Kapitals zu folgen, war in den meisten Fällen verbunden mit Lohneinbußen: Mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, in der neuen Tätigkeit wenig oder nichts von den erlernten Kenntnissen und Fertigkeiten verwerten zu können. Aus qualifizierten Arbeitern sind solche geworden, die als ungelernte bezahlt werden. (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.8.76)

Brücke in die Donau gestürzt

In Wien ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag eine riesige Donaubrücke zusammengesackt und ins Wasser gestürzt. Vier Menschen ertranken. Nach ersten Ermittlungen ist die regelmäßige Kontrolle und Überprüfung der Brücke von der Bourgeoisverwaltung vernachlässigt worden. Der westdeutsche Fernsehkommentator im ZDF gab der Mitteilung eine Drehung auf „österreichische Schlamperei" mit dem Unterton: Das wär bei uns nicht passiert. Gerade zwei Wochen vorher war der westdeutschen Bourgeoisie ihr Jahrhundertwerk, der Elbe-Seitenkanal, geplatzt. Der Kanal hatte kein halbes Jahr gehalten.

Ex-Premierminister wegen Korruption verhaftet

Der japanische Premierminister der Jahre 1972 bis 1974, Tanaka, ist in der vergangenen Woche unter dem Verdacht verhaftet worden, von der amerikanischen Firma Lockheed für 4,5 Millionen DM Bestechungsgeld genommen zu haben. Dabei soll er gegen das Devisen- und Handelskontrollgesetz verstoßen haben. Der Fall ist bekannt geworden aufgrund der Konkurrenz mehrerer sich bekämpfender Politikercliquen in der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Tanaka betrieb in Hinblick auf die Parlamentswahlen im Herbst mitsamt seiner Bourgeoisclique den Sturz des gegenwärtigen Regierungschefs Miki, der 1974 sein Nachfolger geworden war. Die Bourgeoisclique um Miki hat in Verteidigung der einträglichen Regierungsämter und Regierungsaufträge jetzt zurückgeschlagen durch Verhaftung Tanakas. – Die Korruption als System ist in der parlamentarischen bürgerlichen Republik allgemein. Die Beamtenbestechung soll im letzten Jahr in Japan um 70,4 % zugenommen haben. Bei den 47 Präfekturen des Landes ist nur bei vieren gegenwärtig kein Fall bekannt. – (Nach Meldungen aus „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28.7. und „Stuttgarter Zeitung" vom 2.8.)

Das KPD-Verbot muß zu Fall gebracht werden!

Fortsetzung

Arbeiter und Angestellte, alle Demokraten, Sozialdemokraten wie Kommunisten. Es dient der Bourgeoisie bei der Verfolgung und den Rausschmissen von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Es dient der Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer Expansionspläne, der schrankenlosen Rüstung für die Beteiligung am Kampf um die Neuaufteilung der Welt und damit der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Abschließend zu dieser Frage möchte ich zur Vervollkommunung meiner Antwort und der sich ergebenden Schlußfolgerung aus dem Aufruf des ZK des KBW „Weg mit dem KPD-Verbot" folgende Stelle zitieren: „Die heutige Arbeiterbewegung und die demokratische Massenbewegung sind das entscheidende Hindernis für diese Bestrebungen. Die Konsequenz der Bourgeoisie ist klar: Die Bewegung muß unterdrückt werden. Der Aufbau einer Führung muß verhindert werden, wie in den fünfziger Jahren die Bewegung gegen die Remilitarisierung unterdrückt und die KPD verboten wurde. Das KPD-Verbot existiert seit 20 Jahren. Es ist aber nicht Vergangenheit des BRD-Imperialismus. Die Bourgeoisie betreibt seine Anwendung. Man darf nicht abwarten, wie weit sie dabei gehen wird. Die demokratische Bewegung muß die Bourgeoisie und das KPD-Verbot angreifen."

Wie wurde das KPD-Verbot vorbereitet und durchgeführt?

Die Vorbereitung des KPD-Verbot war eine jahrelange Kette der Behinderung und Terrorisierung der Mitglieder und Funktionäre der KPD, die schon 1950, also sechs Jahre vor Be-war eine jahrelange Kette der Behinderung und Terrorisierung der Mitglieder und Funktionäre der KPD, die schon 1950, also sechs Jahre vor Be-ginn des Verbots der KPD, mit Hausdurchsuchungen, oftmals ohne und mehrfach mit der Begründung „Sicherstellung staatsfeindlicher „Schriften" durchgeführt wurden. Diese Taktik der Bourgeoisie, Verunsicherung und Einschüchterung der Mitglieder der KPD auf der einen Seite und Erzeugung von Angst in der Bevölkerung auf der anderen Seite, diente wie auch heute noch der Isolierung der Kommunisten aus dem öffentlichen politischen Leben mit dem Ziel, das Verbot der KPD mit möglichst geringem Widerstand der demokratischen Kräfte und der Bevölkerung durchzusetzen. Gesteigert wurde diese Angstpsychose wenig später durch die Säuberung der Betriebe mit Hilfe der SPD von Kommunisten. Daß selbst wie in meinem Fall bei Borgward sozialdemokrtische Betriebsräte bedenkenlos ihre Unterschrift zur Entlassung gaben, und von der IG Metall-Leitung mit Gewerkschaftsausschluß beantwortet wurde, wer wie ich sich voll für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Losungen und Beschlüsse einsetzte. Unverkennbar sieht man hier die Aktionseinheit sozialdemokratischer Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre mit dem bürgerlichen Staat durch die Praktizierung der Senatsrichtlinien zur Abwehr des Kommunismus als vorbereitende Maßnahme des Verbots der KPD.

Weitere Maßnahmen des bürgerlichen Staates zur Vorbereitung des KPD-Verbots waren 1950 der Adenauer-Erlaß zur Säuberung des öffentlichen Dienstes von Kommunisten, Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung 1951, wobei sich über 9 Millionen gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hatten, sowie ab 1950 mit dem Verbot kommunistischer Demonstrationen und das Verbot kommunistischer Zeitungen durch das Pressedekret der Alliierten, das FDJ-Verbot sowie mittels zahlreicher Strafverfahren, wie bei mir, die immer ohne Urteil mit der Taktik der Verjährung endeten, sowie Überwachung kommunistischer Versammlungen durch die politische Polizei.

Wie haben die Kommunisten auf die Verbotsdrohung und das Verbot der KPD reagiert?

Die Kommunisten reagierten auf die Verbotsdrohung und das Verbot der KPD zunächst zweigleisig.

Erstens durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Verbotsdrohungen der KPD sowie mit dem Aufsuchen von Betriebsräten zwecks Abgabe persönlicher Stellungnahmen und Behandlung des KPD-Verbots in den Vertrauensmännerkörpern der Gewerkschaft.

Zweitens durch Vorbereitung auf die Illegalität nach dem Verbot.

Gewerkschaft.
Zweitens durch Vorbereitung auf die Illegalität nach dem Verbot.

Die Resonanz der Bevölkerung zwecks Beteiligung an den Kundgebungen und Demonstrationen sowie die Stellungnahme der Betriebsräte war schwach und widerspiegelte besonders bei den sozialdemokratischen Betriebsräten die Unklarheit über das Verbot der KPD in bezug auf die Anwendung auf die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung. Ausdruck dieser schwachen Resonanz war die Beteiligung der Bevölkerung an der am Vorabend des Verbots der KPD durchgeführten Demonstration und Kundgebung in Bremen, an der sich zirka 600 Personen beteiligten. Die Ursachen dafür lagen nach meiner Meinung im bürgerlichen Einfluß in der Partei, der an Boden gewonnen hatte, als der inneren Quelle des Revisionismus, und im Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus, der als äußere Quelle des Revisionismus zu betrachten ist. Daraus resultierte die ungenügende kämpferische Ausrichtung der Partei gegen das Verbot. Der damalige innere Zustand der KPD machte es der Bourgeoisie relativ leicht, das Verbotsurteil mit möglichst geringem Widerstand in der Bevölkerung durchzusetzen, und daraus sollten wir heute unsere Lehre ziehen. Die wichtigste Lehre daraus ist, daß man die reaktionäre Linie der Bourgeoisie mit der revolutionären Linie der Arbeiterklasse, dem Programm des KBW, bekämpft, indem wir das Programm stärker in die Bevölkerung hineintragen und verankern, um so die Anwendung des KPD-Verbots zu verhindern und das Verbot der KPD vollständig außer Kraft zu setzen.

hindern und das Verbot der KPD vollständig außer Kraft zu setzen.

Unbekannte Schmierer am Werk / Kripo weiß von nichts

In der Nacht zum gestrigen Sonntag wurden im Innenstadtbereich mindestens dreimal unliebsame Parolen an Häuser geschmiert. Am Amtsgericht (Bild), an der Stadtkirche und an einer Mauer in der Westcellertorstraße finden sich gleichlautende Schriftzüge, die eine Demonstration in Hannover ankündigen und das KPD-Verbot aufgehoben wissen möchten. Eine mehrfach wiederholte Nachfrage bei der Kripo ergab gestern am späten Abend, daß man dort keine Kenntnis von den Schmierereien hatte und daher auch keine Angaben über den Täterkreis machen konnte. Die Schutzpolizei wußte lediglich zu berichten, daß sie in der gleichen Nacht über ein am Siemensplatz in einer Telefonzelle aufgehängtes KBW-Plakat informiert worden war. Es sei die Frage erlaubt, wie heilig der Kripo die Sonntagsruhe ist.

Ausschnitt aus der Celler Zeitung vom 26.7.76 – Daß die Forderung nach Abschaffung des KPD-Verbots in aller Öffentlichkeit an den Wänden steht, trifft die Bourgeoisie.

Bremen: Polizeieinsätze gegen Agitationszentren / „Weserkurier":

„Der Erfolg ist gleich Null"

„Herr Diekmann", fragt der Bremer „Weser Kurier" besorgt, „in der letzten Zeit mehren sich die Polizeieinsätze ... gegen nicht genehmigte Megaphon-Benutzung und Stellschilder. Wie lange wollen Sie dieses ... Spiel noch mitmachen? Der Erfolg ist gleich Null."

Herr Diekmann ist der neue Bremer Polizeichef. Fast eine ganze Seite stellte ihm der „Weser Kurier" zur Verfügung, um seine wöchentlichen Knüppeleinsätze gegen die revolutionäre Propaganda der Ortsgruppe des KBW zu verteidigen. Der Erfolg war in der Tat gleich Null. Das können wir bestätigen, schreibt die Bremer Ortsbeilage der KVZ.

Seit dem Bürgerschaftswahlkampf versucht der Bremer Senat verstärkt, die Straße von revolutionärer Agitation und Propaganda zu säubern. Die Polizeiüberfälle auf Informationsstände der Komitees gegen den § 218 und gegen Agitationszentren des KBW sind inzwischen an der Tagesordnung, jede Woche kommen neue hinzu. Aber wir sind noch immer da. Das läßt den „Weser Kurier" an der Befähigung des Herrn Diekmann für sein Amt zweifeln: „Stellen Sie sich nicht hilflos in ihren Aktionen dar? Und der antwortet ehrlich: „Ja natürlich. Das mag so aussehen."

Das ist ein wertvolles Geständnis. Der Polizeipräsident sagt aus, daß seine ganze Truppe mit ihren Hunden, Knüppeln und mit der Justiz im Rükken hilflos ist, ein Papiertiger, wenn sie es mit Revolutionären zu tun hat, die sich durch keinerlei Polizeischikane von ihrer öffentlichen Agitation abbringen lassen und sich in den unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei stets auf das Volk stützen. Das ist die zweite Seite, nach der sich Diekmann verteidigen muß: Mit jedem Überfall auf einen Informationsstand in der Stadt, mit jedem handfesten Akt der politischen Zensur bringt die Polizei neue Teile des Volkes gegen sich auf. Die Polizeiknüppel gegen eine Rede zum § 218, zum Druckerstreik oder zu den Berufsverboten zerschlagen vor allem die noch vorhandenen Illusionen über den berühmten „freiheitlichen Rechtsstaat" bei den Zeugen dieser Aktion der Staatsmacht. Mit der Polizeiunterdrückung wächst zugleich die Empörung im Volk gegen den staatlichen Gewaltapparat und die Einsicht in seinen volksfeindlichen Charakter.

Das macht dem „Weser Kurier" Sorgen. Er kleidet diese Sorgen in die Frage nach dem „schlechten Image" der Polizei, das sie sich bei ihrer Unterdrückertätigkeit holt. Dieses „Image" der Polizei hat schon so gelitten, daß selbst der staatstreue Stadtteilbeirat Mitte es wagte, Zweifel zu äußern, ob die Polizei bei ihrem Unterdrückungswerk auch allzeit die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" wahre. Zu diesem zarten Vorwurf wollte der Beirat Diekmann hören. Der erschien lieber nicht, denn: „ich wollte verhindern, daß wir plötzlich ... in der Rolle des Angeklagten dastehen". Gegenüber dem Stadtteilbeirat Mitte mag die Polizeiführung das verhindern können. Gegenüber den Volksmassen nicht. Bei jedem Einsatz gegen ein Agitationszentrum ist es heute schon so, daß sich die Polizei politisch in der Verteidigung befindet, weshalb sie es auch vorzieht, im Stil einer Gangsterbande aufzutreten: sie taucht überfallartig auf und zieht nach getaner Arbeit möglichst schnell wieder ab. „Wir müssen der Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß dieser Staat bereit ist, sich selbst zu schützen", verkündet Diekmann. Das ist eine schlecht verhüllte Drohung gegen das Volk: Wer sich gegen den bürgerlichen Staat auflehnt, bekommt es mit der Polizei und Justiz zu tun, „auch wenn die Polizei so in ein sehr kritisches Licht gerät. Das müssen wir ertragen. Dafür werden wir bezahlt." So spricht ein gekaufter Lump, der die Volksunterdrückung zu seinem Beruf gemacht hat.

Befragt, ob er Absprachen mit den 3 Bürgerschaftsparteien SPD, CDU und FDP getroffen habe, antwortet Diekmann treuherzig: „Ja. Absprachen im weitesten Sinne. ... Unser Anliegen war, uns nicht in Verlegenheit zu setzen, die 3 großen Parteien in einer Situation zu erwischen, in der wir gegen sie tätig werden müssen." Aber keine Sorge! In diese „Verlegenheit" wird er kaum kommen.

Wie jeder gut dressierte Polizeihund weiß Diekmann Freund und Feind wohl zu unterscheiden: „der häufigste Störer, das kann man aus Berichten aus dem übrigen Bundesgebiet entnehmen, ist der Kommunistische Bund Westdeutschland, der KBW."

Terrorgesetze gegen die Revolution im Bundesrat verabschiedet

Im Bundesrat ist am letzten Freitag das sogenannte „Antiterrorismusgesetz" verabschiedet worden. Zusätzlich zum „Straftatbestand" der Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde die „Bildung einer terroristischen Vereinigung" unter Verfolgung gestellt.

Entscheidend bei dem neuen Gesetz sind die zusätzlichen Möglichkeiten der politischen Unterdrückung, die es festlegt. Allein der „Verdacht", Mitglied einer „terroristischen Vereinigung" zu sein, genügt, um Untersuchungshaft verhängen zu können ohne Nachweis von Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr. Gegen Rechtsanwalt Croissant ist das Gesetz schon praktisch vor seiner Verabschiedung angewandt worden. Das Gesetz sieht weiter vor, daß jeder Bürger anzeigepflichtig ist, wo er Straftaten nach dem neuen Gesetz vermutet. Gibt er sich nicht für Spitzel- oder Denunziantentätigkeit her, gerät er selbst in Verdacht, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung" zu sein und kann auf diesen Verdacht hin in Untersuchungshaft gesteckt werden. Rechtsanwälte, die Mitglieder von „terroristischen Vereinigungen" verteidigen, können selbst noch nach Jahren von anderen Prozessen ausgeschlossen werden und können wegen Verdachts der Mittäterschaft mit Berufsverbot belegt werden. Der schriftliche Verkehr zwischen Rechtsanwalt und politischem Häftling kann überwacht werden.

In der EG: Kampf um Verfügung über Seegebiete

Eine Woche vor Beginn der neuen
In der EG: Kampf um Verfügung über Seegebiete

Eine Woche vor Beginn der neuen Tagungsperiode der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen hatte der Außenministerrat der EG auf Drängen der Bundesrepublik eine Absichtserklärung beschlossen, eine einheitliche 200 Seemeilenzone für die Fischereirechte in den Küstengewässern der EG-Länder zu beanspruchen. Zwischen der englischen Regierung und der Bundesregierung gibt es aber nach wie vor heftige Widersprüche, weil die Bundesregierung die exklusiven Fischereirechte einzelner EG-Länder auf eine 12 Seemeilenzone einschränken will. Dabei geht es ihr nicht vorwiegend um Fische: 68 % der westdeutschen Fänge werden aus Gewässern außerhalb der EG 200 Seemeilenzone eingebracht. Die britische Bourgeoisie riecht, worum es geht, und entsprechend heftig ist ihr Widerstand und ihre Forderung nach einer exklusiven 50 Seemeilenzone. Die Gemeinschaftskontrolle würde sich zwar zunächst nur auf die Fischereirechte erstrecken, aber die Besorgnis in Großbritannien ist wach, daß eine solche Regelung dahin führt, „daß auch die anderen auszubeutenden Vorräte in dieser Zone (den britischen Gewässern) eines Tages der Gemeinschaftskontrolle unterliegen müssen". Die Bundesregierung drängt auf rasche Durchsetzung ihrer Absicht. Sie droht den anderen EG-Ländern mit Sonderverhandlungen um Fischereirechte mit den USA, Kanada und Island, an deren Fischgründen auch die übrigen westeuropäischen Bourgeoisklassen ein lebhaftes Interesse haben. (Nach Frankfurter Allgemeine vom 2.8.76)

Sommerschlußverkauf

„Als ausgesprochene ‚Renner' erweisen sich auch Stoffe", teilten die Einzelhandelsunternehmen über die Erfahrungen des diesjährigen Sommerschlußverkaufs mit. Und weiter: „Sie werden offensichtlich zur Zeit nicht mehr überwiegend von Gastarbeitern, sondern auch von Deutschen gekauft, die zum Selbstschneidern zurückgefunden haben." – In der Meldung schwingt Triumph mit darüber, den Wert der Arbeitskraft so weit gesenkt zu haben, daß Konfektionskleidung nicht mehr ohne weiteres unter die Waren fällt, die eine Arbeiterfamilie kaufen kann. – (Nach Frankfurter Allgemeine vom 2.8.76)

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenzahlen sind im Juli gegenüber Juni gestiegen: von 921000 auf 944600. Davon sind 86800 unter 20 Jahre, das sind 9700 mehr als im Vormonat. Zu der wachsenden Arbeitslosigkeit erklärte der Regierungssprecher Grünewald: „Der Aufschwung hat sich fortgesetzt". Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl: Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit sei für die Jahreszeit ganz normal.

Die Massen bekämpfen die Naturkatastrophe und vertiefen die Kritik am Revisionismus

Mit großer Solidarität verfolgen die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt den entschlossenen Kampf der chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas gegen die Naturkatastrophe, die das chinesische Volk getroffen hat. Ein großes Gebiet der Volksrepublik China ist durch ein schweres Erdbeben erschüttert worden und durch weitere Erdstöße bedroht. Entsprechend der Weisung Mao Tsetungs: „Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk" hat das chinesische Volk sich vorbereitet. Im Vertrauen auf die eigene Kraft führt das Volk unter Führung der Partei den Kampf gegen die Naturkatastrophe, „um den revolutionären Geist leuchten zu lassen: ‚Der Mensch wird die Natur besiegen'." (Hsinhua)

Die Imperialisten und Revisionisten brechen in Triumphgeheul aus. Nachdem sie das chinesische Volk auf dem Weg der proletarischen Revolution nicht aufhalten konnten, hoffen sie, daß die Naturkatastrophe zustandebringt, was die Reaktionäre nicht geschafft haben. Die „Bild"-Zeitung schreibt in einem Kommentar: „Da bebte Mao: Marxisten wissen alles und können alles – vor allem nach Maos roter Bibel retten sie unheilbar Kranke, versetzen sie Berge, trotzen sie Naturgewalten: Alles kann berechnet, alles geplant werden. Nur wenige Sekunden bebte gestern die Erde. Und plötzlich stimmt nichts mehr: Die Pläne und auch der Glaube an die Allmacht des Marxismus nicht." Es stimmt aber noch alles: Die Massen machen die Geschichte und sie können Naturgewalten trotzen, wenn sie sich von ihrem revolutionären Klassenbewußtsein und vom Marxismus-Leninismus leiten lassen. Sie können planvoll und organisiert den Kampf gegen Naturkatastrophen führen, wenn sie die gesellschaftlichen Bedingungen beherrschen, unter denen dieser Kampf geführt werden muß. Wie heruntergekommen ist eine Bourgeoisie, die gegenüber der Diktatur des Proletariats ihre Hoffnung auf Naturkatastrophen setzen muß?

Die Revisionisten haben es nicht gewagt, offen zu jubeln, als sie von den schweren Erdbeben in der Volksrepublik China gehört haben. Sie haben eine andere Variante gewählt, um die Naturkatastrophe in einen politischen Angriff auf die Diktatur des Proletariats umzumünzen. Die „UZ", Zeitung der DKP, kam mit der Schlagzeile heraus: „Peking lehnt Hilfe von anderen Ländern ab". Es ist wahr, die chinesischen Volksmassen führen den Kampf gegen das Erdbeben und seine Folgen im Vertrauen auf die eigene Kraft. Die chinesische Regierung hat sich für Hilfsangebote anderer Staaten bedankt und hat festgestellt, daß das chinesische Volk, gestützt auf die eigenen Kräfte, in der Lage ist, gegen die Naturkatastrophe zu kämpfen. Alle Revolutionäre freuen sich über diese ausgezeichnete Lage, die im Kampf gegen das Erdbeben herrscht. Die Revisionisten jedoch fletschen die Zähne und schießen ihre Giftpfeile ab. Sie hatten gehofft, daß die Naturkatastrophe das Vertrauen der chinesischen Volksmassen in die eigene Kraft erschüttern würde, und trauern darüber, daß das Gegenteil der Fall ist.

Naturkatastrophen können oft nicht vermieden werden. Der Kampf dagegen hängt davon ab, welche Klasse herrscht. In China herrscht die Arbeiterklasse. Sie führt den Kampf der Volksmassen gegen das Erdbeben. Die Arbeiter der Stahlfabrik von Tangschan, die im Zentrum des Erdbebens liegt, haben erklärt: „Nichts in der Welt kann uns erschrecken, auch wenn der Himmel einstürzen und die Welt auseinanderbrechen sollte. Je größer das Beben, desto größer unsere Entschlossenheit, unsere Heime aus eigener Kraft wieder aufzubauen." (Hsinhua) Es ist dieser revolutionäre Geist der Arbeiterklasse, den die Imperialisten und Revisionisten brechen wollen. Dazu ist ihnen ein Erbeben gerade recht. Gerade weil die Imperialisten und Revisionisten wie alle Reaktionäre auch Naturkatastrophen zum Anlaß nehmen, um ihre Angriffe auf die Diktatur des Proletariats zu starten, führt die chinesische Arbeiterklasse den Kampf gegen Naturkatastrophen, indem sie den Klassenkampf als Hauptkettenglied anpackt. Im folgenden drucken wir die erste Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zum Kampf gegen das Erdbeben ab. Viele der Korrespondenten auch der bürgerlichen Zeitungen können nicht vor der Tatsache die Augen schließen, daß die chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei einen beispielhaften Kampf gegen das Erdbeben und seine Folgen führen. Wir drucken einige Ausschnitte aus solchen Korrespondentenberichten ab.

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

(Peking, 29. Juli/Hsinhua) Nach einem starken Erdbeben, das sich im Tangschan-Fengnan Gebiet in der Provinz Hopei ereignete, haben unser großer Führer, der Vorsitzende Mao, und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas den Volksmassen in den betroffenen Gebieten ihr großes Mitgefühl ausgesprochen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat an sie eine Erklärung gerichtet, in der es seine tiefe Anteilnahme ausdrückt:

„. . . Am 28. Juli 1976 ereignete sich ein starkes Erdbeben im Tangschan-Fengnan Gebiet und berührte auch die Städte Tientsin und Peking. Es verursachte große Verluste an Menschenleben und großen Sachschaden, und besonders die Stadt Tangschan erlitt äußerst großen Schaden und Verluste. Mit großer Anteilnahme haben unser großer Vorsitzender Mao und das Zentralkomitee der Partei ihr tiefes Mitgefühl mit den Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten, Kommandanten und Kämpfern der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgesprochen, die von dem Erdbeben betroffen sind.

Das Zentralkomitee ist der Überzeugung, daß die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten, die Kommandanten und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, bewaffnet mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Maotsetungideen, gestählt in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, gewiß den revolutionären Geist des harten Kampfes leuchten lassen, sich in den Kampf gegen die Folgen des Erdbebens mit einem festen und unbezähmbaren Willen werfen werden, die Produktion entwickeln und ihre Häuser energisch und im Vertrauen auf die eigene Kraft wiederaufbauen werden unter der Führung der Parteikomitees der Provinz und Stadt, der Revolutionskomitees, der Einheiten der Volksbefreiungsarmee und der Parteikomitees und mit der Hilfe und der Unterstützung des Volkes des ganzen Landes.

Das Zentralkomitee ruft die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes, die revolutionären Kader, Arbeiter, die armen Bauern und unteren Mittelbauern, die Kommandanten und Kämpfer der chinesischen Volksbefreiungsarmee in dem vom Erdbeben betroffenen Gebiet auf, die wichtigen Anweisungen des Vorsitzenden Mao gewissenhaft zu studieren, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu ergreifen, den großen Kampf zur Kritik an Teng Hsiao Pings konterrevolutionärer revisionistischer Linie zu vertiefen und das Rechtsabweichlertum zu bekämpfen, das auf Revision der bereits gefällten, richtigen Urteile abzielt, sich zu vereinigen im Kampf gegen die ernste Naturkatastrophe, entschlossen zu sein, kein Opfer zu scheuen und jede Schwierigkeit zu überwinden, um den Sieg zu erringen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
28. Juli 1976"

WELT-Korrespondent Gerd Ruge kabelt aus Peking

Wunder in China: Erdbeben ohne Panik – Selbsthilfe ohne Befehle

In allen Städten, in denen Ausländer die Vorgänge während und nach dem Erdbeben beobachten konnten, schienen die Maßnahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes ausgezeichnet zu funktionieren. Unmittelbar nach dem ersten schweren Beben versammelten sich die Einwohner der weniger betroffenen Städte Peking und Tientsin ohne Anzeichen von Panik, ruhig und diszipliniert am Straßenrand. Im Laufe weniger Stunden gelang es in Peking, fast die gesamte Bevölkerung aus ihren Wohnhäusern zu evakuieren.

Im Zusammenspiel zwischen kleinsten Nachbarschaftsgruppen, Verwaltungsstellen und Parteiorganisationen gelang es der Bevölkerung, trotz schwerer Regenfälle Notunterkünfte für die Nacht herzurichten. Die meisten Familien bauten sich Zelte aus Plastikplanen, Plastiktischdecken und Zeltbahnen, die sie mit Stricken und Bambusstangen über Bettgestelle, Borte und Hausrat spannten.

Die kleinsten Organisationszellen der Nachbarschaften, die sogenannten „sozialistischen Hofgemeinschaften", errichteten mit den vorhandenen Mitteln größere Zelte, – häufig aus Material, das Einwohner sich in ihrem Betrieb ausgeliehen hatten, oder besorgten Autobusse und Lastwagen, die zum Übernachten aufgestellt wurden. Mitglieder der Nachbarschaftsgruppen und der Volksmiliz bezogen Posten vor den Eingängen der Wohnhäuser, die überwiegend aus Sicherheitsgründen von den Einwohnern geräumt werden mußten.

Sie achteten darauf, daß nur kräftige Erwachsene drei oder vier mal am Tage das Haus betraten, um für die Familie etwas zu essen zu kochen, und sie standen bereit, diese im Fall beginnender Erdstöße auf die Straße zurückzuholen.

In wenigen Stunden waren Sanitätsstationen aufgeschlagen worden. Kantinen und kleinere Restaurants blieben geöffnet, ebenso wie Lebensmittelläden, während die meisten anderen Geschäfte geschlossen blieben. Auch dabei gab es keine allgemeine Regel, sondern die Entscheidung blieb den einzelnen Geschäften und Mitarbeitern überlassen. Wer kleine Kinder oder alte und kranke Verwandte zu Hause hat, kümmerte sich um diese und brauchte nicht zur Arbeit zu gehen. Aber man erwartete von allen, daß sie sich gemeinsam mit den anderen einsetzten, um die Notstandsmaßnahmen durchzuführen.

Die Mischung von chinesischem Improvisationstalent und zentral gesteuerter Vorbereitung erwies sich als wirksam. Es zeigte sich, daß das enge Netz von Nachbarschafts- und Partei-Organisationen zusammen mit der zentralen **Steuerung von Verwaltung in der Lage war, den überwiegenden Teil der Bevölkerung der Fünf-Millionen-Stadt Peking innerhalb weniger Stunden in Notunterkünften unterzubringen, in denen sie einigermaßen vor dem Sturzregen und im Ernstfalle eines schweren Bebens vor fallenden Trümmern geschützt waren.**

Das System funktionierte, ohne daß Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen auch nur eine einzige Anweisung oder Erdbebenmeldung durchgegeben hätten. Während des Wartens auf die Wiederholung der Erdstöße sah Peking aus wie eine Stadt im Belagerungszustand, in der man erstaunlich schnell mit der Notlage fertig geworden war.

Das chinesische Erdbeben-Warnsystem, das im vergangenen Februar einen Erdstoß weiter östlich von Peking frühzeitig ankündigte und die Bevölkerung Südwestchinas im Mai vor schweren Beben warnen konnte, hat diesmal nicht funktioniert. Es ist ein enges Netz aus wissenschaftlichen Beobachtungsstationen und unzähligen Amateur-Beobachtern.

Diesmal handelte es sich um einen plötzlichen unterirdischen Einbruch, der sich nicht vorher durch Verschiebungen und Spannungen der Erdmasse ankündigte.

Goldverkäufe des internationalen Währungsfonds

Verbreitung weiterer Erpressungsmanöver durch die Supermächte

Zu Beginn der vorletzten Woche ist der Goldpreis an den internationalen Goldmärkten vorübergehend auf etwa 105 Dollar je Unze (31,1 Gramm) Feingold gefallen. Noch wenige Tage zuvor war er auf 122,5 Dollar gestanden, zu Jahresbeginn um 135 Dollar und Ende 1974 auf dem Höchststand von 195 Dollar.

Dieser gewaltige Preissturz des Goldes ist ein in allen Einzelheiten von langer Hand vorbereitetes imperialistisches Manöver und hängt unmittelbar zusammen mit dem zweiten Goldverkauf des Internationalen Währungsfonds (IWF). (Der IWF, in dem 128 Länder Mitglieder sind, ist ein Instrument der Imperialisten bei der Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs. Die westlichen Imperialisten haben die Stimmenmehrheit, die USA ein Vetorecht. Die Sowjetunion ist nicht Mitglied.)

In der Presse wird dieser Vorgang von einem gewaltigen Verwirrspiel begleitet. Die „Bild"-Zeitung riet ihren Lesern, Goldzähne und Schmuck zu kaufen, die Wirtschaftsfachleute des „Spiegel" etwa spielen naiv und schreiben, „trotz" angestrengter „Stützungsaktionen" der großen Notenbanken sei der Preisverfall nicht aufzuhalten gewesen. Mit den „Stützungsaktionen" ist gemeint, daß die Imperialisten bei den Goldversteigerungen des Internationalen Währungsfonds groß eingestiegen sind und bisher fast 50 Tonnen Gold an sich gebracht haben. Das war auch ihre Absicht.

Die Imperialisten bemächtigen sich des Goldes

Nach den Angaben der UNO-Statistik lagerte im Oktober 1975 Gold für etwa 350 Milliarden DM in den Kellern der Notenbanken, für weitere rund 40 Milliarden DM in der Sowjetunion. Nicht gerechnet ist dabei der private Goldbesitz der Bourgeois, Banken und Industriemonopole. Dieses Gold ist das Produkt der Arbeit hunderttausender Bergarbeiter vor allem in Azania, der Sowjetunion, Kanadas, der USA, Australiens, Ghanas, der Philippinen und Zimbabwes. Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des imperialistischen Weltmarktes ist es Weltgeld und dient den Imperialisten zu Raub und Erpressung.

Etwa 76 % des Währungsgoldes besitzen die Notenbanken der westlichen Imperialisten, lediglich 10 % die gesamte Dritte Welt. Rund 14 % aber sind noch im Besitz des Internationalen Währungsfonds (IWF). Jedes Mitgliedsland mußte dort bisher eine bestimmte Menge Gold einzahlen. Dieses Gold wollen die Imperialisten nun auch. Und sie wollen es billig.

Beschlossen wurden die Goldverkäufe des Währungsfonds auf der Konferenz in Jamaika zu Jahresbeginn (vgl. KVZ vom 15.1. und 29.1.). Um dies durchsetzen zu können, willigten die Imperialisten darin ein, daß der Erlös aus dem Verkauf für Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer verwendet wird. Der Verkauf des Goldes sollte über vier Jahre und durch Versteigerungen erfolgen.

Nun sind die ersten beiden dieser Versteigerungen erfolgt und der Goldpreis hängt schon im Keller. Er wurde gedrückt, indem die großen imperialistischen Länder jeweils ein paar Tage vor den Versteigerungsterminen gezielte Goldverkäufe auf den Markt warfen. Dies sollte die Kleinen erschrecken, damit sie die Finger von den Versteigerungen des Währungsfonds lassen und so die Großen alles billig kriegen. Daß es sich um gezielte Manöver handelt, sieht man auch daran, daß regelmäßig nach den Versteigerungen der Goldpreis wieder etwas gestiegen ist. So auch jetzt.

Die Supermächte Hand in Hand gegen die Dritte Welt

Bekannt ist, daß die Sowjetunion große Goldverkäufe vorgenommen hat, um den Preis zu drücken. (Blick durch die Wirtschaft, 19.7.) Gleichzeitig trat sie – zweitgrößter Goldproduzent – als Käufer des Währungsfonds-Goldes auf. Mindestens 2,6 % des Goldes der ersten Versteigerung konnte sie direkt über ihre Woschod Bank in Zürich ergattern. Wieviel über andere Banken und für wieviel sie insgesamt geboten hat, weiß man nicht. Für die andere Supermacht hat ihr Notenbankpräsident Burns erneut den Preisverfall am Goldmarkt „ausdrücklich begrüßt" (Blick durch die Wirtschaft, 24.7.).

Es ist völlig klar, daß die Entwicklungsländer sich an den Goldversteigerungen nicht beteiligen können. Sie haben kein Geld dafür. Und wie der Weg des Goldes vorgezeichnet wurde, zeigen die Ausgabestellen für die Beteiligungsformulare: New York, Paris, Genf, London, Tokio, Frankfurt und Singapur.

Die Bankmonopole haben aufgekauft

Der ganze Handel läuft so ab, daß der Direktor des Währungsfonds nach Abgabe der schriftlichen Gebote einen Preis festsetzt, zu dem die vorgesehene Menge Gold verkauft werden kann. Die erfolgreichen Bieter müssen aber nicht etwa den Preis bezahlen, zu dem sie geboten haben, sondern nur den festgesetzten einheitlichen Preis. Hat also einer für 130 Dollar geboten, wird aber schließlich 120 Dollar festgesetzt, so muß er auch nur 120 Dollar bezahlen. Das spart den Imperialisten nochmal gewaltig Geld.

Wie bekannt wurde, ging das Gold der ersten Versteigerung an folgende Bieter: 22,83 % an den Schweizer Bankenverein, bekannter Goldspekulant der Imperialisten, 20,83 % an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, über die verschiedene Zentralbanken gekauft haben; die Schweizer Unionsbank 9,3 %, die Dresdner Bank 8,2 %, N.M. Rothschild & Sons 7,9 %, Johnsons Matthey Bank 7,3 %, die französische Nationalbank 6,9 %, die Republic National Bank 6,2 %, Samuel Montague & Co. 4,1 %, Sharps Prixley 3,3 % und die bereits erwähnte Woschod Bank in Zürich. Allesamt jedenfalls altbekannte Bankmonopole der Imperialisten. Bei der zweiten Versteigerung soll die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich rund die Hälfte des versteigerten Goldes an sich gebracht haben; diese Bank ist im Gemeinschaftsbesitz der Notenbanken der Imperialisten.

Der gestürzte Goldpreis hat noch weitere Folgen. Mit dem Versprechen, die Erlöse für günstige Kredite an die Entwicklungsländer zu benutzen, hatten die Imperialisten den Beschluß zum Verkauf des Goldes durchgesetzt. Je weniger sie jetzt für das Gold bezahlen, um so geringer die Summe, die für die Kreditvergabe zur Verfügung steht.

Wie die Imperialisten den Besitz eines noch größeren Teils des Goldes für weitere Erpressungen und Raubzüge anwenden werden, zeichnet sich schon ab. Viele Länder mußten, um Kredite zu bekommen, einen Teil ihres Goldes verpfänden. Nachdem nun der Goldpreis gefallen ist, können diese Länder für die gleiche Menge verpfändeten Goldes nur noch weniger Kredite erhalten. Sie müssen Gold verkaufen. Dort, wo der Kredit schon läuft, verlangen die Kreditgeber mehr Gold zur Deckung und werden einen Teil des Goldes an sich nehmen. Dies trifft vor allem die Dritte Welt, aber auch einige Imperialisten, die sich bei ihren stärkeren Konkurrenten verschulden mußten.

So muß Italien im September der Deutschen Bundesbank einen Kredit über 2 Milliarden Dollar zurückbezahlen. Es wird aber das Geld nicht haben, wo seine Devisen nicht einmal zur Bezahlung von einer Milliarde Dollar Zinsen auf seine Auslandsschulden ausreichen. Den Kredit hatte Italien nur bekommen gegen Verpfändung von Gold an die westdeutsche Notenbank. Nachdem der Goldpreis gefallen ist, will diese nun mehr Gold. Neue Erpressermöglichkeiten tun sich auf.

Die Goldverkäufe des Internationalen Währungsfonds sind ein skrupelloses Gaunerstück, beschlossen von den westlichen Imperialisten. Und die andere Supermacht ist gewaltig mit ins Geschäft gegangen.

Die Gaunerei ist nun ertappt, und verschiedene Länder wollen die nächste Versteigerung Mitte September verhindern. Dies sind vor allem die Länder der Dritten Welt. Auch sollen Italien wegen seiner hohen Auslandsschulden von 17 Milliarden Dollar und Frankreich, dessen gegen den Widerstand der USA aufgebauter Goldschatz jetzt entwertet wird, gegen die Versteigerung sein. Weiter meldet die Zeitung „Blick durch die Wirtschaft" vom 24.7.: „Die Amerikaner sollen bereits eindeutig erklärt haben, sie widersetzten sich solchen Reglementierungen." Das versteht man gut. Es wird noch harte Kämpfe geben müssen. – (fb)

Der Kampf der Studenten in Heidelberg gegen die Reaktion

Die Bourgeoisie mit Enthüllungen treffen!

Das bevorstehende Semester an den Hochschulen kündigt sich schon gut an. An der Heidelberger Universität wurde jetzt der Rektor Niederländer gezwungen, einen der wichtigsten Leute für die Durchsetzung seiner reaktionären Politik fallen zu lassen und zu entlassen: seinen Pressereferenten und Leiter der Pressestelle, Dr. Klaus Schrode. Von den Studenten wurde er bekämpft und vom Rektor gebraucht als Denunziant, als Zeuge der Reaktion in den Ordnungsverfahren und als Verantwortlicher für den „Uni-Spiegel", der den Ruf einer „Dreckschleuder der Reaktion" genießt. Auch über die Universität hinaus ist Schrode in der ganzen Stadt bekannt als Mann, von dem sich die Bourgeoisie viel verspricht. Niederländer wurde gezwungen, diesen hoffnungsvollen Sproß der Reaktion jetzt abzustoßen, nachdem es ihm über Wochen hinweg nicht gelang, die Enthüllung der Studenten über die Bereicherung des Dr. Klaus Schrode aus Universitätsgeldern in Höhe von 3 716 DM zu vertuschen und zu unterdrücken..

Wie schon gegen die zahlreichen vorangegangenen Enthüllungen der Bereicherungspraktiken der Professoren und höheren Beamten an dieser Universität reagieren die Bourgeois empfindlich: Vertuschungspläne werden ins Werk gesetzt, deren entscheidender Bestandteil der Versuch der politischen Unterdrükkung der Beschäftigten und Studenten ist, die diese Enthüllungen organisiert und durchgeführt haben. Gegen acht revolutionäre und kommunistische Studenten sind Relegationsverfahren eingeleitet, in denen das Rektorat zu den bisher höchsten Strafen greifen will: Ausschluß vom Studium an allen Hochschulen auf zwei Jahre.

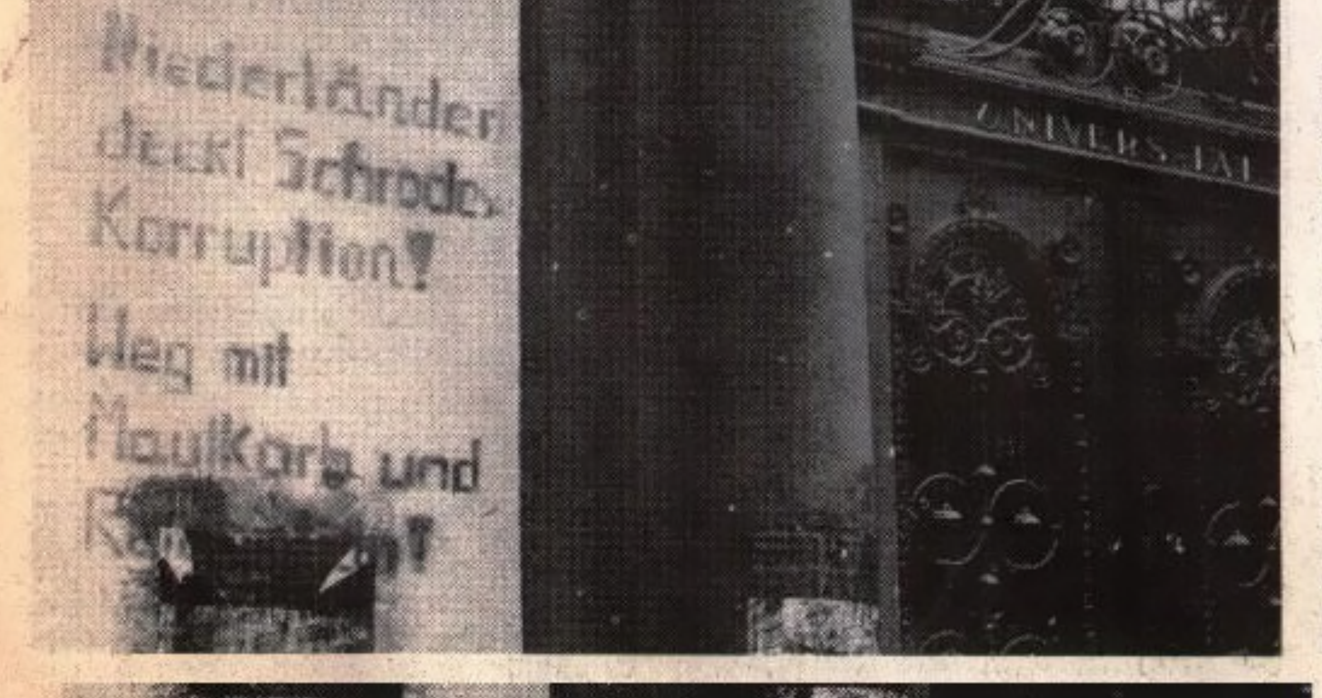
Die wilde Reaktion zeigt: die Bourgeoisie ist durch die Enthüllungen getroffen. Während die Arbeiter in dieser Gesellschaft täglich unter Beweis stellen, daß sie imstande sind, gewaltige Produktionsapparate planmäßig zu organisieren, in Gang zu setzen und zu leiten, führt die imperialistische Bourgeoisie ein durch und durch verfaulendes und nichtsnutziges Rentierdasein. Als Ausbeuterklasse steht die imperialistische Bourgeoisie im schreienden Gegensatz zu den Interessen der arbeitenden Klassen dieser Gesellschaft. Auf ihren Kampf reagiert die imperialistische Bourgeoisie, indem sie sich eine zahlreiche und wachsende Gefolgschaft von schmarotzenden Existenzen heranzieht, die sie zu dem Zwecke beschäftigt, die Arbeiter anzutreiben, das Volk zu unterdrücken und vor der Erkenntnis dieser gesellschaftlichen Verhältnisse einen Rauchvorhang aus Lüge und Pseudowissenschaft zu errichten, um die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen an der revolutionären Beseitigung dieser Verhältnisse zu hindern.

Die Hochschulen mit ihrem umfangreichen Professoren- und Aufsichtskörper bilden ganze Nester solcher Parasitenexistenzen. Schon einem Professor, der sich seine Sporen erst noch verdienen soll, schiebt die imperialistische Bourgeoisie das Vielfache eines Arbeiterlohnes zu. Bekannt ist, daß in den Monatsblättern der medizinischen Professoren mehr zu lesen steht über Fragen der Kapitalanlage als über diese oder jene Operation.

Das Parasitendasein dieser höheren Beamten wie ihre Korruption und grenzenlose Bereicherungssucht, die sie in die Staatskassen greifen läßt, sind zwei Seiten der gleichen Sache. Ihre Moral beruht auf der Bestechung und berufsmäßigen Käuflichkeit durch die imperialistische Bourgeoisie. Ihr Zweck ist, die Ziele dieser reaktionären und verfaulenden Klasse zu vertreten. Daß es zu den Gepflogenheiten dieser Staatsparasiten gehört, sich die Zulagen zu ihren Schmiergeldern nach eigenem Gutdünken und besonderer Fertigkeit aus der Staatskasse zu verschaffen, stört die Bourgeois nicht. Das ist ihrer Gefolgschaft gestattet und gilt im Rahmen dieses Lakaienverhältnisses als „frei vereinbart". Korruption und imperialistische Reaktion sind untrennbar verbunden.

Was die Bourgeoisie schreckt, ist die Enthüllung dieser Existenzweise ihrer höheren Beamten. Denn ein Professor, dem seine auf Bestechung und Bereicherung gegründete Existenz nachgewiesen, wird gerade so untauglich für die Bevormundung und Unterdrückung der Studenten und den Betrug des Volkes wie ein einmal erkannter Spitzel zur Beschüffelung der Volksmassen. Dies ist auch der Grund, warum die Bourgeoisie ihre wilde Reaktion zur Verhinderung solcher Enthüllungen insbesondere gegen die Kommunisten richtet und unter den Studenten der Universität in den Kommunisten ihre ärgsten Feinde erkennt. Die Bourgeoisie weiß, daß die Kommunisten die Korruption und Bereicherung der höheren Beamtenschaft unerbittlich aufdecken und ihrerseits nicht bestochen werden können, was der gewöhnliche Weg der Jusos ist. Das macht die Erscheinung der Fäulnis und der Verwesung des imperialistischen Staatsapparates offensichtlich und fördert dessen Zersetzung.

Als „typische, notorische Störer" bezeichnet der Reaktionär Niederländer die Studenten, die im Kampf gegen die Reaktion die Korruption an der Universität Heidelberg aufdecken. Dieser Kampf hat dazu geführt, daß der hoffnungsvolle Sproß der Reaktion, Dr. Klaus Schrode, für die Bourgeoisie an der Universität unhaltbar wurde. So gestehen die Reaktionäre politische Schläge ein, die ihnen im Klassenkampf versetzt werden. Die Ordnungsstrafen sollten schon vollzogen sein. Das haben sich die Reaktionäre bisher nicht getraut. Man muß dafür sorgen, daß das so bleibt.



Widersprüche in der bürgerlichen Presse

Rhein-Neckar-Zeitung 17.7 und 26.7.

Die sogenannte Aufdeckung durch Studenten schildert Frey so: Etwa zwanzig Studenten seien bei der kommissarischen Leiterin der Unipressestelle aufgetaucht. Schrode, der noch persönliche Sachen abholen wollte, sei unvermutet hinzugekommen und von den Studenten sofort zur Rede gestellt worden. Dabei habe Schrode behauptet, er sei noch nicht entlassen, sondern befände sich zur Zeit nur in Urlaub. Die Studenten – so Klaus Frey – hätten nun alles nach Unterlagen durchsucht und hätten in die Regale gegriffen.

Die kommissarische Leiterin habe sie daraufhin aufgefordert, dies zu unterlassen und die Studenten dreimal des Raumes verwiesen. Als sie nicht abziehen wollten, sei sie um Hilfe gelaufen. Währenddessen entfernten sich die Störer plötzlich, wobei sie im Gang die Wände mit Parolen verschmiert hätten.

Gang die Wände mit Parolen verschmiert hätten.

Das habe dazu geführt, daß das Rektorat gegen sieben identifizierte Eindringlinge ein Hochschulordnungsverfahren wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch in Gang gesetzt habe. Im übrigen sei der geschilderte Vorfall eine für jeden der sieben typische notorische Störung.

Darstellung aus anderer Sicht

Unter der Überschrift „Universität wehrt sich gegen AStA-Vorwürfe" veröffentlichte die RNZ am 17. Juli eine Schilderung der Vorgänge bei der Besetzung der Universitätspressestelle durch Studenten, die im Zusammenhang mit der Entlassung des bisherigen Leiters der Pressestelle steht. Die Darstellung stützte sich auf Angaben des Persönlichen Referenten des Rektors, Klaus Frey, was aus dem Artikel klar hervorging. Die seinerzeitige kommissarische Leiterin der Uni-Pressestelle, Marianne Bach, behauptet nun in einem Leserbrief, die Schilderung enthalte „einige Unrichtigkeiten". Im folgenden heißt es wörtlich:

„1. Es ist nicht richtig, daß der ehemalige Leiter der Pressestelle, Herr Klaus Schrode, ‚unvermutet hinzugekommen' sei; vielmehr kam Herr Schrode in Begleitung der Studenten von der Mensa. 2. Es ist unrichtig, daß die Studenten ‚alles nach Unterlagen durchsucht' und ‚in die Regale gegriffen' hätten; richtig ist vielmehr, daß es zu solchen Vorkommnissen nicht kam, weshalb ich auch nicht – wie behauptet – aufgefordert habe, dies zu unterlassen. 3. Ich habe die Studenten zweimal gebeten, den Raum zu verlassen und sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Benutzung des Diensttelefons unzulässig sei. 4. Es ist nicht richtig, daß ich ‚um Hilfe gelaufen' sei; richtig ist vielmehr, daß ich während des ganzen Vorfalls im Raum war."

Das Rektorat will mit allen Mitteln die Aufdeckung der Korruption verhindern

Der Heidelberger Universitätsrektor Niederländer ist nicht umsonst in ganz Heidelberg als der Korruptionsrektor bekannt. Die Fälle von persönlicher Bereicherung an dieser Universität füllen ganze Bände eines gewissen „Landtagsausschusses zur Untersuchung des Finanzgebahrens der Universitäten", welchen die Bourgeoisie zum Zwecke der Vertuschung der Korruption und als Selbstreinigungsfarce in Gang gesetzt hatte. In diesen Aktenordnern sind die „Fälle" auch geblieben und damit aus der Bourgeoispresse verschwunden. Geblieben sind auch die Herren Beamten, die Hunderttausende kassiert haben. Den Fall des Justitiars des Rektors, Hünke von Podewils, der die Unterschlagung einer halben Million gedeckt hat, haben der Rektor und das Kultusministerium vertuscht und den Herrn v.Podewils als Leiter der Einleitungsbehörde für Hochschulordnungsverfahren nach Freiburg zum Zwecke der Studentenverfolgung beordert. Nachdem das Selbstreinigungsschauspiel nunmehr abgeschlossen ist, muß die erneute Enthüllung der bürgerlichen Klasse arg in die Quere kommen, und droht, ihr zum Teil gelungenes Manöver zunichte zu machen.

Als die Kommunistische Hochschulgruppe Mitte Juni die Korruptionsaffaire Schrode bekannt machte und Schrode an der Mensa entdeckt wurde, folgten ihm prompt etwa 20 Studenten ins Rektorat und verlangten vom Rektor eine Stellungnahme. Der schloß sich ein und war auch nicht mehr bereit, zu bestätigen, S. sei in Urlaub, was das Rektorat zuvor hatte verbreiten lassen. Daraufhin wurde von der Pressestelle der Universität aus die Lokalpresse informiert. Das Rektorat brauchte in der gleichen Nacht bis kurz vor Mitternacht, um sich in hektischen Beratungen auf folgende Erklärung an die Presse zu einigen.

„Herr Schrode hat im Dezember 74 eine von der Druckerei ausgestellte Rechnung an die Universitätskasse zur Anweisung gegeben, obwohl die in Rechnung gestellte Lieferung nicht erfolgt war. Den Rechnungsbetrag in Höhe von 3 715,85 DM ließ Herr Schrode auf ein damals unter seinem Namen errichtetes besonderes Konto überweisen. Nach Lieferung durch die Druckerei, die bis heute nicht erfolgt ist, sollten den Angaben von Herrn Schrode und der Druckerei zufolge, der auf ein Konto von Herrn Schrode überwiesene Betrag mit einem Guthaben verrechnet werden, das Herr Schrode bei der Druckerei aus einem privaten, vor der Dienstzeit bei der Universität erteilten Druckauftrag hatte. Die Universitätsverwaltung erhielt von den Vorgängen am 18. Mai Kenntnis."

Im gleichen Atemzug wurden offensichtlich Hochschulordnungsverfahren gegen an der Aktion beteiligte Studenten eingeleitet.

Einen Monat lang also hatte sich der Rektor um Vertuschung bemüht. In der Zwischenzeit hat Schrode sogar noch an einer nichtöffentlichen Sitzung des Kleinen Senats teilgenommen. Als dort die Entlassung Schrodes wegen seiner Dreckschleuderartikel verlangt wurde, schwieg der Rektor zu dem Korruptionsfall. Als „Fürsorgepflicht des Vorgesetzten und Persönlichkeitsschutz" bezeichnet der Rektor dieses Vorgehen. Man versteht: es geht um die Fürsorge des Rektors selbst.

Sobald nach Semesterende die Hochschuldordnungsverfahren bekannt wurden, verlangte der AStA in einer Presseerklärung ihre sofortige Einstellung. Als die Rhein-Neckar-Zeitung schweigt, erhält sie eine Wandzeitung an ihr Ausstellungsfenster gehängt. Ohne den Inhalt der AStA-Erklärung wiederzugeben, verbreitete die RNZ daraufhin eine Stellungnahme des Rektorats, in der das Vorgehen der kommunistischen Studenten als **„Typische, notorische Störung"** bezeichnet wurde und weiter behauptet wird, die Studenten hätten die Pressestelle durchsucht, und die Leiterin habe sich gezwungen gesehen „um Hilfe zu laufen".

Nachdem am gleichen Tag trotz Semesterferien 60 Studenten vor dem Rektorat auf einer Kundgebung des AStA die Einstellung der Verfahren verlangen und auch ein Teil des Lehrkörpers am Soziologischen Institut gegen die Hochschulordnungsverfahren protestiert, muß die RNZ schließlich Teile der AStA-Erklärung abdrucken. Schließlich erklärt sogar die Rektoratsangestellte, die die Pressestelle leitete, in der Presse (!), diese vom Rektorat aufgestellten Behauptungen seien falsch.

Seitdem schweigt das Rektorat in der Öffentlichkeit und setzt darauf, den Kampf gegen die Relegationen zu unterdrücken, indem es ein weiteres Verfahren eingeleitet hat gegen einen Studenten, der im Rektorat Flugblätter gegen die Relegationen verteilt hat. Stände in der Stadt wurden von Polizei geräumt.

Die Studentenbewegung soll niedergedrückt, die Revolutionäre geschlagen werden, um die Führung der Bourgeoisstudenten in der Studentenschaft durchzusetzen.

'Zweifellos also hält das Rektorat an seinen Relegationsplänen fest. Es hat die Aktion nicht umsonst als „Typische, notorische Störung" bezeichnet. Typisch dagegen ist die Verfaulung der Imperialisten-Universität, die im korrupten Charakter ihrer Beamten zutage tritt. Notorisch sind die Versuche der Bourgeoisie, die Studentenbewegung niederzudrücken.

Das Hochschulordnungsrecht ist eines der diesem Zweck bekömmlichen Mittel, indem es den Rektoratsbeamten das Recht auf Ausschluß eines Studenten vom Studium als beliebiges Willkürinstrument gegen die Studentenbewegung in die Hand gibt. Unter den 8 Hochschulordnungsverfahren wird gegen zwei Studenten zugleich ermittelt, weil sie eine Sitzung des Großen Senats, des letzten öffentlich tagenden Universitätsgremiums, gestört hätten. Sie waren selbst als Mitglieder in dieses Gremium gewählt worden. Auf der Sitzung haben über 100 Studenten gegen den Maulkorberlaß des Rektors protestiert, dessen verschärfte Anwendung in dem Rechenschaftsbericht des Rektors entlarvt wurde, der dort zur Verlesung kommen sollte, woraufhin die Reaktionäre die Sitzung abgebrochen haben.

Seit einem Jahr sucht der Rektor, diesen Maulkorb den Studenten umzuhängen. In ihren Kämpfen, in den Streiks der Medizin- und der Volkswirtschaftsstudenten – haben die Studenten diesen Erlaß hundertfach gebrochen. Die Studenten, die den besitzlosen Klassen entstammen, sollen an dieser Universität zu willigen Handlangern der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates herangebildet werden. Sie sollen das Regiment des Geldsacks und das Profitinteresse zu ihrem eigenen machen. Dieser Vorgang kann nur gewaltsam vollzogen werden und jeder Kampf der Studenten um politische Rechte läuft diesem Zweck entgegen. Er zersetzt die Hochschulen als Einrichtungen der Bourgeoisie. Das drückt die Enthüllung der Korruption und die Antwort des Rektors darauf aus. – (M.S., Kommunistische Hochschulgruppe Heidelberg)

An der Universität Heidelberg ist ab sofort die Position

des Leiters
der Presse- und Informationsstelle

neu zu besetzen.

Vorausgesetzt wird ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Erfahrungen im Presse- und Informationswesen sind erwünscht.

Die Vergütung erfolgt nach BAT IIa.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Kanzler der Universität Heidelberg, Schröderstr. 90, 6900 Heidelberg

Rhein-Neckar-Zeitung 15.7.

Schrode – Ein Tintenkuli der Reaktion

Schrode war im Februar 73 vom Universitätsrektor Niederländer als dem Rektor persönlich unterstellter Pressesprecher der Universität und Herausgeber des Rektoratsorgans „unispiegel" in das Rektorat eingestellt worden. Dem war eine radikale Säuberung der Pressestelle durch den Rektor vorhergegangen, weil die Angestellten, dem Wunsch des Rektors auf Hetze gegen die Studentenbewegung nachzukommen, nicht bereit waren.

Hochgedient hat sich Schrode für dieses Amt als Schreiberling bei der bürgerlichen Lokalpresse und als Pressesprecher der Heidelberger CDU. 1975 nach den Kämpfen gegen die HSB-Fahrpreiserhöhungen war Schrode einer der Mitbegründer des „Arbeitskreis Polizei in der CDU", wo er als einer der ersten das Verbot des KBW forderte: Schrode damals: „Es ist unglaublich und entsetzlich ... wir an der Universität bräuchten mehr Personal, wir können nicht einmal kontrollieren, wer vom KBW und von anderen Gruppen da täglich Flugblätter verteilt ... wir müssen härtere Bandagen anlegen! Zumindest muß der KBW verboten werden." 16 Tage nach diesem Gründungstreffen wurde an der Universität durch den Rektor der Maulkorberlaß verkündet, der den Studenten jegliche politische Betätigung durch Flugblätter, Wandzeitungen usw. untersagt, soweit sie sich gegen das Rektorat richtet. Die Unterdrückung des Kampfes gegen den § 218 war das erste Exerzierfeld dieses Erlasses. Schrode schrieb im Auftrag des Rektors die Hetzkommentare, die das Verbot dieser Unterschriftensammlung absichern sollten: „Getragen von einer noch immer anhaltenden Welle undifferenzierter Stimmungsmache gegen das Verfassungsorgan Bundesverfassungsgericht werden derzeit auch im Uni-Bereich emsig für das kommunistische ‚Komitee gegen den § 218' Unterschriften gesammelt." ...„Kein Vorwand erscheint zu abwegig, als daß er nicht herhalten könnte, um ‚massenhaften Protest' zu entfachen gegen angebliche ‚Unterdrükkung' des Volkes und der Studenten ..." Dieser Reaktionär, der sich seit Jahren bemüht, Bourgeoisstudenten in seiner Pressestelle als Propagandisten der Reaktion auszubilden, kann sich den Kampf der Studentenmassen nur als Puppentheater der Kommunisten vorstellen. Vor Gericht ist Schrode schließlich als wichtigster Zeuge der Staatsanwaltschaft in Prozessen gegen Gegner des § 218 aufgetreten, wobei er vom Gericht gegen Fragen nach seinen Hetzartikeln und seiner Unterschlagung geschützt wurde, weil sie „Der Bloßstellung des Zeugen dienen" könnten, woran einiges wahres ist. Für das Gericht jedenfalls war seine Aussage eine Verurteilung wert.

Als schließlich die Studenten Ende des Wintersemesters aufgrund ihrer Kampferfahrungen den Studentenorganisationen der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen für ihr Vertretungsorgan eine Abfuhr erteilten, drohte Schrode im Namen seines Dienstherrn, daß es die Bourgoisie unter keinen Umständen hinnehmen werde, sollte ihren Zöglingen endgültig die Führung der Studentenschaft entgleiten: „Wer die Position vertritt, daß trotz aller Fehler und Schwächen dieses Bildungswesen und dieser Staat immer noch bestmöglich funktionieren, der könnte es nicht hinnehmen, wenn die den liberalen Rechtsstaat und die persönliche Freiheit des Bürgers verteidigenden demokratischen Studenten eines Tages an dieser Uni nichts mehr zu melden hätten."

Schrode ist also ein Mann der bürgerlichen Reaktion und als Schreiberling des Rektors ist er sich für kein Geschäft zu schmutzig gewesen. Daß er sich für dieses Geschäft nicht genügend entlohnt sah und sich nach der gang und geben Manier ein paar Tausender auf die Seite schaffte, durfte also unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit dringen.

Gegen Entlassungen bei Siemens Bruchsal

Mehr als 1 000 demonstrierten durch das Werk

Bruchsal. In der Elektrobranche geht zur Zeit eine stürmische Umwandlung vor sich: die Ersetzung elektromechanischer durch elektronische Systeme.

Welche Auswirkungen solche Umwandlungen in der kapitalistischen Produktion für die Arbeiterklasse haben, soll am Beispiel von Siemens Bruchsal gezeigt werden.

Bei Siemens Bruchsal werden hauptsächlich Fernsprechanschlüsse für die Deutsche Bundespost hergestellt. Das von Siemens produzierte elektromechanische EMD-System (Edelmetall-Motordrehwähler-System) war bisher das beherrschende System in den Telefon-Vermittlungsstellen der Deutschen Bundespost.

Nach einer Reihe von Kurzarbeitsperioden wurden Ende 1975 bei Siemens Bruchsal schrittweise Entlassungen durchgeführt, die erst im Jahr 1977 abgeschlossen sein sollen. Die Siemens-Geschäftsleitung begründete die Entlassungen mit Auftragsrückgang durch die Deutsche Bundespost („Schuld daran ist die Bundespost", hieß es).

Die Entlassungen seien „konjunkturbedingt". Vernichtung von Arbeitsplätzen also vorübergehend, so lautete die Beschwichtigungsformel der Siemens-Kapitalisten. Ab 1976 stiegen die Aufträge der Bundespost wieder, in der bürgerlichen Presse wurde Mitte Juli triumphierend verkündet: „Siemens spürt deutlichen Aufwind."

„Aufwind" – Entlassungen gehen weiter

Aber die Entlassungen gehen weiter. Siemens-Direktor Zeiser verkündete, daß 1977/78 der Ausstoß an Anschlußeinheiten wieder steigen werde, wofür nach Zeiser jedoch „nicht mehr Mitarbeiter" benötigt würden.

Trotzdem wurde von der Geschäftsleitung von Siemens Bruchsal immer noch behauptet, daß die Entlassungen „konjunkturbedingt" und nicht „strukturbedingt" seien, also nichts mit der Umrüstung in der Elektrobranche von der Elektromechanik zur Elektronik zu tun hätten. Was sich tatsächlich in der Elektrobranche abspielt, darüber macht der Geschäftsbericht des Siemens-Konkurrenten Standard Elektrik (SEL) unter dem Kapitel „Technologischer Strukturwandel" folgende Aussagen: „Der bei unseren Produkten zu beobachtende technologische Strukturwandel – weniger Elektromechanik, mehr Elektronik – verschärfte im Berichtsjahr die Auslastungsprobleme, weil elektronische Fertigungen erheblich weniger Arbeitsaufwand erfordern als konventionelle. Die konjunkturell notwendigen Anpassungsmaßnahmen waren daher begleitet von einem Umstrukturierungsprogramm, mit dem wir uns rechtzeitig auf die steigende Produktion elektronischer Geräte einstellen." (Stuttgarter Zeitung, 21.5.76)

Tatsache ist, daß auch Siemens schon seit zwei Jahren ein neues elektronisch gesteuertes Wählsystem (EWS) erprobt hat und daß in Bruchsal dieses EWS-System bereits gefertigt wird, ein System, das bei der geplanten Umstellung des westdeutschen Telefonnetzes ab 1977 eine Schlüsselstellung haben soll. Entsprechend hat die Geschäftsleitung auch mitgeteilt, eine Grundsatzentscheidung sei gefallen: „Bruchsal bleibt Hauptbetrieb für die öffentlichen Vermittlungsanlagen und wird Hauptbetrieb für elektronische Vermittlungssysteme."

Die Kapitalisten führen Modernisierungen, Erneuerungen der Maschinerie und den Einsatz neuer Technologien nur dann durch, wenn sie durch Senkung der für ein Produkt notwendigen Arbeitszeit gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung gewinnen und für eine gewisse Zeit – bis die neuen Technologien allgemein eingeführt sind – einen Extraprofit herausschlagen. Bei der Ablösung der Elektromechanik durch die Elektronik hoffen die Kapitalisten auf solche Extraprofite, weil für die Fertigung der elektronischen Vermittlungssysteme wesentlich weniger Arbeitsstunden notwendig sind. Wie man der IGM-Zeitschrift „Der Gewerkschafter" entnehmen kann, wird die notwendige Arbeitszeit bis auf ein Fünftel der früher notwendigen herabgedrückt. In der kapitalistischen Produktionsweise führen solche technischen Entwicklungen aber nicht dazu, die Arbeitszeit der Arbeiter zu verkürzen oder die Arbeit zu erleichtern, sondern die technische Entwicklung führt in ihrer kapitalistischen Anwendung dazu, einen Teil der Arbeiter „freizusetzen", sie arbeitslos zu machen und auf die Straße zu werfen.

Streik gegen Entlassungen

Den Arbeitern bei Siemens ist klar, daß, wenn sie rausfliegen, sie keine neue Arbeitsstelle im Raume Bruchsal finden werden. Dauerarbeitslosigkeit oder Wegzug aus Bruchsal wird ihr Los sein. Auf Grund dieser Klarheit entwickelt sich auch der Kampf gegen die geplanten Entlassungen. Am 2.4. legten 400 Kollegen aus dem Werkzeugbau die Arbeit nieder, als bekannt wurde, daß die ganze Abteilung geschlossen werden soll.

Als bekannt wurde, daß bis Ende 1977 1900 Kollegen (derzeit sind um die 4000 beschäftigt) entlassen werden sollen, reagierten die Arbeiter sofort. Die Vertrauensleute und einige andere Kollegen setzten sich zusammen und berieten, was zu tun ist, um dies zu verhindern. Kollegen von VFW Speyer wurden eingeladen, damit diese von ihren Erfahrungen im Kampf gegen Entlassungen berichten und die Bruchsaler daraus lernen konnten. Beschlossen wurde eine Flugblattserie, mit der die Siemens-Kollegen und die Arbeiter der anderen Bruchsaler Firmen informiert werden konnten. Ein Komitee gegen die Entlassungen soll zur Organisierung und Einbeziehung der Bevölkerung gegründet werden. Im ersten Flugblatt stellten die Vertrauensleute fest: „Wir sind der Meinung, daß jetzt ein Punkt erreicht ist, wo mehr getan werden muß, als das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt."

Darauf legten 80 Beschäftigte in der Betriebsunterhaltung für anderthalb Stunden die Arbeit nieder. Anlaß hierfür war die Entlassung von 16 Kollegen aus dieser Abteilung. Wurde bisher seitens der Geschäftsleitung als Grund für die Entlassungen angeführt, daß die Bundespost die Aufträge um beinahe 50 % verringert habe, so wurde in diesem Fall, auf Druck der streikenden Kollegen, andere Gründe angeführt: „Die Vertreter der Geschäftsleitung gaben zu, daß für alle genügend Arbeit vorhanden wäre, doch aus Kostengründen sollten die Entlassungen vorgenommen werden." (Badische Rundschau) Einher gehen die Entlassungen mit Umbesetzungen wie in der Schlosserei, wo Hilfsarbeiter entlassen werden und Facharbeiter nun die Arbeit von Hilfsarbeitern machen. Oder im Zusammenbau, wo die Arbeitsplätze von 34 Männern und 153 Frauen bis zum 30.9.76 abgebaut werden, die ersten im Gestellbau bereits entlassen sind.

Mehr als 1000 zogen durch das Werk

Massenentlassungen und verschärfte Ausbeutung in Bruchsal und in den anderen Siemenswerken, um das aus den westdeutschen Arbeitern und ausländischen Arbeitern herausgepreßte Kapital profitabel im Ausland anlegen zu können, das ist die Strategie der Siemens-Kapitalisten. „Im Ausland weiter auf Erfolgskurs", heißt es daher auch im Geschäftsbericht. Den Kollegen ist klar, daß auf ihrem Rücken dieser „Erfolg" ausgetragen wird.

Am 2.6. legten über 300 Kollegen für mehrere Stunden die Arbeit nieder und am 17.6. streikten mehr als 1000 Arbeiter den ganzen Nachmittag. Geschlossen zogen sie durch das ganze Werk. Dies war ein mächtiger Schritt vorwärts auf dem Weg zur Verhinderung der geplanten Massenentlassungen.

Vor diesen Kampfschritten fürchten sich die Kapitalisten, denn sie wissen, nehmen die Arbeiter ihre Interessen selbständig in die Hand, ist die Durchsetzung ihrer Profitinteressen verunmöglicht. Dieser Tatsache bewußt, wurden die bürgerlichen Politiker angesetzt, die gerade eben gewonnene Selbständigkeit der Arbeiter wieder zurückzuzerren. Gleichzeitig wurden Pfaffen angekarrt, die demselben Zweck dienen sollen. Die Kapitalisten wiederum versuchen nun ebenfalls die Einheit der Kollegen wieder auseinanderzudividieren. Abfindungen, bei freiwilliger Kündigung, bis zu 30000 Mark bei 30 Jahren Betriebszugehörigkeit, wurden inzwischen von der Geschäftsleitung angeboten.

Die Gewerkschaftsführung hat sich zwischenzeitig mit den bürgerlichen Parteien und den Pfaffen zusammengesetzt und eine gemeinsame Erklärung herausgelassen. Diese Erklärung enthält in ihrem Kern: „*Alle Anwesenden waren sich klar darüber, daß allein die Mobilisierung der Öffentlichkeit dazu führen kann, die Siemens-Zentrale in München, die sich stets ihrer sozialen Verantwortung ihren Mitarbeitern gegenüber rühmt, zu veranlassen, ihre Geschäftspolitik in Bruchsal zu ändern. Nur so könnte die Siemens-Zentrale den sozialen Anspruch, den sie in Worten erhebt, mit ihren Taten in Einklang bringen.*"

Der Zweck dieser Erklärung läuft darauf hinaus, die Selbständigkeit der Siemens-Kollegen wieder rückgängig zu machen und die Arbeiter vor den Karren der bürgerlichen Parteien, der Pfaffen und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung zu spannen. Die Arbeiter werden in der Erklärung nur als bemitleidungsvolle Wesen behandelt. Sie sind aber Produzenten allen gesellschaftlichen Reichtums. Hier wurde ein groß angelegtes Betrugsmanöver gestartet zur Fesselung der Kraft der Arbeiterklasse und zur Verschleierung der wirklichen Gründe für die Entlassungen. Die bürgerlichen Parteien verfolgen genau diesen Zweck, die Mittel, die sie dafür anwenden, bestehen darin, daß die SPD auf die „Strukturschwäche des Kreises Bruchsal" und auf „krasse Fehler im Management" verweist. Bei dieser „Erklärung" wird sie von der Gewerkschaftsführung unterstützt, während die CDU die Bundespost und letztlich auch die Bundesregierung für die Entlassungen verantwortlich machen will. Beide führen einen großen Streit, wer nun eigentlich Recht hat mit seiner Erklärung der Stillegung. Dies dient zu nichts anderem, als den Arbeitern den Kopf zu vernebeln über die kapitalistische Produktionsweise, die Ursache für Stillegungen, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit – und nicht irgendwelche Fehler von irgendjemandem. Für Anfang September ist vom Vertrauensleutekörper eine Demonstration geplant. Es wird sich zeigen, daß die Siemens-Arbeiter die Lage klarer sehen, als die Bürgerlichen es zulassen wollen. – (Ortsgruppe Bruchsal)

Tatsachen zum „Aufschwung"

Fast täglich bringt die Regierung in die Zeitungen: „Der Aufschwung läuft jetzt". Was hat es mit diesem „Aufschwung" auf sich? Tatsache ist, daß die Kapitalisten überwiegend nur für Rationalisierung investieren, das bedeutet, weitere Arbeiter auf die Straße werfen und die Ausbeutung verschärfen. Die Welle der Pleiten und Stillegungen geht weiter. Allein im April dieses Jahres wurden 850 Konkursverfahren eingeleitet. Werden Neueinstellungen vorgenommen, so werden zugleich an anderer Stelle Arbeiter entlassen. Die Ausbeutung wird gesteigert, der Lohn gedrückt, Neueingestellte werden gleich tiefer eingestuft, und die Arbeitslosen bleiben im Durchschnitt immer länger arbeitslos. Die Produktion wird nicht ausgeweitet durch Einstellung von mehr Arbeitern.

Ende Mai sind nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit schon 45 % länger als ein halbes Jahr arbeitslos, vor einem halben Jahr war erst jeder dritte Arbeitslose länger als ein halbes Jahr arbeitslos. Länger als ein Jahr waren Ende Mai 1976 schon 17 % der Arbeitslosen ohne Arbeit, vor einem Jahr waren es 7 %. Die Mehrzahl der Arbeitslosen ist 6 bis 12 Monate arbeitslos, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 23. Juli.

Im Juli ist die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen auf 944600 gegenüber 921000 im Juni. Das sind aber nur die registrierten, nicht die über 100000 Jugendlichen, die nach der Schule keine Lehrstelle finden, nicht diejenigen, die frühzeitig in Rente geschickt wurden, nicht die Frauen, die sich nicht als Arbeitslose registrieren ließen, nachdem sie ein dutzend Mal auf der Suche nach Halbtagsstellen abgewiesen worden sind, nicht die Ausländer, die nach einigen Monaten Arbeitslosigkeit einfach abgeschoben worden sind.

In der kapitalistischen Krise werden große Teile des Reichtums vernichtet. Die Zahl der Konkurse ist beständig gestiegen: 1973 5515, 1974 7722, 1975 9195

Die Überproduktion von Kapital ist nicht beseitigt und die Pleiten gehen weiter. Die Vernichtung von Kapital durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf in der Krise ist die Voraussetzung für den Aufschwung des in der Krise überlegenen Kapitals. 1974 ist nach Angaben des statistischen Bundesamtes ein Kapital von 10 Milliarden DM durch Pleiten vernichtet worden. Vor allem aber bedeutet die kapitalistische Krise Brachlegung der lebendigen Produktivkraft, der menschlichen Arbeit, die alle Werte schafft. Die maximale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist das Interesse der Kapitalisten, und sie nutzen die Krise, um die Ausbeutung maximal zu steigern.

Während über eine Million auf die Straße geworfen ist, steigern die Kapitalisten die Ausbeutung der beschäftigten Arbeiter. In der Industrie wurde der Umsatz je Arbeiter um 18,8 % gesteigert. Im Mai 1976 betrug der Umsatz pro Arbeiter in der Industrie 12584 DM, im Mai 1975 dagegen 10592 DM (Zahlen nach Wirtschaft und Statistik 5/76 und Handelsblatt, 2.8.76).

Wie sollten die Arbeiter da auf diesen „Aufschwung" setzen? Sie müssen sich dagegen zusammenschließen, im Kampf um den Lohn, im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, und als Arbeiterklasse gegen den kapitalistischen Staat ihre Forderungen durchsetzen: Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Vollständige Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeiter! Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden! Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat!





Wilhelmshaven. In drei Monaten soll die Betriebsstätte Schwei (Wesermarsch) des Olympia-Konzerns geschlossen werden. Durch Rationalisierung und Steigerung der Akkordhetze hatten im Hauptwerk Wilhelmshaven die Konzernkapitalisten die Arbeitsplätze von 13000 auf 8000 abgebaut. Die kleineren Betriebsstätten werden dicht gemacht. Auf der Betriebsversammlung in Schwei am 28.7. wurde die Geschäftsleitung ausgebuht und ausgepfiffen. Wie die Olympia-Kapitalisten die Rationalisierung durchzogen, wird an den Bildern deutlich. Das Bild oben zeigt eine der Pressenstraßen von 1958. 165 arbeiteten in dieser Abteilung. Sie produzierten 110000 Typen pro Tag. Bild unten: 40 Arbeiter produzieren täglich 200000 Typen. Die Akkordhetze ist enorm gesteigert worden.

Philips-Herborn: Stillegung bedeutet Dauerarbeitslosigkeit

Herborn / Hessen. Der Philips-Konzern will das Kondensatoren-Werk in Herborn stillegen. Davon sind 300 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Für die meisten Kollegen bedeutet die Stillegung Dauerarbeitslosigkeit: vor allem für die rund 200 Frauen stehen im Raum Herborn keine Arbeitsplätze in Aussicht. Von dem „Angebot" der Konzernleitung, im Wetzlarer Philips-Werk Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, haben die meisten Arbeiter nichts. Viele Arbeiter haben jetzt schon lange Anfahrtswege nach Herborn. Anfahrtswege von 2 bis 3 Stunden bis nach Wetzlar müßten sie in Kauf nehmen, um nen und auch noch die langen Anfahrtswege bezahlen müßten. „Dann habe ich gar keine Zeit mehr, auf meine Kinder aufzupassen." „Unmöglich, in Wetzlar können wir nicht anfangen", so und ähnlich kommentierten die Arbeiter zu Recht das „Angebot" der Konzernleitung.

Mit Erbitterung demonstrierte die Belegschaft gegen die Stillegung und zog in einem Demonstrationszug vor das Rathaus, wo die Konzernleitung mit Vertretern der Stadt Herborn verhandelte. Um die Arbeiter zu zwingen, in Wetzlar anzufangen, will die Konzernleitung aus dem Sozialplan, der in Zusammenhang mit der vorangegangenen Verkleinerung der Belegschaft aufgestellt wurde, den Passus hier arbeiten zu können, ganz abgesehen davon, daß sie in Wetzlar weniger verdiestreichen, daß Umbesetzungen nur mit Zustimmung des Betroffenen und des Betriebsrates durchgeführt werden können. Auf deutsch: die Konzernleitung möchte bestimmen, wer in Wetzlar anfangen soll. Wer sich weigert, und dazu wären viele gezwungen, verliert die Auszahlung, die der Sozialplan vorsieht.

Gegen den § 218

Celle. Die gesamte Röntgenabteilung des Celler Allgemeinen Krankenhauses (insgesamt neun Beschäftigte) hat die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

Widerstand gegen Anrechnung

Köln. Auf der letzten Betriebsversammlung bei den ACLA-Werken (Chemie) war die Forderung erhoben worden, alle männlichen Hilfsarbeiter nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer in die tarifliche Lohngruppe III und alle Frauen in die Lohngruppe II hochzustufen. Die Geschäftsleitung versuchte zu spalten. 5 Männer und 3 Frauen wurden um eine Lohngruppe angehoben. Der Rest verblieb in den alten Lohngruppen. Außerdem wurde die Erhöhung auf die übertarifliche Zulage angerechnet. Weiter erhielten mehrere Arbeiter statt der 49 Pfennig Tariflohnerhöhung nur 30 Pfennig oder weniger Lohnerhöhung. Die Anrechnung auf die übertarifliche Zulage wurden mit „zu häufigen Fehlzeiten" begründet. Schon bei der Lohnabrechnung kam es zu ersten Protestaktionen. Die Lohnänderungsanzeige wurde nicht unterschrieben. Mehrere Arbeiter stürmten in das Büro des Abteilungsleiters und verlangten eine Begründung. Jetzt wird auf eine Betriebsversammlung hingearbeitet, auf der Einheit gegen diese Maßnahmen hergestellt werden soll.

Stahltarifrunde

Die Verhandlungen über die stahltypischen Zuschläge wurden auf den 16. September vertagt.

Klöckner Bremen

Leistungszulage für Angestellte – Mittel zur Spaltung und zum Lohnabbau

Bremen. Die Gehälter der Angestellten bei der Klöckner-Hütte Bremen setzen sich zusammen aus:

1. Tarifgruppen-Gehalt

Für die kaufmännischen und technischen Angestellten gibt es sechs Tarifgruppen (K/T 1 bis K/T 6). Für Meister gibt es vier Tarifgruppen (M 1 bis M 4).

Diese Tarifgruppen sind jeweils noch unterteilt in drei bis vier Stufen – nach Tätigkeitsjahren in der entsprechenden Tarifgruppe gestaffelt.

Die Differenz von K/T 2 Endstufe – nach dem dritten Beschäftigungsjahr (1352 DM) und K/T 6 Endstufe – nach dem zweiten Beschäftigungsjahr (2891 DM) beträgt über 110 %. (Da kein Angestellter nach K/T 1 bezahlt wird, lassen wir diese Gruppe aus.)

2. Gruppenzulage

Angestellte, die zum Beispiel nach K/T 3 bezahlt werden und zum Teil Arbeiten verrichten, die nach K/T 4 bewertet werden, erhalten eine Gruppenzulage. Zugrundegelegt wird dabei die Differenz zwischen – in diesem Fall – K/T 3 und K/T 4.

Anteil der höherwertigen Tätigkeit	Gruppenzulage in % der Differenz
1– 9 %	5 %
10–19 %	15 %
20–29 %	25 %
30–39 %	35 %
40–49 %	45 %

Bei mehr als 50 % „höherwertiger Tätigkeit" wird die höhere Gehaltsgruppe (hier K/T 4) gezahlt.

3. Außertarifliche Zulage

Die außertarifliche Zulage wird vom Kapitalisten festgesetzt, ist tariflich nicht abgesichert und kann jederzeit verringert oder ganz gestrichen werden. Diese Zulage ist für die Kapitalisten das geeignetste Mittel zur Spaltung und zum Lohnabbau. Während einige Angestellte nur 50 DM oder noch weniger bekommen, erhalten andere zum Teil 200 bis 300 DM. Daß die Angestellten mit einer hohen Zulage mehr zu verlieren haben, ist jedem einsichtig.

Um „die außertarifliche Zulage tariflich abzusichern" hat die IG Me-

Um „die außertarifliche Zulage tariflich abzusichern" hat die IG Metall-Führung ein besonderes Kuckucksei ausgebrütet: **Leistungszulage für Angestellte.**

Doch was ändert sich durch diese Leistungszulagen? Gibt es dadurch keine Spaltung mehr wie durch höhere bzw. niedrigere außertarifliche Zulagen? Bei näherer Untersuchung stellen wir das Gegenteil fest!

Spaltung durch Prozentzulagen

Der „Tarifvertrag über Leistungszulagen" wurde am 11.12.75 abgeschlossen für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, die Klöckner-Hütte Bremen und die Stahlwerke Südwestfalen (Werke Dillenburg und Niederschelden). Darin wird vorgeschrieben, daß bis zum 31.5.76 die Bewertungsgrundlagen für die Leistungszulagen in Betriebsvereinbarungen festgelegt werden müssen. 8 % müssen für jeden Angestellten „erreichbar" sein. Damit ist in dem Tarifvertrag selbst schon die Spaltung angelegt, daß eine Forderung nach gleicher Zulage für alle ausgeschlossen wird. Außerdem wird die Illusion verbreitet, daß nach Leistung bezahlt wird – also „gerechter" Lohn.

Am 18.5.76 hat der Gesamtbetriebsrat dann die Betriebsvereinbarung mit dem Vorstand der Klöckner-Werke abgeschlossen:

Die Leistungsbewertung wird alle zwei Jahre durch den unmittelbaren Vorgesetzten durchgeführt und durch den übergeordneten Vorgesetzten überprüft.

Dafür liegen sieben verschiedene Beurteilungskriterien mit verschiedener Gewichtung zugrunde. Erreichbar sind:

1. Geistige Beweglichkeit	1,2 %
2. Initiative	1,2 %
3. Arbeitseinteilung	0,8 %
4. Arbeitsergebnis	2,0 %
5. Verantwortung	1,6 %
6. Zusammenarbeit	0,4 %
7. Belastbarkeit	0,8 %

Das sind zusammen die 8 %, welche die Höchstgrenze bilden. Die „Mindestgrenze ist 0 %.

Um 4 % Leistungszulage zu bekommen, muß man bereits **über dem Durchschnitt** liegen! Wer 4 % oder mehr erreichen will, kann das nur auf Kosten der Kollegen. Das hat für die Kapitalisten gleich zwei Vorteile:

Die Leistungszulage wird auf die übertarifliche Zulage angerechnet

1. als Mittel zur Spaltung – jeder gegen jeden;

2. als Mittel zur Erhöhung der Leistung jedes einzelnen und damit auch Erhöhung des Leistungsdurchschnitts. Das bedeutet glatten Lohnabbau, denn die Leistungszulage wird auf die übertarifliche Zulage angerechnet. Wir bekommen also nichts oder nur wenig mehr, gleichzeitig aber wird der Arbeitstag verdichtet. Die Mehrarbeit erhöht sich bei gleicher Länge der Arbeitszeit.

Durch die Konkurrenz untereinander ist es dazu auch noch schwieriger, sich dagegen und gegen andere Maßnahmen der Kapitalisten zu wehren.

Die übertarifliche Zulage wird in Höhe der Leistungszulage gekürzt. Alle zwei Jahre wird die Leistungsbewertung neu durchgeführt. Was passiert, wenn die Leistungsbewertung in zwei Jahren schlechter ausfällt? Die übertarifliche Zulage wird wohl kaum wieder erhöht werden. Dann wäre ja ein Teil des Spaltungsmanövers sinnlos für die Kapitalisten. Es wird damit also auch Lohnabbau möglich. Und wo Lohnabbau möglich ist – da können wir sicher sein –, wird der Kapitalist keine Mühe scheuen, ihn auch durchzuführen. Die Schuld daran sollen wir uns dann auch noch selbst geben.

Ein weiteres Spaltungsmittel ist die Prozentform. 4 % bringen zum Beispiel bei (jeweils Endstufe):

K/T 6 – DM 115,64
K/T 4 – DM 77,00
K/T 2 – DM 54,08.

Bei gleicher Bewertung entstehen also bereits erhebliche Unterschiede.

Jeder Angestellte wird einzeln bewertet, steht also bei der Beurteilung dem Kapitalisten bzw. dessen Vertreter isoliert gegenüber. Außerdem bedeutet auch gleiche Bewertung mit anderen Kollegen noch unterschiedliche Ergebnisse.

Protokollnotiz zur Betriebsvereinbarung:

„Die Betriebsvereinbarung zur Leistungsbeurteilung von Angestellten wird mit der Durchführung der Tarifrunde 1976 eingeführt. Sollte dies aus zeitlichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, wird die Betriebsvereinbarung spätestens am 1.1.1977 wirksam."

Damit wird versucht, die Angestellten aus der notwendigen gemeinsamen Front für Lohn- und Gehaltserhöhungen herauszubrechen. Das wird den Kapitalisten mit ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Handlangern nicht gelingen! Dieser Tarifvertrag in Verbindung mit der Betriebsvereinbarung bringt uns keine Vorteile, sondern vermehrt die Nachteile. Wenn wir das klar sehen, wird sich unsere gemeinsame Front nur verstärken können. – (k., Betriebszelle Klöckner Bremen)



Klöckner Stahlwerk Osnabrück: Vergießen eines schweren Stahlgußstücks mit 2 Pfannen.

605 DM für eine siebenköpfige Familie

Köln. Vor einigen Wochen erschien im Kölner „Express" ein Artikel: „395 DM reichen zum Leben von Vater, Mutter und zwei Kindern." Diese Rechnung wurde vom Bundesernährungsministerium aufgemacht. Es hagelte Proteste in zahlreichen Leserbriefen. Daß die Bourgeoisie damit für ihre Lohndrückerei nicht ein Ziel angegeben hatte, das sie erst in nächster Zeit erreichen will, sondern daß es die Kapitalisten vielmehr schon geschafft haben, Teile der Arbeiterklasse ins Elend zu stürzen, erlebten wir bei Hausbesuchen in der Glasstraße in Köln-Ehrenfeld anläßlich unseres Propagandafeldzuges zu den Bundestagswahlen.

Wir kamen in ein Haus, in dem nur ausländische Familien leben. Die Wohnungen sind etwa 50 Quadratmeter groß und bestehen aus zwei Zimmern mit Küche. Heizung ist ebensowenig vorhanden wie ein Bad. Die Toilette ist auf dem Hausflur. Auf einer Etage lebt in dieser Enge eine Familie mit fünf Kindern.

Der Vater ist seit einem Jahr arbeitslos und erhält ein Arbeitslosengeld von 770 DM plus 170 DM vom Sozialamt. Also 940 DM monatlich insgesamt. Da die Miete für dieses Loch 300 DM monatlich beträgt und etwa 35 DM Gebühren für Wassergeld und anderes anfallen, bleiben der Familie noch 605 DM für Nahrung und Kleidung. Das ist zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig. Der Vater erzählte uns, daß er acht Jahre bei Ford am Band gearbeitet habe und im letzten Jahr arbeitslos wurde. Seither hat er keine neue Stelle gefunden. Während die Ford-Kapitalisten sich durch Rationalisierungen im letzten Jahr gesundgestoßen haben und jetzt wieder riesige Profite machen, müssen die arbeitslos gewordenen Arbeiter sehen, wie sie ihre Familie durchkriegen.

Die bürgerlichen Parteien streiten sich im Wahlkampf, wer den größten Betrag zum Aufbau des „Netzes an sozialer Sicherheit" geleistet habe. Die Bundesregierung brüstet sich in ihren Hochglanzbroschüren, daß sie das Arbeitslosengeld auf 68 % vom Nettolohn und die Arbeitslosenhilfe auf 58 % erhöht habe. Daß die Menschen damit am Hungertuch nagen müssen, zeigt das Beispiel der italienischen Familie. – (r., Köln)

IG Druck: Anhänge zum Manteltarif gekündigt

Forderungen gegen die Unterbesetzung an den Maschinen beschlossen

Köln. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat die „Anhänge zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer der Druckindustrie" fristgerecht zum 31.12.76 gekündigt. Er hat dies in der letzten Ausgabe von „Druck und Papier" bekanntgegeben. Diese „Anhänge zum Manteltarifvertrag" enthalten viele löchrige Regelungen, die von den Kapitalisten ausgenutzt werden können, wenn sie einen Angriff auf die Arbeitsbedingungen führen. Dies ist geschehen. Im Teil C, § 3 dieser „Anhänge" heißt es: „In der Regel kann an Bogendruckmehrfarbenmaschinen die Bedienung von mehr als zwei Farbwerken durch eine Fachkraft nicht verlangt durch eine Fachkraft nicht verlangt werden." Über die Besetzung mit Hilfsarbeitern schweigt dieser Tarifvertrag. So nutzen die Kapitalisten das „in aller Regel" aus und versuchen Drucker dazu zu bewegen, eine 4-Farben-Maschine allein zu bedienen. Dies ist in einer Reihe von Betrieben der Fall, wie es auch oft so ist, daß nur ein Hilfsarbeiter an 4-Farben- oder 2-Farben-Maschinen steht. Die Folge davon ist, daß die Arbeitskraft der Druckarbeiter einem ungeheuren Verschleiß ausgesetzt ist, insbesondere wenn Überstunden, Nachtarbeit und Sonderschichten dazu kommen.

Die Arbeiter wehren sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen

Wenn also die Kapitalisten diese Gummiparagrafen in ihrem Sinne nutzen, so müssen die Arbeiter diesen Tarifvertrag in ihrem Sinne ändern. Auch dies ist schon geschehen. In der Druckerei Rheindorff in Köln gibt es seit einem Jahr eine Auseinandersetzung über die Maschinenbesetzung. In diesem Betrieb sind der 10-Stunden-Tag, die Tag-Nacht-Wechselschicht und die Samstagsarbeit üblich. Letztes Jahr begann die Geschäftsleitung erstmalig an einer Roland-Ultra-4-Farben-Maschine ohne den zweiten Drucker und an Roland-Ultra-2-Farben-Maschinen zeitweilig nur mit einer Hilfskraft arbeiten zu lassen. Die ersten Drucker an der 4-Farben-Maschine bekamen dafür 2,50 DM Stundenlohn mehr. Bei der ganzen unerträglichen Schinderei war hier der Punkt, den die Kollegen nicht mehr hinnahmen. Eine an der 4-Farben-Maschine für einen Monat geplante 12-Stundenschicht benutzte der Betriebsrat. Nach vorheriger Debatte in der Offsetabteilung verlangte er für sein Stillschweigen zu diesem Verstoß gegen die Arbeitszeitordnung die Besetzung dieser Maschine mit zwei Druckern. Weil die Geschäftsleitung den Auftrag halten wollte, stimmte sie zu und stellte zwei neue Drucker ein.

Immer neue Angriffe

Bald darauf versuchte die Geschäftsleitung in einer Zeit mit wenig Arbeit, uns zu demütigen, indem sie die beiden Drucker wieder entlassen wollte. Diese Entlassung fand nicht statt, weil der Betriebsrat seine Stellungnahme lange hinauszögerte, und es dann wieder mehr Arbeit gab. Noch waren die Kollegen selbst nicht aktiv geworden, doch die Unruhe war groß. Als die Geschäftsleitung Anfang März 1976 erneut versuchte, an mehreren Maschinen unterbesetzt arbeiten zu lassen, verweigerte die Offsetabteilung geschlossen die Überstunden. Inzwischen war auch die Bedeutung einer vertraglichen Festlegung der Maschinenbesetzung klar geworden, da sonst die Geschäftsleitung ständig wieder versuchen würde, die Maschinenbesetzung abzubauen. Der Betriebsrat nahm im abzubauen. Der Betriebsrat nahm im Auftrag der Arbeiter Verhandlungen mit der Geschäftsleitung auf über einen Schichtplan, in welchem die Maschinenbesetzung eindeutig festgelegt wird.

Die Gewerkschaften zur Durchsetzung unserer Forderungen nutzen

Schon früher haben wir in der Berufsgruppe Druck der Gewerkschaft einen Antrag diskutiert und verabschiedet, den wir an den Vorstand der Berufsgruppe geschickt haben. Dieser Antrag enthält einen Formulierungsvorschlag für eine Neufassung des § 3 aus Teil C des „Manteltarifvertrag-Anhangs" welche genau die Maschinenbesetzung festlegt für Bogenoffsetmaschinen, und zwar wie folgt: ab Maschinengröße 3 gilt:

1 Farbwerk – 1 Drucker, 1 Hilfsarbeiter,
2 Farbwerke – 1 Drucker, 2 Hilfsarbeiter,
4 Farbwerke – 2 Drucker, 2 Hilfsarbeiter
für je 2 weitere Farbwerke kommt ein Drucker hinzu.

Auf einer der nächsten Sitzungen der Berufsgruppe kam der Bundesvorsitzende der Berufsgruppe Druck und machte folgende Aussage: „Unser Vorschlag sei sehr gut und er würde ihn unterstützen. Wir sollten uns aber keine Illusionen machen, er sei kaum durchzusetzen, weil zu viele Kollegen in zu vielen Betrieben mit geringerer Besetzung arbeiten würden." Man sieht gleich, was solche Sozialdemokraten vorhaben: Sie wollen in den Verhandlungen unsere Forderungen für ein Butterbrot verkaufen und die Schuld gleich wieder uns in die Schuhe schieben. Bis zum 31.12. sind es noch 6 Monate. Diese Zeit muß genutzt werden, um in den Druckbetrieben und den Ortsvereinen der Gewerkschaft eine Debatte über die richtigen Forderungen zu führen und so die Tarifrunde vorzubereiten. Ausgehend von den Auseinandersetzungen in den Betrieben müssen wir einen „Anhang" durchsetzen, der einem weiteren Verschleiß unserer Arbeitskraft Einhalt gebietet. – (m., Köln)

Stahlwerke P. & S.

Abbau des Lohns bei P. & S.

Peine. In der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen / Klöckner Hütte Bremen haben die Tarifverhandlungen über die stahltypischen Zuschläge begonnen. Zum 31.10. laufen bei P & S wie auch in Nordrhein-Westfalen die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Der „Stahlarbeiter", die Betriebszeitung der Sympathisantengruppe Peine des KBW, berichtet über den Lohnabbau im letzten Jahr:

„Durch Preissteigerungen und Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge hat heute jeder Arbeiter weniger Lohn als vor einem Jahr, während auf der anderen Seite die Mehrarbeit zunimmt. Man kann das Ausmaß des Lohnabbaus an den Zahlen erkennen, die auf der letzten Jahreshauptversammlung der Aktionäre bekannt gegeben wurden (siehe Werkszeitschrift 3/76): ‚Der durchschnittliche Personalaufwand je Belegschaftsmitglied betrug 1973/74 gleich 34367 DM, 1974/75 gleich 34813 DM, also im Monatsdurchschnitt rund 2900 DM bzw. 2960 DM. In diesen Summen sind Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers, Rückstellungen für Werksrenten, Lohnsummensteuer und ähnliches enthalten' – also die Teile des Lohnes, die vom Staat in den Sozialversicherungen oder vom Werk wie bei den Werksrenten zwangsverwaltet werden bzw. direkt als Steuern den Lohnabhängigen abgeknöpft werden.

Im Monatsschnitt gab es also eine Steigerung um ca. 2 % (60 DM). Die Lohnabschlüsse vom letzten November, die unter der Preissteigerungsrate lagen, haben den Lohn weiter abgebaut. Verständlich ist es, wenn diese Entwicklung im „Personalsektor" bei den Aktionären auf der Jahreshauptversammlung besondere Beachtung fand, wie es in der Werkszeitschrift heißt. Hinzu kommt noch, daß in diesen Durchschnittszahlen für den Personalaufwand pro Belegschaftsmitglied die Gehälter der AT-Angestellten und des Vorstandes miteinberechnet sind, und die werden gut geschmiert. Im Geschäftsbericht von 1973/74 sind die Gesamtbezüge des Vorstandes mit 2125820,23 DM angegeben, bei 6 Vorstandsmitgliedern also im Schnitt etwa 354303 DM im Jahr oder 29525 DM im Monat."

Städtisches Krankenhaus Mannheim

Arbeitshetze und Personalabbau – Krankenstationen übervoll belegt

Mannheim. Im Städtischen Krankenhaus haben sich Betriebsprüfer ihr Büro eingerichtet. Von dort aus unternehmen die Prüfer ihre Streifzüge, bei denen sie in den Abteilungen rumschnüffeln, um „überzähliges Personal" aufzuspüren, oder z.B. eine Schwester im Aufzug ganz frech zu fragen, wieso sie nicht laufe, wenn sie keinen Patienten dabei habe.

Von den Maßnahmen und Bespitzelungen des Dienstherren hat das Pflegepersonal die Nase gestrichen voll. Ins Gipszimmer z.B. kamen die Prüfer in der vorletzten Woche erst gar nicht herein. Die Pfleger dort verwehrten ihnen mit Vergnügen den Zutritt, weil gerade ein Patient behandelt wurde. Da war keine große Absprache notwendig, als bekannt wurde, „die Prüfer wollen rein", knallte ihnen auch schon die Tür vor der Nase zu.

An die Verwaltung, die ständig behauptet, sie hätte 40 Schwestern zuviel, werden von den Stationen und Abteilungen Briefe geschickt mit dem Inhalt, daß die Patientenversorgung nicht mehr gewährleistet sei. Die Mitglieder der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe, die einhellig der Meinung sind, daß jegliche Rationalisierungsmaßnahmen zurückgeschlagen werden müssen, gehen mit ihrem Fragebogen, der die Arbeitssituation der Abteilungen untersucht, in die einzelnen Arbeitsbereiche. Dort diskutieren sie mit den Kollegen, welche Aktionen möglich sind, um die Forderungen nach Erweiterung des Stellenplans und der Übernahme aller Auszubildenden durchzusetzen.

Der Arbeitskreis des Vertrauensleutekörpers überprüft, wo selbst der zur Zeit gültige Stellenplan nicht eingehalten ist. Sein Ziel ist es, die Forderungen „Keine Rationalisierungen auf dem Rücken der Kollegen" und „Erweiterung des Stellenplans" unter den Beschäftigten zu verankern und den ganzen Vertrauensleutekörper dafür zu gewinnen, daß er Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen einleitet. Wie die Arbeitsbedingungen des Personals und dadurch die Versorgung der Patienten verschlechtert werden, schildert die Zelle des KBW:

Mannheim. Immer wieder preisen die bürgerlichen Ideologen die moderne medizinische Versorgung an. Jedem in Mannheim ist noch in Erinnerung, wie Superbauten wie der neue Operationstrakt in den Städtischen Krankenanstalten über den grünen Klee gelobt wurden, oder wie durch eine Fernsehsendung unter dem Titel „Die grünen Menschen von Intensiv 1" (über die Intensivstation im Mannheimer OP-Trakt) der Bevölkerung ehrfürchtiges Staunen über die ach so vollkommen entwickelte Technik in der Patientenversorgung entlockt werden sollte; und auch das neuerbaute „Zentralinstitut für seelische Gesundheit" gibt Mannheims Stadträten Anlaß, sich zu brüsten.

Doch dieser schöne Schein währte nicht lange; allein die bautechnischen Mißstände schreien zum Himmel:

– Der OP-Trakt war noch nicht fertig eingerichtet, da mußte schon umgebaut werden – hier wurde das Klo vergessen, dort war die Tür zu klein für Patientenbetten usw.

– Wo sich jetzt der Knochen-Operationssaal befindet, war er eigentlich nicht eingeplant (bemerkt werden muß hierzu, daß bei Knochen-Operationen besonders steril gearbeitet werden muß, weil Infektionen der Knochen nicht beherrscht werden können und üble Folgen haben). Das sieht so aus, daß in direkter Nachbarschaft septische (gleich eitrige) Operationen durchgeführt werden, die Personal-Schleusen unzureichend sind, Bettenschleusen nicht vorhanden sind usw. Die Folgen für die Patienten sehen dementsprechend aus. So wurde hier noch manches andere verbaut, so daß viele Beschäftigte meinen, dem OP-Trakt könne nur geholfen werden, wenn man ihn ganz abreißt und neu baut.

Vor allem Arbeitshetze und Personalmangel gefährden die Patientenversorgung

Der Personalmangel wird sogar im „Bericht für die Jahre 1974 und 1975", herausgegeben von der Direktion der Städtischen Krankenanstalten, erwähnt – in einer Anmerkung. Da steht auf Seite 11 unten zur Erklärung der geringen Ausnutzung der Planbetten auf der Intensivstation der Satz: „Wegen Personalmangel jedoch noch nicht voll belegbar." Die Wirklichkeit sieht schlimmer aus; denn selbst die belegten Betten können wegen der Personalknappheit kaum betreut werden. Dazu Oberin Nelli Hoffmann im „Mannheimer Morgen" vom 21.7.76: „Aber diese Kräfte mit Sonderausbildung in so großer Zahl zu finden, ist sehr schwer."

Kein Wort davon, daß diese Kräfte schon da sind – aber nach Beendigung ihrer Intensivpflege-Ausbildung nur die wenigsten in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, weil die Klinikleitung halt „sparen" will.

Auf den übrigen Stationen herrscht das gleiche Bild: die Stationen sind voll belegt und zu wenig Schwestern sind da, die Folgen sind immer mehr Überstunden, der Krankenstand des Personals nimmt zu, die praktische Ausbildung der Schüler(innen) verschlechtert sich usw.

Wie sehen die Folgen für die Patientenversorgung aus?

Durch die steigende Arbeitshetze auf Station ist es immer seltener möglich, die notwendige Grundpflege, die vor allem bei alten und sehr geschwächten Patienten wichtig ist, durchzuführen. Das sieht dann so aus, daß die Patienten öfters mal ungewaschen im Bette liegen, oder nicht rasiert werden können, daß keine Nagelpflege und keine Mundpflege regelmäßig durchgeführt werden können. Dadurch werden natürlich zusätzliche Infektionen begünstigt, die für den Gesunden vielleicht unwesentlich, für den Kranken jedoch gefährlich sind und manchmal auch das Leben kosten können.

In der Ausbildung wird den Schwesternschülerinnen eingetrichtert, ungepflegte Patienten seien auf die „Schlampigkeit" der Schwestern zurückzuführen und es handele sich dann um einen schweren „Charakterfehler" bei der betreffenden Schwester. Und da eine Pflegeperson mit einem „Charakterfehler" ungeeignet für den Beruf ist, soll sich auch jeder ja anstrengen, seine Arbeit auch gründlich zu machen; ob das nun mit Überstunden verbunden ist, unbezahlten womöglich, das sei ja nicht so wichtig – schließlich sollte eine Schwester, die für ihren Beruf „Liebe" und „Aufopferung" mitbringen muß, bei solchen Dingen nicht so kleinlich sein.

Dieses Gewäsch verfängt bei den Kollegen immer weniger; denn daß die sich verschlechternde Patientenversorgung nicht vom Personal verschuldet ist, ist allzu offensichtlich. Es ist vielmehr so, daß die Kapitalistenklasse und ihr bürgerlicher Staat immer weniger gewillt sind, Gelder in die Patientenversorgung zu stecken, besonders bei den chronisch Kranken, die für eine Ausbeutung als Lohnarbeiter nicht mehr tauglich sind. Diese Gelder, die die Kapitalisten durch den bürgerlichen Staat aus den Arbeitern rauspreßt, werden gebraucht zur Mästung der Kapitalisten.

Wenn die Zahl der kranken Lohnarbeiter steigt aufgrund der verschärften Belastung im Arbeitsprozeß, dann ist das für den Kapitalisten nur lästig – er hat nur das Interesse, diesen Arbeiter möglichst bald wieder ausbeuten zu können. Für die Kapitalistenklasse ist es natürlich Verschwendung, wenn ihr Staatsapparat Gelder in die Patientenversorgung steckt, die sie sich als Investitionszuschüsse und dergleichen einverleiben will.

Das führt dann dazu, daß trotz steigendem Krankenstand unter den Arbeitern und Angestellten und sinkender Lebenserwartung „Bettenberge" abgebaut, Liegezeiten verkürzt, ja ganze Kliniken geschlossen werden.

Zurück zu den Städtischen Krankenanstalten – nicht nur die Grundpflege ist immer weniger gewährleistet:

– So sind in letzter Zeit Windeln und Handtücher nur noch in sehr beschränktem Maße für die Stationen zu haben – vom Waschhaus dürfen einfach nicht mehr Windeln an die Stationen vergeben werden – es muß gespart werden, heißt es. Da Windeln und Handtücher nun einmal wesentlich zur Säuberung des Patienten sind, kann sich jeder ausmalen, was solche Sparmaßnahmen seitens der Verwaltung für Folgen haben. Aber diese Herren werden wohl kaum während eines Krankenhausaufenthaltes in die Lage kommen, in ihrem eigenen Dreck liegen zu müssen, sie werden auf den „Sonderstationen" (eine neue Bezeichnung für die Privatstationen) sicher die beste Behandlung erfahren.

Nicht nur das Pflegepersonal ist von steigender Arbeitshetze betroffen:

– In den Labors herrscht das gleiche Bild: es werden z.B. seltener Kontrolluntersuchungen bei der Ermittlung der Blut-, Urinwerte usw. durchgeführt. Diese Absicherung der Ergebnisse ist unbedingt notwendig. Denn daß sich bei Hunderten und Tausenden von Laborbefunden Fehler einschleichen können, ist klar. Ebenso klar ist aber auch, daß solche Fehler katastrophale Folgen haben können für den betroffenen Patienten, der dann falsch behandelt wird.

– Auch in der Küche: zum einen merkt man es am Essen, daß zunehmende Arbeitshetze ihre Folgen hat. Oder es kommt vor, daß die Karten vertauscht sind, so daß Patienten ein falsches Essen kriegen. Und bei vielen Krankheiten ist gerade die richtige Diät von entscheidender Bedeutung.

Es kommt öfters vor, daß Putzfrauen statt einer nun zwei Stationen reinigen müssen usw. Und nicht nur hier, die im Krankenhaus besonders wichtige Durchführung hygienischer Maßnahmen ist vollkommen auf den Hund gekommen. Da gibt es z.B. für die Auszubildenden im Unterricht ein spezielles Fach – „Desinfektionslehre" nennt man das. Die Schwesternschülerinnen und -schüler könnten da nur immer wieder staunen, was da eigentlich alles gemacht werden sollte an durchaus notwendigen Maßnahmen in der täglichen Arbeit auf Station. „Das ist in der Praxis ganz unmöglich, dafür fehlt doch viel zu viel Zeit und Personal", sagen sie da ganz richtig. Und diese schon immer unhaltbaren Zustände verschärfen sich jetzt zusehends. Kein Wunder, daß die sogenannten Sekundärinfektionen bei Patienten sich häufen. Der Grund dafür sind die Maßnahmen zur kapitalistischen Rationalisierung, die vom Dienstherren durchgeführt werden. Unser neuer Verwaltungsdirektor ist da jedoch anderer Ansicht. „Entscheidend ist die Disziplin des Personals", hieß es auf seinem Rundgang durch den Knochen-OP, als er auf die untragbaren baulichen Mißstände (siehe oben) angesprochen wurde. – (Zelle Städtische Krankenanstalten)



Gegen Personalabbau und gegen die kapitalistische Rationalisierung schließen sich die Lohnabhängigen an den Krankenhäusern zusammen. Bild: In Frankfurt demonstrierten ÖTV-Mitglieder am 1. Mai 1976 gegen die Maßnahmen des Dienstherrn.

Hessen: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer

Die Lehrer kämpfen gegen die Maßnahmen der Regierung

Die Maßnahmen der hessischen Regierung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind zahlreich. Dagegen haben die Lehrer den Kampf entwickelt.

Insgesamt gibt es in Hessen 40000 angestellte Lehrer (in dieser Zahl sind 4000 Referendare enthalten), mit Lehrern, die Lehraufträge haben, insgesamt 56000. In Hessen gibt es 200 Schulräte. Die GEW umfaßt in Hessen 23000 Mitglieder. Insgesamt gibt es 5 Bezirke und etwa 40 Kreise als Untergliederungen der GEW.

Die Maßnahmen der staatlichen Rationalisierungspolitik werden schon seit Jahren vorbereitet, finden aber jetzt ihre Auswirkungen erst in größerem Umfang für die Masse der Lehrer. So hat das hessische Kultusministerium in den letzten Jahren folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Verweigert worden ist den Lehrern die Einführung der 40-Stunden-Woche.

2. Das 2. Besoldungsverordnungs-Neuregelungsgesetz hat für die hessischen Grund- und Hauptschullehrer eine Lohnsenkung gebracht. Betroffen sind schätzungsweise 8000 Lehrer. Dabei geht es darum, daß Lehrer, die für die Haupt- und Realschulen ausgebildet werden, in Grundschulen eingesetzt werden. Das Gesetz hatte zur Folge, daß ihnen das eigentliche Gehalt, was sie sonst bekommen würden (A 13) runter gesetzt worden ist auf A 12, was um die 200 DM bedeutet. Praktisch läuft das so, daß ihnen keine Lohnerhöhungen usw. angerechnet werden, bis sie auf A 12 sind. Das hat zu starken Protesten unter den Lehrern geführt, und bei einer der Streikurabstimmungen der GEW Hessen 1974 haben 74 % gegen diese Maßnahme des bürgerlichen Staates gestimmt.

3. Durch das Haushaltsstrukturgesetz ist der Ortszuschlag gekürzt worden für Verheiratete, die beide im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, was etwa 200 DM ausmacht.

4. Rationalisierungen und Arbeitsantreiberei durch den staatlichen Dienstherrn werden verstärkt durch die Veränderung des Schulbetriebes (z.B. jetzt die neue Oberstufenreform). Die Arbeitsbelastung steigt. Gleichzeitig werden viele Lehrer zum neuen Schuljahr nicht eingestellt: 285 Grundschullehrer, 255 Haupt- und Realschullehrer, 16 Gymnasial- und 18 Berufsschullehrer.

5. Neueinstellungen nimmt das Kultusministerium Hessen außer an Berufsschulen nur noch über sogenannte 2/3 Stellen vor, das heißt Zeitverträge für Lehrer auf 3 Jahre befristet, und weniger Lohn. Alle 1650, die eingestellt worden sind, sind auf 2/3 Stellen gekommen.

6. Als weitere Maßnahme hat das hessische Kultusministerium die Kürzung von 20000 Entlastungsstunden verordnet, was einer Verlängerung der Arbeitszeit gleichkommt. Diese Maßnahme bedeutet im einzelnen, daß 9000 Entlastungsstunden für Schulleiter und ältere Lehrkräfte gestrichen werden (Verwaltungsarbeit), 11000 Stunden sollen in Unterrichtsstunden umgewandelt werden. Darüber sollen nach Planung des Kultusministeriums 800 Lehrer eingespart und die Mehrarbeit auf die bereits eingestellten Lehrer verteilt werden. Das läuft über natürliche Abgänge. Praktisch muß man das so sehen, daß diese in Unterrichtsstunden verwandelten Entlastungsstunden wiederum bedeuten, daß auch die Unterrichtsstunde wiederum mehr vorbereitet werden muß, was heißt, daß die Lehrer praktisch 22000 Stunden mehr arbeiten müssen.

7. Als neuesten Angriff hat Kultusminister Krollmann in einem Interview geäußert, daß man anstrebt, die Eingangsbezüge aller Lehrer zur Anstellung einheitlich auf A 12 zurückzustufen, was erhebliche Lohneinbußen einbringen wird, insbesondere bei den Gymnasiallehrern.

Daß diese Entwicklung zur Gegenwehr der Lehrerschaft führt, ist klar. Durchsetzen kann der Dienstherr diese Maßnahmen nur, wenn er der spontanen und organisierten Gegenwehr der Lehrerschaft Fesseln anlegen kann. Der staatliche Dienstherr treibt daher die politische Entrechtung voran. Beschnüffelung durch die Schulaufsichtsbehörde, Anhörungen, Nichtverbeamtungen und Berufsverbote sind in Hessen genauso wie in anderen Bundesländern üblich und werden von der sozialdemokratischen Regierung durchgeführt.

– Lehrerkonferenzen dürfen sich nicht mehr zu „berufsfremden" Angelegenheiten äußern, was „berufsfremd" ist, bestimmt die Schulaufsichtsbehörde.

– Das Verteilen von Schriften und das Anbringen von Aushängen in den Schulen und unter den Lehrern wird mit einem neuen Erlaßentwurf des Kultusministeriums drastisch eingeschränkt.

– Die Polizeifunktion der Lehrerschaft soll verstärkt werden, indem sie jederzeit Jugendämter, Polizei und Gerichte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen sollen.

Der Widerstand der Lehrerschaft in Hessen konzentriert sich auf die Durchsetzung der Forderung nach Umwandlung der 2/3 Stellen in volle Planstellen und nach Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung durch Kürzung der Anrechnungsstunden.

Auf zahlreichen Versammlungen und auf der landesweiten Demonstration am 3. Juni in Wiesbaden, wo 5000 an der Schlußkundgebung teilnahmen, haben die Lehrer ausgedrückt, daß nur durch Urabstimmung und Streik der Dienstherr zur Aufgabe der Maßnahmen gebracht werden kann. – (j.k.)

Solidarität mit Zimbabwe

Braunschweig. Im Schwesternheim Salzdahlumerstraße führte die Krankenhauszelle des KBW eine Geld- und Kleidersammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. Die Zelle berichet:

„Auf dem Flur trafen wir auf eine Klasse von Krankenpflegeschülern, die mit ihrem unterrichtenden Arzt eine Pause machten. In die Diskussion über den Zweck unserer Sammlung griff der Arzt mit Argumenten ein wie:

Die Schwarzen sind ja sowieso dumm und gar nicht in der Lage, die Produktion im Land aufrechtzuerhalten und außerdem ginge es ihnen jetzt viel besser als je zuvor. Er wäre zwar auch der Meinung, daß Rassismus nicht gut wäre, aber man müßte doch den Schwarzen als zivilisierter Weißer erst mal was beibringen, bevor man sie frei rumlaufen läßt.

Diese ‚Argumente' des Arztes fanden unter den Schülern jedoch keine Zustimmung und es gelang uns u.a. richtig zu erklären, daß die Besetzung des Landes durch die weißen Siedler das Volk von Zimbabwe daran gehindert hat, Industrie und Landwirtschaft weiterzuentwickeln. (. . .)

Der reaktionäre Arzt jedenfalls konnte niemanden für seine Anschauungen gewinnen. Dies zeigte sich noch dran, daß uns später eine an der Diskussion beteiligte Lernschwester im Schwesternheim suchte, um uns zu sagen, daß irgendjemand – wahrscheinlich der Arzt selber – die Polizei gerufen hätte, um unsere Sammlung auf dem Krankenhausgelände zu unterbinden.

Alles in allem war unsere Aktion erfolgreich. In zwei Stunden konnten wir über 30 DM sammeln. (. . .)

Wir verkauften zwei KVZ und erhielten eine Unterschrift für die Kandidatur des KBW zu den Bundestags- und Stadtratswahlen."

Veranstaltung zum KPD-Verbot

Bremen. Unter der Frage, „Geht das KPD-Verbot nur die Kommunisten an?" führt der Ausbildungspersonalrat Justiz am 16.8. eine Podiumsdiskussion durch. Eingeladen hat der Ausbildungspersonalrat dazu die Jungdemokraten, Jungsozialisten, die DKP, den KBW, das Sozialistische Büro und verschiedene Juristenvereinigungen.

Frankfurt: Elektrikerausbildung im Kleinbetrieb

Die Lehrlinge haben begonnen, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen

Frankfurt. In einem Frankfurter Kleinbetrieb für Elektroinstallationen (5 Lehrlinge, 4 Gesellen) haben sich die Lehrlinge jetzt zusammengetan, um sich gegen die miserable Ausbildung dort zur Wehr zu setzen. „Wir (sind) nur in der Produktion tätig und erhalten keinerlei Ausbildung nach dem Ausbildungsplan ...“ heißt es in einem Brief, den sie gemeinsam an die Geschäftsleitung schrieben.

Dem Zusammenschluß gegen den Lehrherrn gingen viele einzelne Konflikte vorher, in denen wir gespalten und darauf getrimmt werden sollten, uns unser Ausbildungsinteresse aus dem Kopf zu schlagen. Die Schikane wurde so weit getrieben, daß einzelne gezwungen wurden, abends nach 8-stündiger Arbeit zu Hause vom Meister willkürlich diktierten Ausbildungsstoff einzupauken, der dann morgens, zehn Minuten vor Arbeitsbeginn abgehört wurde. Wir haben so erfahren, daß Einzelkämpfertum uns nicht vom Fleck bringt und im Gegenteil noch schadet. Die Zeit für den Zusammenschluß war reif. Das erste Produkt unserer Lehrlingsgruppe war ein Brief an die Geschäftsleitung, die „Chefin“, worin wir aufforderten, unverzüglich einen Werksunterricht durchzuführen. Davon erhofften wir uns zwar keine umfassende Ausbildung, aber es war der erste Schritt zur Durchsetzung unserer Interessen. Denn immerhin gibt es einen Ausbildungsplan für Elektroinstallateure, an denen sich die Kapitalisten, obwohl sie ihn in ihren eignen Kammern geschmiedet haben, immer weniger halten.

Die Antwort des Handwerkskapitalisten auf unsere Forderung war aufschlußreich. Einmal monatlich, teilt er darin mit, wolle er uns ausbilden und zwar von 14 bis 17 Uhr, wobei er zwei Stunden von dieser Zeit zahlen wolle, jedoch die restliche Stunde als von uns freiwillig aufgebrachte Zeit betrachten würde. Aber noch nicht genug.

Frohlockend formuliert er – und um dies auszubrüten, hat das Kapitalistenhirn einen ganzen Sonntag gebraucht – daß er es für nötig hielte, daß **alle** Lehrlinge an seinem Werkstattunterricht teilnähmen. Hat es ihn schon immer geärgert, daß wir während des Blockunterrichts an der Berufsschule nachmittags nicht mehr in den Betrieb müssen, so glaubt er nun endlich ein Mittel gefunden zu haben, der Ursache seines Ärgers ein Ende zu machen. Auch während des Blockunterrichts sollen wir zu seinem Werkstattunterricht erscheinen.

Die Triebkräfte seines Handelns sind verständlich. Gehen ihm doch bei jeder Stunde Ausbildung, die er „seinen“ Lehrlingen zukommen läßt, 22,– bis 27,– DM verlustig, die er von den Kunden pro Lehrlingsstunde kassiert. Davon bekommen wir Lehrlinge 1,60 bis 2,50 Mark Bruttostundenlohn zu sehen.

Im Konkurrenzkampf mit den großen Konzernen und untereinander versuchen sich die Handwerkskapitalisten vor allem durch verschärfte Auspressung der Arbeiter und besonders der Lehrlinge über Wasser zu halten. So hat unser Kapitalist sich das fein ausgedacht mit dem Werksunterricht. Doch so einfach ist es nicht, den Lehrlingen aus ihren berechtigten Ausbildungsinteressen einen Strick zu drehen.

Wir werden uns jetzt fester zusammenschließen, weiter für einen wöchentlichen Werksunterricht kämpfen und auch die Gesellen für diesen Kampf zu gewinnen suchen. Wir werden uns jetzt vor allem beteiligen am Aufbau des gewerkschaftlichen Handwerksarbeitskreises, um unseren Ausbildungsforderungen sowohl gegen den kapitalistischen Lehrherrn als auch an der Berufsschule gegen den bürgerlichen Staat eine größere Stoßkraft zu verleihen. Auf einem unserer nächsten Lehrlingstreffen werden wir die Resolution des Kommunistischen Jugendbundes (KJB) diskutieren, wo festgehalten ist: „In den Betrieben, wo unsere Genossen lernen und arbeiten, werden wir den Kampf gegen die Auspressung der jugendlichen Arbeitskraft organisieren und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß auch der Jugendlichen auf klassenkämpferischer Grundlage vorantreiben.“ – (mi., Kommunistischer Jugendbund Frankfurt)

Gegen den § 218

Essen. Im Kaiser-Park, wo die Falken unter der Losung „Gegen Ausbeutung und Unterdrückung“ am 24.7. ein Ferienfest veranstalteten, hat das Essener Komitee mit Stellwänden, auf denen über die Erfahrungen von zwei Frauen mit dem § 218 berichtet wurde, gegen den § 218 agitiert. Innerhalb einer guten Stunde wurden 20 Informationsbroschüren über den neuen § 218 und 20 Dokumentationen des Komitees über Heimerziehung verkauft.

Heimerziehung verkauft.



Köln. Zum Bundestagswahlkampf baute der KJB Köln in Ehrenfeld einen Agitationsstand auf. Auf Stelltafeln wurden die miserablen Verhältnisse in den Schulen und in der Berufsausbildung an Beispielen enthüllt und angegriffen.

Schülerumfrage zu den Noten brachte die Schulleitung in Rage

Darmstadt. Kurz vor Ende des Schuljahres faßte die Schülervertretervollversammlung der Lichtenbergschule – ein Darmstädter Gymnasium mit 1800 Schülern – den Beschluß, eine Umfrage durchzuführen, wie die Notenvergabe an der Schule durch die einzelnen Lehrer aussieht. Zu diesem Beschluß kam es, weil die Schülervertreter der Meinung waren, richtig ist, die scheinbare Undurchschaubarkeit des Notensystems aufzudecken und durch eine statistische Erhebung über die Notenvergabe jedes einzelnen Lehrers in den verschiedenen Kursen und Klassen zu zeigen: bei der Notenvergabe handelt es sich um Willkürakte, mit denen die Schulbehörde die Konkurrenz unter den Schülern anstacheln will und Auslese betreibt. Die Schülervertretung fertigte einen Zettel an, wo für jeden einzelnen Kurs und jede Klasse die Namen aller Schüler einzutragen waren, ihre Noten in den verschiedenen Fächern und die Namen der jeweils unterrichtenden Lehrer.

Bei den Angaben sollten auch vermerkt werden die blauen Briefe, in welchen Fächern sie vergeben werden und von welchen Lehrern.

und von welchen Lehrern.

Die Schülervertreter begannen mit der Befrageaktion in den einzelnen Klassen. Es stellte sich schnell heraus, daß die meisten Schüler bereit waren, diese Angaben zu machen. Es zeigte sich jedoch ebenso schnell, daß die Schulbürokratie es nicht zulassen wollte, daß die Schlagkräftigkeit des Notensystems durch die Enthüllung der Systematik seiner Anwendung angegriffen werden sollte. Als die Schulbürokratie Wind von der Umfrage bekam, gab der Schulleiter Schneider den Lehrern Anweisung, die Umfrageaktion zu verhindern, notfalls durch Einziehung der Zettel.

Die Lehrerschaft teilte sich daraufhin in drei Lager.

Die Mehrheit verfuhr nach dem Prinzip, ich gucke im Unterricht weg, wenn die Zettel ausgefüllt werden und sage gleichzeitig, daß die Zettel nicht ausgefüllt werden sollen.

Der zweite Block stand offen auf der Seite der Schulbürokratie, machte Jagd nach den Zetteln und versuchte die Schüler durch Einschüchterung davon abzuhalten, die Angaben zu machen. Die Argumentation war: „Schüler haben sich nicht in unsere Belange bei der

ben sich nicht in unsere Belange bei der

Notenvergabe einzumischen.“

Ein dritter, allerdings noch kleiner Teil unterstützte aktiv die Aufdeckung der Vergabe der Noten.

Als weiteren Schritt wurde dann vom Schulleiter versucht, die Schülervertretung unter Druck zu setzen. Der Schulleiter zitierte den Schulsprecher zu sich und legte ihm dar, daß diese Erhebung nicht in den Aufgabenbereich der Schülervertretung falle und die Schülervertretung also nicht berechtigt sei, diese Umfrage durchzuführen.

Bei der Schülervertretung konnte er damit keinen Erfolg erzielen. Die Schülervertretung, anfangs noch überrascht darüber, mit welcher Heftigkeit die Schulleitung versuchte, die Umfrage zu verhindern, setzte ihre Aufdeckungsaktion fort. In den Teilen der Schule, wo die Schülervertretung fest arbeitet, in der Ober- und Mittelstufe, wurde die überwiegende Zahl der Schüler erfaßt, die ihre Noten, Lehrer und auch die blauen Briefe vollständig angaben.

In der Unterstufe war allerdings die Umfrage nur unvollkommen, weil den Schülern von den Lehrern häufiger die Zettel abgenommen wurden. Die Umfrage hat bisher schon gezeigt, wie empfindlich der Staatsapparat auf den Angriff gegen das Unterdrückungsinstrument Notenvergabe reagiert. Die Schülervertretung wird jetzt zu Beginn des Schuljahres – seit Montag läuft die Schule wieder – die Umfrage vervollständigen, auswerten und die Ergebnisse dann veröffentlichen. – (d., Darmstadt)

„Bild“ zum Schulbeginn

Zum Schulbeginn schreibt der Kommentator in der „Bild“-Zeitung vom 2. August: „Erschreckend viele Kinder können heute nicht zur Schule gehen, sie sind tot. Aus Angst davor, ihren Eltern sagen zu müssen, daß sie sitzengeblieben sind, haben sie sich das Leben genommen.“ Die Opfer des bürgerlichen Schulwesens kann die bürgerliche Presse nicht mehr verschweigen. Der Tod der Kinder „sollte uns eine Mahnung sein“, fährt der Kommentator fort. „Denn der Leistungsdruck durch ehrgeizige Eltern ist oft verhängnisvoller als der Leistungsdruck der Schulen.“

Leistungsdruck der Schulen.“

Ein lächerliches Manöver der „Bild“-Zeitung:

Den Eltern die Verantwortung für die Schulverhältnisse in die Schule zu schieben, wo die Massen längst – Eltern, Schüler und Lehrer – den Kampf gegen diese Schulverhältnisse aufgenommen haben.



Darmstadt. Auf den großen Demonstrationen im Dezember 1975 gegen den dann zurückgezogenen Maulkorberlaß gegen die hessischen Schülervertretungen tragen Schüler der Lichtenbergschule ein Transparent mit der Aufschrift: „Mit Noten wollen sie uns spalten, drum müssen wir zusammenhalten“.

Hannover: Zum Schulbeginn Kampfvorbereitungen gegen die „Sparerlasse“

Hannover. Mit Schulbeginn werden in Niedersachsen die sogenannten Sparerlasse des Kultusministeriums in Kraft treten. Danach werden z.B. die Klassenstärken neu festgelegt. In der Vorklasse und in der Grundschule soll die Klassenstärke 28 Schüler betragen, aber erst bei 33 Schülern darf die Klasse geteilt werden. Das heißt praktisch, daß die Klassen immer 32 Schüler haben können. In der Haupt- und Realschule und an den Gymnasien Klasse 5 bis 10 ist die Richtzahl 30 Schüler. Aufgeteilt werden darf aber erst ab 37.

Dazu gibt es jetzt neue Berechnungsfaktoren für die „Lehrerzuweisung“. Das sei an einem Beispiel verdeutlicht. An der Grund- und Hauptschule Mühlenberg betrug am 15.9.75 das Unterrichtsfehl 13 %. Vom 1.8.75 bis zum 1.8.76 hat die Schule 8 Lehrer verloren, 3 davon durch Anordnung. Zum 1.8.76 beträgt nun das Unterrichtsfehl laut Aussage der Schulbehörde 3 – 4 %, trotz des Weggangs dieser Lehrer. Mit den neuen Berechnungsfaktoren soll das Unterrichtsfehl einfach weggerechnet werden.

Zum 1.8. kommen außerdem 2 000 Absolventen der Pädagogischen Hochschule an die niedersächsischen Schulen. Sie haben Halbjahresverträge und erhalten in diesem halben Jahr keine weitere Ausbildung, wie das sonst bei Junglehrern ist. Ob sie im Frühjahr mit festen Verträgen eingestellt werden, ist nicht klar.

Gegen diese „Sparerlasse“ und die damit verbundene weitere Verschlechterung der Ausbildung hat es das ganze letzte Schuljahr über zahlreiche Kampfaktionen, Streiks und Demonstrationen gegeben. Die Schulbehörde hat darauf mit Repressalien gegen Schüler und Lehrer reagiert und sie hat versucht, die einzelnen Schulen gegeneinander auszuspielen. Es gelingt der Schulbehörde aber nicht, den Widerstand zu beseitigen. Schon vor Schulbeginn werden von seiten der Eltern und Schüler Vorbereitungen getroffen, um den Kampf gegen die Schulpolitik des Kultusministers verstärkt fortzusetzen und die Sparerlasse zu Fall zu bringen.

Der Schulelternratsvorstand an der Grund- und Hauptschule Mühlenberg hat auf Antrag der Elternvertreter der 2. und 7. Klassen am letzten Tag vor den Sommerferien zu einer Schulvollversammlung eingeladen, auf der Kampfmaßnahmen gegen die Zusammenlegung von Klassen beraten werden sollen.

Die Schülervertretung der Berufsschule V hat für Ende August eine Vollversammlung beschlossen, auf der über eine Demonstration für die Forderungen: Ausbau des Berufsschulzentrums, 12 Stunden Berufsschulunterricht u.a. beraten werden soll.

Baden-Württemberg: Reaktionäres Schulgesetz ist in Kraft getreten

Baden-Württemberg. Am 1. August ist in Baden-Württemberg das neue Schulgesetz in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wird die allgemeine Schulpflicht kräftig ausgehöhlt. Den Kapitalisten wird ermöglicht, Jugendliche ab 14 oder 15 den ganzen Tag auszubeuten. Das ist besonders profitabel, weil sie dafür weniger zahlen können. Nach § 41 kann die Schulaufsichtsbehörde ausländische Jugendliche ab 14 Jahren „von der Pflicht zum Besuch einer auf der Grundschule aufbauenden Schule, der Berufsschule und der Sonderschule, zeitweilig oder auf Dauer befreien“. Kinder und Jugendliche mit einer „körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenart“ werden von der Schulpflicht „befreit“. Nach zehnjährigem Schulbesuch ohne Hauptschulabschluß kann die Schule die „Beendigung der Schulpflicht feststellen“ (§ 44). In § 48 wird die Schulaufsichtsbehörde ermächtigt, die Beendigung der Berufsschulpflicht festzustellen, wenn „im Hinblick auf das Ausbildungsziel und die Ausbildung ... der Besuch der Berufsschule nicht sinnvoll erscheint“. Hand in Hand mit der Aufweichung der Schulpflicht verschärft das Gesetz die Unterdrückung und die Staatsaufsicht an den Schulen. Gegen dieses Gesetz der Filbingerregierung wurden bei der Verabschiedung an mehreren Schulen Kundgebungen durchgeführt. Unvermeidlich wird dieser Kampf fortgeführt werden, denn das Recht auf Ausbildung der Jugend ist unverzichtbar für die Arbeiterklasse und das Volk. Die Mannheimer Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe hat eine Broschüre ausgearbeitet, in der ausführlich zu diesem erzreaktionären Gesetz Stellung genommen wird. Die Broschüre wird in den nächsten Tagen erscheinen. Sie kann über das Büro der Ortsgruppe Mannheim des KBW, J 7, 14, 6800 Mannheim 1, bezogen werden.

Stadtverwaltung Braunschweig: Pausenkürzung für Jugendliche verhindert

Braunschweig. Gleich nach Inkrafttreten des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes hat der Personaldezernent Lamberg den Versuch gestartet, die Arbeitszeit der Jugendlichen bei der Stadtverwaltung auszudehnen. Gegenwärtig arbeiten die Jugendlichen 42,5 Stunden. Nach dem neuen Gesetz muß den Jugendlichen 60 Minuten Pausenzeit eingeräumt werden. Diese Zeit kann auf die Frühstücks- und Mittagszeit verteilt werden, wobei die Frühstückspause mindestens eine Viertelstunde betragen muß. Bisher war es so, daß die Mittagspause 60 Minuten dauerte und die Jugendlichen sich die Zeit für eine Frühstückspause während der Arbeitszeit genommen haben. Das hat dem Dienstherrn zwar nicht gefallen, aber er mußte es hinnehmen. Mit dem Hinweis auf das neue Gesetz wollte der Personaldezernent jetzt die einstündige Pausenzeit teilen, also die Mittagspause verkürzen und eine offizielle Frühstückspause einzuführen. Damit könnten die Jugendlichen dann „ohne schlechtes Gewissen“ ihr Frühstück einnehmen. „Andererseits“ werde dadurch „auch noch eine weitergehende Verminderung der ohnehin schon geringen Arbeitszeit durch zum Frühstück bisher nicht gestattetes Verlassen des Arbeitsplatzes vermieden“. „Die Dezernenten lassen sich im Dienstwagen zum Frühstück nach Hause fahren und uns wird die Pausenzeit gekürzt!“ Die Jugendlichen protestierten sofort gegen die Pläne von Lamberg. Sie erhielten von den älteren Arbeitern und Angestellten Unterstützung.

Im Auftrag der Jugendvertretung Stadtverwaltung lehnte schließlich der Gesamtpersonalrat der Stadt Braunschweig die Änderung der Pausenzeit ab.

Gegen die Atommülldeponie

Die Bauern lassen Vermesser nicht auf die Felder

Lichtenmoor bei Nienburg. Der Widerstand gegen den Bau einer gigantischen zentralen Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffelemente und Atommülldeponie entwickelt sich an allen dafür möglichen Standorten (Unterlüß bei Celle, Aschendorf und Lichtenmoor bei Nienburg). In Lichtenmoor wurden Mitte Juli die Vermessungsarbeiten von 30 Gegnern der Anlage verhindert. Obwohl Polizei aufgezogen war, Verfassungsschützer die Demonstranten fotografierten und ein Polizeihubschrauber über dem Ganzen kreiste, die Vermesser konnten nicht tätig werden.

Zwei Tage später kamen zu einer Beratung über das weitere Vorgehen gegen die Atommülldeponie über 80 aus der Gegend. Am folgenden Morgen sammelten sich schon um sechs die ersten auf dem vorgesehenen Bauplatz, gegen Mittag waren es schon über hundert. Die Bauern, deren Existenz von dem Atommüllpark am meisten gefährdet ist, bilden den Kern des Widerstands. Sie fürchten um ihre Felder, um ihre Milchwirtschaft, die Zukunft ihrer Kinder und um die Zerstörung der Landschaft. Die Bauern sind sich einig, trotz Einschüchterungen und Lockangeboten zum Verkauf der Höfe (ein Bauer erhielt von einem „Makler" der KEWA – Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft – ein Angebot von 700000 DM für seinen 25-Hektar-Hof: „Auf unseren Feldern werden wir Probebohrungen niemals zulassen!"

Inzwischen ist auf dem Platz ein kleines Zeltlager aufgebaut, der Platz wird ständig bewacht, ein Informationssystem für den Fall, daß die Vermesser wiederkommen, ist eingerichtet. Die Vermesser waren nicht mehr zu sehen, nur die Polizei inspizierte die Lage.

Um die Front zu verbreitern, werden in dem Zeltlager Informationsveranstaltungen durchgeführt. Am Sonntag, 25.6., hatten verschiedene Bürgerinitiativen zu einem großen Informationstag eingeladen. Ein Theaterstück wurde aufgeführt, in dem ein Boxkampf zwischen der KEWA und den Bürgerinitiativen ausgetragen wurde.

Zu dem Treffen waren trotz rein örtlicher Mobilisierung über 300 Menschen aus der gesamten Umgebung erschienen, darunter sehr viele Bauern. Inzwischen hat sich der Landvolkverband, die Vereinigung der Bauern, offen für die Verhinderung des Baus ausgesprochen.

In den nächsten zwei Wochen werden die Vermesser- und Bohrtrupps erwartet. Ziemlich klar ist, daß im Lichtenmoor eine Kraftprobe mit dem Staat zu erwarten ist. Ohne die Anlagen kann der Bau der geplanten weiteren 40 Kernkraftwerke bis 1980 nicht erfolgen.

Wegen dieser besonderen Bedeutung des Atommüllagers Lichtenmoor und wegen des breiten Widerstands hat sich bereits Bundesforschungsminister Matthöfer (SPD) angekündigt. Er kann sich auf einen schönen Empfang in Lichtenmoor vorbereiten.

Ein Bauer meinte: „Den Schiet, den se annerwegens nich hebben willt, den willt wi hier in Lichtenmoor ok nich!" Und in der Lichtenmooritat, dem Lied der Gegner des Atommüllagers heißt es: „Mori, Morei, Moruschkaka, dat Ding kummt hier nich her – Mori, Morei, Moruschkaka, dor sett wi us Tau Wehr!" – (r., Achim

Hausdurchsuchungen bei der Ortsgruppe Friedberg

Friedberg. Im Morgengrauen des 2.8.76 begann ein Kripokommando des Polizeikommissariats Friedberg mit 11 Beamten eine Hausdurchsuchung in einer Wohnung, die als Kontaktadresse des KBW bekannt war, und im Büro des KBW. 5 Schreibmaschinen, Aktenordner, Flugblätter und Druckvorlagen wurden beschlagnahmt. Von allen Räumen wurden Fotografien gemacht und eine Skizze von der Wohnung angefertigt.

Vorwand für diese Polizeiaktion war ein Ermittlungsverfahren wegen persönlicher Verleumdung des hessischen Justizministers, so ein Kripobeamter. Gerichtet ist das Verfahren gegen den presserechtlich verantwortlichen eines KBW-Flugblattes, Hermann Hertenich, zur Verhaftung des Ehepaares Brunkhart. In dem Flugblatt hatte die Ortsgruppe Friedberg des KBW geschrieben: „Durch Schlamperei und sehr schlechte medizinische Betreuung der Gefängnisinsassen ist ihr Sohn kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben." Auf diesen einen Satz begründet sich die ganze polizeiliche und staatsanwaltliche Aktion.

Diese Aktion ist auch ein weiterer Angriff auf die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen, wie schon die Entlassung des KBW-Kandidaten Dieter Bismann aus der Kreisvolkshochschule und die ständigen Versuche, KBW-Informationsstände zu verhindern. Deutlich wird das daran, daß bei den Durchsuchungen Wahlkampfunterlagen mitgenommen, Wandzeitungen zu den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und Azania fotografiert wurden und Fragen zur Organisation des KBW in Friedberg gestellt wurden, die mit dem sogenannten Verleumdungsflugblatt nichts zu tun haben. Die Ortsgruppe hat sofort ein Flugblatt gegen die Polizeiaktion verteilt. Viele Leute wollten erst gar nicht glauben, daß so etwas in Friedberg möglich sei. Vor der Berufsschule unterschrieben 2 gleich die Liste für die Wahlkandidatur des KBW. Für Samstag ruft die Ortsgruppe zu einer Kundgebung auf. – (Ortsgruppe Friedberg)

MERKBLATT zur medizinischen Beratung
gem. § 218 b Abs. 1 Ziffer 2 StGB

Gefahren des Schwangerschaftsabbruchs
Aufklärung über mögliche Komplikationen

Bei den zahlreichen Diskussionen über die Reform des § 218 StGB ist niemals und von keiner Seite behauptet worden, daß der Schwangerschaftsabbruch ein geeignetes Mittel für die Familienplanung sei. Die richtige Geburtenregelung besteht in der Verhütung von Schwangerschaften und nicht in dem für die schwangere Frau gefahrvollen Abbruch.

Alle sachverständigen Ärzte, die Abbrüche durchführen, haben immer wieder nachdrücklich auf die mit dem Schwangerschaftsabbruch verbundenen Gefahren hingewiesen. Diese Gefahren wachsen, je weiter die Schwangerschaft fortgeschritten ist.

Eine Garantie für einen ungefährlichen Schwangerschaftsabbruch gibt es nicht!

Chr. Tietze hat 1971 aus 64 Krankenhäusern der USA berichtet, in welchen 42 598 Abbrüche vorgenommen worden waren.

Die Komplikationsrate betrug 10 %.

Häufigste Komplikationen waren: starke Blutungen, hohes Fieber, Unterleibsentzündungen und Gebärmutterverletzungen. 4 Todesfälle traten auf.

Arvay (Debrecen [Ungarn]) berichtet über Spätkomplikationen nach 3214 legalen Abbrüchen. Bei Nachuntersuchungen 34 % krankhafte Unterleibsbefunde. 65 % der Frauen, bei denen die erste Schwangerschaft abgebrochen worden war, wurden nicht wieder schwanger.

Aus Polen hören wir von Lembrych über die auffallende Häufung von Komplikationen in der Schwangerschaft und unter der Geburt, nachdem die erste Schwangerschaft abgebrochen worden war.

Die Berichte über Komplikationen füllen ganze Bücher. Die Angaben über die Häufigkeit der Komplikationen unterscheiden sich je nach der Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft. Garantiert gefahrlos ist aber kein Abbruch, das zeigen alle Berichte übereinstimmend.

Jede Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch sollte aus den genannten Gründen sehr sorgfältig überdacht werden, um Schäden zu verhüten, die auch bei größter Sorgfalt des behandelnden Arztes und bei besten Voraussetzungen im Krankenhaus nicht sicher ausgeschlossen werden können.

Bei wiederholten Abbrüchen wachsen die Gefahren!

Stempel des beratenden Arztes

Hinweis für die beratene Frau:
Unterschreiben Sie das Merkblatt bitte und geben Sie es dem Arzt, der den operativen Eingriff vornehmen wird.

________, den ________
Unterschrift

„Mit der Reform des § 218 wird sichergestellt, daß sich eine Frau ohne Vorbehalte an einen Arzt ihres Vertrauens oder an eine Beratungsstelle wenden und ihre Probleme offen darlegen kann. Die Antwort wird keine Moralpredigt sein.", schreibt die Ministerin Focke in ihrer Werbebroschüre für den § 218. In Niedersachsen hat die Ärztekammer das oben abgedruckte „Merkblatt" veröffentlicht. „Moralpredigt" wäre tatsächlich der falsche Ausdruck dafür. Es handelt sich schon um eine handfeste Drohung, mit der da den Frauen „das Ja zum Kind" „erleichtert" werden soll. „65 % der Frauen... wurden nicht wieder schwanger". Ja warum wohl nicht? Ist denn vielleicht durch die Abtreibung das Einkommen einer Arbeiterfamilie größer geworden? Der neue § 218 hat die Ärzteschaft als Familienpolizei eingesetzt. Das „Merkblatt" zeigt, wie die reaktionären Ärzteverbände die Rolle auszufüllen gedenken. (Aus: Ortsbeilage Hannover)

Erfolgreiche Aktionen gegen HSB-Terrorurteile und KPD-Verbot!



Heidelberg-Wieblingen. An acht Stellen wurden Parolen gegen die HSB-Urteile und das KPD-Verbot gemalt.

Heidelberg. Am Freitag, dem 30.7., ist erneut ein Terrorurteil gegen einen der über 10000 Teilnehmer an den Fahrpreiskämpfen vom letzten Sommer verhängt worden. Hajo Husmann wurde wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Das Gericht konnte seinen Auftrag nicht erfüllen, ohne die Rechte des Angeklagten erheblich zu beschneiden und die Angriffe auf die Verteidigung zu verschärfen.

Auf die Empörung im Gerichtssaal bei der Urteilsverkündung reagierte Richter Wollentin gegen vier Zuhörer mit drei bzw. vier Tagen sofort zu vollstreckenden „Ordnungshaftstrafen".

Im Anschluß an die Urteilsverkündung formierte sich sofort ein Demonstrationszug vom Gericht durch die Altstadt zum Gefängnis, der das erneute HSB-Terrorurteil und die empörenden Methoden, mit denen dieses Urteil zurechtgezimmert wurde, in der Stadt bekannt machte. An der Gefängnistür stand hinterher: Weg mit den HSB-Prozessen! und: Weg mit dem KPD-Verbot! Als die vier verurteilten Zuhörer ins Gefängnis eingeliefert wurden, riefen sie gemeinsam mit den Demonstranten laut Parolen gegen die Prozesse. Soll durch die Urteile gegen führende Genossen des KBW die revolutionäre Organisation geschwächt werden, strebt die bürgerliche Justiz denben zahlreiche Terrorurteile gegen einzelne Gegner der Fahrpreiserhöhung an, um diese vom KBW abzuspalten und die Erweiterung und Verbreitung der Organisation zu hemmen. Alle Prozesse dienen der Bourgeoisie dazu, dem in den Kämpfen des Volkes stattfindenden Aufbau der revolutionären Partei nachhaltig Schläge zu versetzen.

In Heidelberg hat die Bevölkerung in zahlreichen Protestresolutionen und Aktionen gezeigt: sie ist nicht bereit, die Prozeßwelle und die Terrorurteile gegen die Gegner der Fahrpreiserhöhung und der HSB hinzunehmen. Der Bourgeoisie gelingt es nicht, die Massenbewegung und ihre Führung, die kommunistische Organisation, zu zerschlagen.

Den Widerstand gegen die Reaktion galt und gilt es zu verstärken. Am Nachmittag des 30. Juli ging es darum, in der ganzen Stadt Aktionen durchzuführen, die auch sichtbare Spuren hinterlassen und zeigen, daß die Forderungen „Weg mit den HSB-Terrorurteilen" und „Weg mit dem KPD-Verbot" immer breitere Verankerung finden.

Eine Stunde lang hat es an acht Punkten in der Stadt am 30.7. erfolgreiche Kundgebungen gegen die HSB-Prozesse gegeben.

Die Polizei war überrascht. Nur am Rathaus, in Neuenheim und in der Weststadt gelang es ihr einzugreifen. Aber auch dort konnte sie die Kundgebungen nicht verhindern.

Die Reden und Parolen der Agitations- und Propagandatrupps gegen die HSB-Prozesse, gegen die Grundlage der Illegalisierungsmaßnahmen seitens der Bourgeoisie gegenüber der revolutionären Bewegung, das KPD-Verbot und für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei stießen auf Unterstützung bei den meisten Passanten.

Es wurden Flugblätter verteilt, die Kommunistische Volkszeitung und revolutionäre Literatur vertrieben, ebenso Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen gesammelt.

An allen Punkten sind jetzt in leuchtenden Farben und gut sichtbar die Parolen der Kundgebungsteilnehmer zu lesen.

Durchweg waren die Aktionen ein Schritt vorwärts im Kampf gegen die Absicht der Bourgeoisie, die revolutionäre Bewegung in Heidelberg rabiat zu unterdrücken und das KPD-Verbot erneut zur Anwendung zu bringen.

Hier beispielhaft Berichte von Genossen von einigen Kundgebungsplätzen.

Rathausplatz: Bei uns kam schon nach einer Viertelstunde ein Mannschaftswagen voll Polizisten angebraust. Zu spät! Am Rathaus und am Brunnen stand bereits weithin sichtbar „Weg mit allen HSB-Prozessen!". Die Polizei wollte sich dafür gleich welche von uns schnappen. Es gab ziemlich heftige Auseinandersetzungen. Ein Polizist hat sogar die Pistole gezückt. Trotzdem ist es ihnen nur gelungen, einen Genossen abzuführen. Andere konnten wir wieder befreien. Inzwischen kamen noch mehr Polizisten. Wir sind dann noch länger zwischen Rathaus und Universitätsplatz mit Sandwiches hin und hergezogen, auf denen zu einer Veranstaltung des KBW nächste Woche aufgerufen wurde. Unsere Kundgebungen erregten ziemlich großes Interesse unter den Leuten. Zirka 1 500 Flugblätter wurden verteilt, auch auf der Hauptstraße stehen jetzt Parolen und kleben Plakate

Anatomiegarten: Auf der Hauptstraße haben wir eine Stunde lang Kundgebungen und Ansprachen gegen die HSB-Prozesse und das KPD-Verbot durchgeführt und haben zwischen Anatomiegarten, Kaufhof und Fahrtgasse demonstriert. In gelb und rot steht dick an sechs Stellen auf der Hauptstraße: „Einstellung aller HSB-Prozesse". „Demonstration am 18.8.; Weg mit dem KPD-Verbot". Nur eine einzige Frau hat sich über die Parolen auf der Straße aufgeregt. Von wegen sie müßte „als Steuerzahler für die Reinigung aufkommen". Als sie gefragt wurde, ob sie für die Fahrpreiserhöhung und die HSB-Urteile sei, ergriff sie schnell die Flucht. Die anderen Passanten haben die Parolen genau gelesen. Von Polizei haben wir weit und breit nichts gesehen.

Wieblingen: Dort stehen seit Freitag an acht Stellen Parolen gegen die HSB-Urteile und das KPD-Verbot. Wir haben bei unseren Kundgebungen 18 KVZ und 3 Arbeitshefte zum Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats verkauft. Über 10 DM wurden für den HSB-Rechtshilfefonds gespendet. Bei unserem Zug haben wir ein Transparent „Im Kampf gegen die Reaktion baut die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei auf" mitgetragen und 35 Plakate geklebt. Eins davon auf einen HSB-Bus. Die Aktion war für uns ein voller Erfolg. Die Polizei war zunächst mit drei Mann da. Hat sich dann aber wieder verzogen und ist mit Blaulicht und Martinshorn ab Richtung Heidelberg. Zurückgekommen sind sie nicht mehr. Besonders zu erwähnen ist noch: Ein Mann, der auch von unserer Literatur gekauft und unsere Wahlliste unterschrieben hat, gab uns seine Telefonnummer. Wir sollen ihm den nächsten Termin eines HSB-Prozesses nennen. Er will kommen. –

(aus: Arbeiter-Zeitung extra, 31.7.76)

Die Reaktion erhält Schläge – Helga Rosenbaum soll aus dem Stadtrat ausgeschlossen werden

„Eine sofortige Verstärkung der Polizei war nach deren Angaben nicht möglich, da aus sämtlichen Stadtteilen an mehr als einem Dutzend Orten Meldungen von Schmierereien eintrafen, die sich zum Teil allerdings als gegenstandslos erwiesen. Offensichtlich sollte die Polizei in ihrem Einsatz verzettelt werden. Angetroffen wurde noch eine größere Gruppe Ecke Brücken-/Schröderstraße, wo die Gehwege verschmiert waren, und auch am Wilhelmsplatz und an der Heuss-Brücke wurden u. a. Schmierereien festgestellt. Insgesamt wurden vier Personen vorläufig festgenommen.

Als bedauerlich empfand es ein junger Beamter, der am Einsatz vor Rathaus und Heiliggeistkirche teilnahm und mehrmals zu Boden ging, daß sich die Vielzahl von Passanten völlig passiv verhielt, obwohl deutliche Rufe zu hören waren „schlagt sie tot, die Bullen" und obwohl sie die vier Beamten in der hoffnungslosen Minderheit befanden und für jeden erkennbar massiv bedrängt wurden.

(aus: Rhein-Neckar-Zeitung vom 31.7.)

OB Zundel vertrat am Montag in einer Pressekonferenz die Auffassung, daß der KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum aufgrund ihres Verhaltens und ihrer gezielten Angriffe gegen das Heidelberger Rathaus die Heidelberger Bürgerrechte aberkannt werden sollten.

OB Zundel wies darauf hin, daß die baden-württembergische Gemeindeordnung den Gemeinderat in die Lage versetzt, einem Bürger das Bürgerrecht bis zur Dauer von vier Jahren abzuerkennen, nämlich dann, wenn er (§ 17 Absatz 4) seine ehrenamtliche Tätigkeit nicht ausübt oder er seine Pflichten nach Absatz 1 gröblich verletzt („Wer zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellt wird, muß die ihm übertragenen Geschäfte uneigennützig und verantwortungsbewußt führen"). Der OB warf Helga Rosenbaum vom Kommunistischen Bund Westdeutschland in Heidelberg unter anderem vor, im Gemeinderat als Stadträtin zu sitzen und sich unten vor dem Rathaus der Gefangenenbefreiung schuldig zu machen, wobei dazu noch gerufen worden sei: „Schlagt die Bullen tot."

OB Zundel vertrat zudem die Auffassung, daß die Heidelberger Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland örtlich als kriminelle Vereinigung verboten werden müßte, daß die Ortsgruppe, losgelöst von der Betrachtungsweise des politischen Parteienprivilegs, begründet als kriminelle Vereinigung angesehen werden könne. Dabei sei man sich im klaren, daß es sich hier um eine diffizile Rechtsproblematik handele.

(Aus: Rhein-Neckar-Zeitung vom 2.8.)

Lünebest Joghurt Werk:

Schüler und Studenten als billige Arbeitskraft

Lüneburg. Die Stamer Molkerei KG Lüneburg stellt die unter dem Namen „Lünebest" laufenden Molkereiprodukte her. Machte die Hitze der letzten Wochen vielen Menschen zu schaffen, schafft sie den Lünebest-Kapitalisten Profit, denn der Joghurt ging weg wie warme Semmeln. Stamer stellte seine Produktion auf die marktgünstige Situation um. Das heißt, die Maschinen liefen fast rund um die Uhr. Begonnen wurde morgens um fünf Uhr, eine Stunde früher als sonst. Gearbeitet wurde mindestens bis 23 Uhr. Meistens aber bis zwei oder drei Uhr morgens.

Gearbeitet wird in zwei Schichten. Die zweite Schicht, die nachmittags um 15 Uhr begann, mußte oft 11 bis 12 Stunden hintereinander durcharbeiten. Dies an 6 Tagen in der Woche. Um alle Maschinen voll laufen zu lassen, stellt Stamer für diese Zeit etliche Hilfskräfte ein. Günstig für die Kapitalisten in dieser Situation ist, daß gerade Schulferien und Semesterferien sind. So werden als Hilfskräfte, die nur zeitweilig beschäftigt werden, höchstens bis zu drei Monaten, meistens bleiben sie aber nur vier bis fünf Wochen, zum größten Teil Schüler und Studenten eingestellt. Diese Hilfskräfte bekommen, wenn sie auf Lohnsteuerkarte arbeiten, 7,17 DM brutto die Stunde und wenn sie ohne Lohnsteuerkarte arbeiten 5,50 DM netto die Stunde. Viele Schüler und Studenten nehmen diesen Job an, weil sie in den Ferien ihr Taschengeld ein wenig aufbessern wollen, kommen sie doch aus Elternhäusern, die auch nicht so gutsituiert sind.

Die Aufgabe dieser Hilfskräfte ist es nun, an den Abfüllmaschinen die Kästen mit dem Joghurt, der mit einer Temperatur von zirka 80 Grad aus der Maschine abgefüllt herauskommt, auf eine Palette zu stapeln. Auf jede Palette kommen 100 Kästen. Unterschiedlich von Maschine zu Maschine werden pro Tag zwischen 150 und 200 Paletten beladen. Ist eine Palette fertig geladen, muß man sich die neue Palette selbst holen und an die Maschine legen. Wenn in dem Kasten, der von der Maschine ausgestoßen wird, einige Becher beschädigt sind – dies kommt oft vor -, müssen diese gegen unbeschädigte ausgetauscht werden. Wenn eine neue Palette geholt werden muß oder Becher ausgetauscht werden müssen, läuft die Maschine natürlich in vollem Tempo weiter. So stauen sich oft die Kästen und man hat immer voll zu tun, damit keiner in der Maschine stecken bleibt. Diese Arbeit machen die Schüler und Studenten bei einem Höllenlärm und einer Hitze von zirka 60 Grad nun über zehn Stunden täglich für einen Hungerlohn. Pause gibt es nur eine halbe Stunde am Tag, ansonsten muß voll geklotzt werden. Wer nach einem Arbeitstag bei Lünebest nach Hause kommt, kann gerade noch ein Bier trinken und fällt dann ins Bett; wenn man wieder aufwacht, ist es wieder an der Zeit, zur Arbeit zu gehen, sagte ein Arbeiter, der fest angestellt ist. So dehnen die Lünebest-Kapitalisten den Arbeitstag ins Unermeßliche aus und verwandeln das Leben des Arbeiters in Arbeitszeit für den Kapitalisten. Und sie fahren gut dabei, wollen sie doch den Umsatz 1976 gegenüber 1975 von 90 Millionen auf 140 Millionen erhöhen.

Angesichts dieser Arbeitsbedingungen haben manche der Schüler und Studenten nach drei Wochen die Schnauze voll und bleiben einfach weg. Die Lünebest-Kapitalisten stören sich daran allerdings nicht, gibt es doch im Augenblick genug Nachschub, denn Lünebest ist der einzige Betrieb in Lüneburg, der die Lage der Schüler und Studenten, wenig Geld, weil die Eltern auch nichts haben, ausnutzt und Ferienarbeit anbietet.

Gegen die unheimliche Arbeitshetze wehren sich die Schüler und Studenten zum Teil dadurch, daß sie volle Kisten unbemerkt in die Maschine zurückschieben, wodurch sie zum Stillstand kommt. So verschafft man sich ab und zu mal 10 Minuten Pause.

Eins hat die Arbeit bei Lünebest bei einem Teil allerdings bewirkt. Das Bild vom sozialen im Dienste aller Menschen stehenden Kapitalismus, wie es in der Schule gelehrt wird, ist ganz schön ins Wanken geraten. Sie haben am eigenen Körper gespürt, daß Kapitalismus nichts anderes bedeutet als grenzenlose Ausbeutung durch die Kapitalisten. Der bürgerlichen Ideologie, die ihnen in der Schule eingetrichtert werden soll, werden sie nicht mehr so schnell verfallen und können ihr entgegentreten. – (C., Lüneburg)

Studenten verstärkt auf Ferienjobs angewiesen

Zum Wintersemester werden die Sätze für BAFöG gesenkt. Studenten aus Familien mit bis zu drei Kindern bekommen niedrigere Förderungssätze, weil der Lohn der Eltern höher angerechnet wird, selbst wenn er faktisch zurückgegangen ist im letzten Jahr. Das Wissenschaftsministerium gibt an, daß im vergangenen Semester etwa die Hälfte der westdeutschen Studenten BAFöG bekommen haben, davon aber nur 40 % die volle Summe. – Vermehrt versuchen die Studenten, in den Semesterferien Geld zum Leben zu verdienen. Die Bundesanstalt für Arbeit gibt an, daß im Juni 14 146 Stellen an Studenten vermittelt wurden gegenüber 9610 im Vorjahr. Wie hoch die Anzahl der Bewerber lag, denen bei der herrschenden Arbeitslosigkeit keine Stelle vermittelt wurde, war von der Bundesanstalt nicht zu erfahren.

Worms. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms wurden Neuwahlen zum Studentenparlament durchgeführt. Mit 118 Stimmen und 6 Mandaten wurde die reformistische Liste (GL) stärkste Fraktion. Die DKP-Studenten erhielten 54 Stimmen und 3 Sitze. 83 Stimmen und 4 Sitze erhielten die reaktionären CDU-Studenten. Die Basisgruppe, die von der Studentenorganisation des KBW unterstützt wurde, erhielt 45 Stimmen und 2 Sitze wie im letzten Studentenparlament.



Münster. Der Kommunistische Studentenbund veranstaltete am 17.7. ein Solidaritätsfest mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe auf den Wiesen des Studentenwohnheimes „Wilhelmskamp". Mit großen Wandzeitungstexten, Stelltafeln und kurzen Redebeiträgen wurde über den aktuellen Stand des Kampfes des Volkes von Zimbabwe und über weitere Kämpfe der Völker der Dritten Welt informiert. Großen Anklang fanden das Wurfspiel, bei dem man auf die verhaßten Konterfeis so bekannter Imperialisten und Rassisten wie Kissinger, Schmidt, Vorster und Smith werfen konnte. Insgesamt konnten bei den etwa 200 Besuchern über 1000 DM für die vier LKWs für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt werden. (nach Ortsbeilage Münster)

Kunstakademie Düsseldorf: 75 % für Streik

Gegen die neue Satzung des Wissenschaftsministeriums für die Düsseldorfer Kunstakademie, die im Wintersemester in Kraft treten soll, führten die Studenten in der letzten Woche eine Urabstimmung für Streik durch. 75 % stimmten für Streik, bei einer Beteiligung von 34 %. Mit der neuen Satzung will der Wissenschaftsminister das Hochschulrahmengesetz an der Kunstakademie durchsetzen. So soll durch die Satzung u.a. das politische Mandat, die Finanz- und Satzungshoheit der Studentenvertretung beseitigt werden.

Wohnungsnot der Studenten

Der von der Bundesregierung verkündete Plan, bis 1980 für 15 Prozent der Studenten Wohnheimplätze zu schaffen, wird nicht erfüllt werden. Gegenwärtig wohnen 10,8 Prozent der Studenten in Wohnheimen. 90 Prozent der Studenten müssen sich eine Unterkunft auf dem freien Wohnungsmarkt suchen. Nach einer Untersuchung in Münster zahlen sie dafür im Durchschnitt 125 bis 145 DM, ein Drittel des BAFöG. Bei der Berechnung der Stipendien wird davon ausgegangen, daß es nur ein Viertel sei. Hinzu kommen Transportkosten, da viele Zimmer und Wohnungen weit von den Hochschulen entfernt gemietet werden müssen. Als billigste Form der Unterkunft wird immer häufiger von mehreren Studenten gemeinsam eine Wohnung gesucht. – (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli)

Freiburg. Einen Bazar zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe machten die Zelle Soziologie der KHG und Mitglieder der Ortsgruppe des KBW. Im Verlauf des Bazars wurden 440 DM für die ZANU gespendet.

Die Forschung bei „offener Tür" fördert Chinas Wissenschaft und Technik

von Hung Dschong

Am Schanghaier Institut für Pflanzenphysiologie arbeitete das Forschungspersonal für Blütenphysiologie der Pflanzen vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution ausschließlich hinter verschlossenen Türen, vergrub sich in Bergen von Büchern und beschäftigte sich lediglich mit Experimenten, die im Ausland schon längst gemacht worden waren. Da Ausländer mit der Trichterwinde experimentierten, studierten auch sie die Physiologie dieser Pflanze, was aber nur wenig mit den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Produktion zu tun hatte. Sie experimentierten jahrelang damit, hatten aber keinen Erfolg.

Seit Beginn der Kulturrevolution befolgten die Wissenschaftler dieses Instituts den Kurs der „offenen Tür". Sie legten ihre Trichterwinde beiseite und verließen ihre Laboratorien, um die der Produktion entspringenden Probleme zu untersuchen. Da gab es z.B. ein Problem mit den Zuckerrüben aus Nordchina, die, im Süden angebaut, zu früh austrieben und blühten. In gemeinsamen Untersuchungen fanden sie schließlich eine wirksame Methode, um diesen Prozeß zu hemmen. Sie werteten dann ihre Experimente aus und schufen damit eine neue theoretische Grundlage für die weitere Erforschung der Blütenphysiologie.

Daraus ist klar zu ersehen, daß die zwei diametral entgegengesetzten Linien in der wissenschaftlichen Forschung auch zwei völlig verschiedene Resultate mit sich bringen.

Unter Einfluß der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis beschränkten sich die in der wissenschaftlichen Forschung Tätigen auf bloß „akademische" Untersuchungen, sie waren wirklichkeitsfremd und kümmerten sich weder um Produktionsprobleme noch um die Bedürfnisse der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Viele gingen einseitig ihrem persönlichen Interesse nach und befürworteten „die Freiheit für jedermann, sein Forschungsthema selbst zu wählen". Dahinter versteckte sich die Hoffnung, daß ihre Abhandlungen allgemeine Aufmerksamkeit erregen und sie dann berühmt machen würden. Die Bedürfnisse des Staates spielten in ihren Plänen nur eine nebensächliche Rolle.

Diese Linie wurde in der Großen Proletarischen Kulturrevolution kritisiert. In der Folge führten die Wissenschaftler und Techniker entschieden die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für wissenschaftliche Forschung durch und gelobten, Wissenschaft und Technik den Interessen des Staates, den Bedürfnissen der Arbeiter, Bauern und Soldaten unterzuordnen und ihre Forschungsarbeit mit den Erfordernissen der Produktion zu verbinden. Um dieses Ziel zu erreichen, stellten sie in Fabriken und Dörfern umfangreiche Untersuchungen an und legten entsprechend den praktischen Bedürfnissen ihre Forschungsthemen fest.

Seit das Schanghaier Institut für Pflanzenphysiologie seine Tore geöffnet hat, standen über 70 % seiner Forschungsprojekte in direktem Zusammenhang mit der Landwirtschaft. 1975 errichtete das Institut in Fabriken und ländlichen Volkskommunen 36 Forschungszentren, in denen nun 149 Wissenschafler, das sind 60 % der gesamten Belegschaft des Instituts, arbeiten.

Die Forschung bei „offener Tür" hat die Verbindung der Theorie mit der Praxis ohne Zweifel gefördert. Hier ein Beispiel: Als Mitarbeiter dieses Instituts bei ihrer Arbeit in den Dörfern sahen, wie die Bauern jahraus, jahrein viele Stunden mit gebeugtem Rücken Unkraut jäten mußten, fanden sie, das Beste wäre es, den Bauern bei der verbreiteten Anwendung von chemischen Unkrautvertilgungsmitteln zu helfen. Sie unternahmen in über zehn Provinzen und Städten gemeinsam mit Arbeitern und Bauern Experimente. Ihre Forschungsarbeit war von großen Erfolgen gekrönt. Die von ihnen verfaßte Broschüre „Handbuch für chemische Unkrautbeseitigung" hat bei den Bauern höchste Anerkennung gefunden.

Die Forschung bei „offener Tür" hat auch die Entwicklung der theoretischen Grundlagenforschung gefördert. Die Theorie der Mathematik, Topologie, die Bestimmung der Kristallstruktur des Insulins, die Entdeckung von Spuren superschwerer Elementarteilchen sowie der Start und die Rückkehr eines künstlichen Erdsatelliten kennzeichnen einen neuen Stand der Wissenschaft und Technik Chinas.

Die der Chinesischen Akademie der Wissenschaften unterstehenden Forschungsinstitute haben in den letzten Jahren in ihrer Forschungsarbeit bei offener Tür über 1000 wichtige Ergebnisse erzielt. Nicht wenige davon haben die Lükken, die in Chinas Wissenschaft und Technologie bestanden, gefüllt, einige haben fortgeschrittenes Weltniveau erreicht. Dazu gehören das haploide Zuchtverfahren von Weizen, Reis und Mais, die Transplantation von befruchteten Eizellen bei Haustieren, synthetischer Kautschuk, die Herstellung künstlicher Kristalle, von Doppelumkehrfarbfilmen, Kameras mit hoher Drehgeschwindigkeit, Atomuhren, abtastende Elektronenmikroskope sowie neue Technologien zur Verhütung und Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Diese Erfolge sind zumeist Ergebnisse der gemeinsamen Forschung von Wissenschaftlern, Arbeitern, Bauern, Soldaten und Kadern.

Die Vorhersage von Erdbeben ist ein anderes Beispiel für die Kooperation der Berufswissenschaftler und den Massen bei der Forschungsarbeit. Vor der Kulturrevolution vertraten viele Seismologen die Ansicht, daß Erdbeben von den Veränderungen tief im Erdinneren verursacht werden und daher eine Vorhersage sehr schwer möglich sei. Sie wagten nicht, dieses Problem in ihre Forschungspläne aufzunehmen, und dachten auch niemals daran, es gestützt auf die Massen zu lösen. Als die Seismologen aber ihre Institute verließen und unter die Massen gingen, entdeckten sie, daß diese viele wertvolle Erfahrungen in der Beobachtung von Erdbebenvorzeichen besaßen, die sie in langjähriger Praxis gesammelt hatten. Dies verstärkte ihre Zuversicht, Erdbeben zeitgerecht vorherzusagen. Heute überzieht ein Netz von Erdbebenvorhersagestationen weite Teile des ausgedehnten Territoriums Chinas. In ihnen arbeiten Berufsseismologen und Amateure. Dank einer genauen Vorhersage konnten die Verluste und Schäden beträchtlich verringert werden, als im Frühjahr 1975 in Südliaoning ein heftiges Erdbeben Stärke 7,3 ausbrach.



Ein uigurischer Hirt in Sinkiang spricht mit einigen Forschern des Landschouer Instituts für Glaziologie (Wissenschaft der Gletscher- und Eisbildung), Kryopedologie (Mineralkunde) und Wüsten über das Wachstum verschiedener Wüstenpflanzen.

Während der gemeinsamen Forschungsarbeiten mit den Massen wohnen die Wissenschaftler mit den Arbeitern und Bauern unter dem gleichen Dach, essen das gleiche Gericht und verrichten wie sie manuelle Arbeit. Dies hat ihr Denken und Fühlen jenem der Arbeiter und Bauern näher gebracht und spornt sie an, hart zu arbeiten, um die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zu befriedigen. In früheren Zeiten betrachteten die Wissenschaftler des Landschouer Instituts für Glaziologie, Krypoedologie und Wüsten die Muren als recht interessante Naturerscheinungen und benützten sie bloß als Datenquelle für ihre Abhandlungen. Erzogen in der Großen Proletarischen Kulturrevolution erkannten sie mit Bestürzung, welch große Verluste Vermurungen für Industrie und Landwirtschaft bringen können. So gingen sie gemeinsam mit Arbeitern und Kadern der betreffenden Gebiete daran, Untersuchungen, Beobachtungen und Vermessungen von Muren anzustellen, arbeiteten Pläne für Schutzprojekte aus und wirkten an der Ausführung dieser Projekte mit. In Zusammenarbeit mit Eisenbahnern haben Wissenschaftler desselben Instituts an der Landschou-Sinkiang-Eisenbahnlinie nach sieben Jahren harten Kampfes in der der Stadt Landschou nahegelegenen Wüste einen 30 km langen Waldschutzgürtel auf einer Gesamtfläche von mehr als 130 Hektar angelegt, der die Eisenbahnlinie vor Flugsand schützen soll. – (China Features)

Aktionen gegen die Propagandaschau der Offiziere in Koblenz

Koblenz. Der Standort, mit 12 000 Soldaten der größte der Bundeswehr, war in den letzten Wochen Schauplatz mehrerer großangelegter Propagandaschauen der Generalität. Die Tore der Kasernen waren geöffnet für die Zivilbevölkerung. Eine Ausnahme machte jedoch das schwere Pionierbataillon 310. Es stellte seine Geräte in Weissenthurn weit außerhalb der Kaserne zur Schau, wo sich selten mehr als 100 Besucher gleichzeitig aufhielten. Der Grund, warum die Besucher nicht in die Kaserne gelassen wurden, sind die menschenunwürdigen Unterkünfte der Mannschaften. Die sollte niemand zu Gesicht bekommen. Denn als die Mannschaften der 2/310 sich wegen ihrer menschenunwürdigen Unterbringung an die Öffentlichkeit wandten und dort breite Unterstützung fanden, erhielten die Soldaten Disziplinarstrafen dafür. An den Kampf der 2/310 sollte niemand erinnert werden. Damals wurde der Kampf der Pionierkompanie vom Soldaten- und Reservistenkomitee wirkungsvoll unterstützt.

Mit verschiedenen Mitteln trat das Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz den Propagandaschauen der Bundeswehrführung entgegen und nutzte sie, um den Charakter der Bundeswehr und deren Ziele zu entlarven.



Selten waren gleichzeitig mehr als 100 Personen bei der Geräteschau des schweren Pionierbataillons 310. ...



Heftige Diskussionen mit Vertretern des Soldaten- und Reservistenkomitees in der Innenstadt.

In der Innenstadt wurden vom Soldaten- und Reservistenkomitee Stände und Büchertische durchgeführt, die auf breites Interesse bei der Öffentlichkeit stießen, und es kamen große Diskussionsrunden zustande, wo einen Hauptpunkt die Forderung des Soldaten- und Reservistenkomitees nach allgemeiner Volksbewaffnung darstellte.

In ganz Koblenz wurde ein Plakat geklebt, das die Seite der Mannschaften aufzeigt, wie sie die Propagandaschauen der Bundeswehr sehen. Oft blieben Menschen stehen und lasen die Plakate. Auch die „Rhein-Zeitung" mußte auf die Plakate eingehen, indem sie berichtete, daß die Soldaten sauer wären über „ein paar Leutchen", die ihnen ihre Feste kaputt machen wollten und die für die Propagandaschauen werbenden Plakate beschmiert und abgerissen hätten. Viele Leserbriefe wären dazu erschienen. Reaktion der Mannschaften auf diesen Artikel in der „Rhein-Zeitung" war: Einer der Leserbriefe ist sicher von unserem Bataillonskommandeur.

Auch in den Kasernen wurden die Plakate geklebt, was wütende Reaktionen bei den Offizieren hervorrief, hauptsächlich deshalb, weil sie niemandem beweisen konnten, daß er die Plakate aufgehängt hat, doch die Mannschaften wußten, von wem sie sind. Einige versuchten, die Vorgesetzten daran zu hindern, die Plakate herunter zu machen oder sie an den Kompaniechef weiterzugeben. Sie stießen auf breite Zustimmung, und einige wollten so ein Plakat für sich selbst haben.

Wo es den Mannschaften möglich war, versuchten sie den Charakter der Propagandaschauen aufzudecken.

So wurden die Bundeswehrfahrzeuge mit den werbenden Plakaten für die Propagandaschauen versehen. Und aus der 20-Jahr-Feier des Bataillons wurde dann plötzlich 20 Jahre „Fick".

Als beim Erbseneintopfessen bei der Panzerbrigade 14 einigen Leuten schlecht wurde, nutzten die Mannschaften dies, um zu zeigen, daß das Essen normal noch schlechter ist, als es hier geboten würde.

Immer wenn Besucher die Mannschaften ansprachen oder sie etwas fragten, das erste, was sie zu hören bekamen, war, daß ihnen die ganze Schau zum Hals heraushängt und der Dienst ganz anders aussieht. Jedem Jugendlichen gaben sie den Rat, geh' nie zur Bundeswehr, wenn du zum Bund mußt, wirst du dich noch wundern.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee trat bei den Propagandaschauen auf mit einer Extranummer der „Koblenzer Militärzeitung", in der über die wirklichen Zustände in den betroffenen Kasernen berichtet wurde. Hierbei kam es zu unterschiedlichen Reaktionen.

Die Panzerbrigade 14 forderte über Mikrofon die Besucher auf, die „Koblenzer Militärzeitung" zu nehmen und darüber mit den Soldaten zu sprechen. Sie verteilte gleichzeitig einen vorbereiteten Handzettel („Bundeswehr informiert ...").

Die Reaktion der Besucher war, daß sie breit die „Koblenzer Militärzeitung" nahmen, über 1500 Exemplare wurden verteilt, wobei der Handzettel kaum Verbreitung fand. Und in Diskussionen mit den Kameraden werden sie kaum anderes erfahren, als daß die Berichte der „Koblenzer Militärzeitung" stimmen und die Zustände verheimlicht werden.

Beim 20-Jahr-Fest des schweren Panzerbataillons 850 reagierten die Offiziere ganz anders. Die Genossen auf militärischem Gelände wurden von Feldjägern festgenommen, mußten aber wieder laufen gelassen werden. Unter großem Feldjägeraufgebot verteilten sie dann vor dem Kasernengelände weiter. Was jedoch weder die Soldaten noch die Besucher davon abhielt, die „Koblenzer Militärzeitung" zu nehmen.

Mit großem Interesse wurde die „Koblenzer Militärzeitung" bei jeder Propagandaschau aufgenommen, die Soldaten warteten mit Begierde darauf, daß verteilt würde, und wenige Exemplare reichten aus, um eine ganze Kompanie zu beliefern. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz)

„Der Kampf gegen den Sold ist äußerst notwendig"

Bremen. Der Spieß hatte mir einen Extradienst aufgedrückt. Ich mußte den „Garten" der Staffel harken, ein Stück Ödland mit ein paar mickrigen Tannen drauf. Als der Spieß kontrollieren kam, fragte er mich, ob ich denn auch die Aufgabe mit der rechten Lust verrichten würde. Meine Erwiderung war, daß mir die rechte Lust fehlen würde, vor allem wenn man bedenkt, daß ich als Gefreiter nur 210 DM Monatssold bekomme. Da kriegen Leute wie Sachs Millionen fürs Nichtstun, und der Wehrpflichtige soll mit 165 bis 210 DM monatlich auskommen! Das würde ich nicht verstehen.

Als Antwort hatte der Spieß nur platte Sprüche auf Lager: Wir leben in einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit all den vielen Rechten. Aber man kann nicht nur nehmen, der einzelne muß auch etwas für die Gemeinschaft leisten. Als Wehrpflichtiger müsse ich eben die Bürde des geringen Soldes auf mich nehmen. Als ich ihm dann vorrechnete, daß ich aus eigener Tasche schon an die 2 000 DM zulegen mußte, um überhaupt über die Runden zu kommen, erwiderte der Spieß, daß ich noch Glück hätte, da ich aus der Umgebung komme. Diejenigen, die einige Hundert Kilometer nach Hause fahren müßten, hätten's noch schwerer.

Recht hat der Spieß mit dem letzten Satz. Der Ausspruch des Spießes, einige hätten's noch schwerer, zeigt nur, daß der Kampf gegen den Hungersold noch dringlicher anzupacken ist, mehr nicht.



Langspielplatte mit dem Stuka-Lied, Bomben auf England, Lied der Panzergrenadiere, Frankreichlied, Es war ein Edelweiß, Vorwärts nach Osten, Russlandfanfare, Rot scheint die Sonne, Lied der Panzergruppe Kleist u.a. Originalaufnahmen 1939-45. Preis: DM 24.–
Bild + Ton Verlag
7 Stuttgart 1 - Postfach 457



Solche Lieder aus der Tradition der imperialistischen Raubzüge der deutschen Bourgeoisie gegen andere Völker, wie sie in dieser Anzeige der Zeitung „Die Welt" vom 12.7. angeboten wurden, sind derzeit in der Bundeswehr gegenüber den Mannschaften nicht durchsetzbar. Die Bundeswehr mußte schon vor einiger Zeit mit einem Erlaß die Vorschrift außer Kraft setzen, wonach beim Marschieren das Singen solcher Lieder befohlen ist. Gegenüber der Kritik von seiten der demokratischen Bewegung unter den Soldaten konnten die Offiziere den politischen Inhalt dieser Lieder nicht verteidigen. Indem die westdeutsche Bourgeoisie außerhalb der Armee diese Lieder auf Schallplatten und in Büchern verbreiten läßt, reagiert sie auf diese Lage in der Armee. Sie bereitet so die Wiedereinführung dieser chauvinistischen Lieder vor, die die Einsatz- und Opferbereitschaft der Soldaten für die imperialistischen Raubzüge der deutschen Bourgeoisie fordern. Die Verbreitung dieser Lieder ist Ausdruck der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus gegen andere Völker.

Lehrgangsteilnehmer setzen Forderungen durch

Feldafing bei München. Die Teilnehmer eines sechswöchigen Lehrgangs an der Fernmeldeschule Feldafing am Starnberger See haben die Wahl eines Vertrauensmannes durchgesetzt. Es gelang, auf einer Mannschaftsversammlung, an der Vorgesetzte nicht teilnahmen, die Aufgaben des Vertrauensmannes zu diskutieren und festzulegen. Der auf Grundlage der Diskussion gewählte Vertrauensmann hat sich für die Forderungen eingesetzt, ein Teil konnte durchgesetzt werden: Schwimmen bei großer Hitze statt Herumtoben auf dem Sportplatz im Staub; Gestellung von Schreibmaterial; Umschreibung von Freifahrtscheinen aus dem ersten Quartal; Dienstausgleich für Bereitschaftsdienst. Es stellte sich heraus, daß bei manchen Forderungen sogar ein Anspruch bestand: ein Tag Sonderurlaub für eine Woche Bereitschaft (der Sonderurlaub muß nach Rückkehr die Stammeinheit gewähren); Gestellung von Schreibmaterial (2 DM stehen für jeden Wehrpflichtigen jährlich zur Verfügung). Damit der nachfolgende Lehrgang auf diesen Erfolgen aufbauen und den Kampf fortsetzen kann, wird er von dem Vertrauensmann des gegenwärtigen Lehrgangs informiert. – (nach einem Bericht von g., z.Z. Feldafing)

Verhör durch den MAD

„Wer glaubt, man könne diese Spitzel aushorchen, irrt"

Minden/Westfalen. Am Donnerstag vor 14 Tagen wurde ich, Pionier M. Fisseler der 4./110, ganz plötzlich aufs Geschäftszimmer meiner Kompanie befohlen. Ich machte mich auf ein „freundschaftliches" Gespräch mit unserem Kompaniechef, Hauptmann Sandhoff, gefaßt, in dem er mir nahelegen würde, mich doch in Zukunft bei politischen Diskussionen zurückzuhalten und nicht ständig solche unsachlichen Ausdrücke wie „BRD-Imperialismus" zu gebrauchen. Denn die Soldaten in der 4./110 nutzen die Unterrichtsstunden in „Innere Führung und Recht", um ihren Unmut über die Verhältnisse in der Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen und die politische Lage in der Welt, das Anwachsen der Kriegsgefahr und den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt zu diskutieren. Das geht manchmal so weit, daß z.B. Hauptmann Fricke beim Unterricht „Befehl und Gehorsam" nur noch zu sagen wußte: „Gehen Sie doch nach China, wenn Ihnen hier das Vorgesetztenverhältnis nicht paßt!"

Vom Unteroffizier vom Dienst (UvD) wurde ich also in den Leseraum geführt und dort erwartete mich ein Mann, der sich als Angehöriger des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zu erkennen gab. Er wolle sich einmal mit mir zwanglos unterhalten.

Zunächst verbrachten wir einige Minuten unseres Gesprächs damit, darüber zu streiten, ob er mir seinen Namen nennen sollte oder nicht. Als ich sagte, daß ich mich mit niemandem unterhalten würde, der mir seinen Namen nicht sagen wolle, mußte er dies wohl oder übel tun. Er sagte, er heiße Buschnik.

Ich gab mich damit zufrieden, weil ich erfahren wollte, was die vom MAD von mir wollten. Zuerst fragte er, wie es mir denn so gefiele in Minden und wie ich so allgemein zur Bundeswehr stünde. Als ich sagte, daß ich ganz begeistert sei, kamen wir auf die Sprache raus.

Vor zirka zweieinhalb Jahren (!) hatte ich im Rahmen einer Jugendzentrumsbewegung für ein Flugblatt verantwortlich gezeichnet, das sich anläßlich des Tags der Offenen Tür der Kaserne Hemer/Iserlohn gegen den Propagandarummel der Bundeswehr richtete und die wirklichen Absichten des BRD-Imperialismus – Unterjochung fremder Nationen bei gleichzeitiger verschärfter Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse – aufzeigte.

Der Mann vom MAD wollte wissen, ob ich heute noch dieselbe Einstellung zur Bundeswehr hätte, wer in der Jugendzentrumsbewegung mitgearbeitet habe, ob ich Kontakte zu politischen Organisationen hätte und wie das Verhältnis zu meinen Eltern wäre. Immer, wenn er wieder mal ein Achselzucken zur Antwort bekommen hatte (ich kann mich manchmal so schlecht erinnern), fing er plötzlich von ganz was anderem an, redete über das Wetter, wo ich denn gerne hinversetzt werden möchte, und man müßte höllisch aufpassen, daß man nicht irgendwelche Informationen herausließ, die der Spitzel verwerten konnte.

Ganz besonders versuchte er, mich ständig zu provozieren („Merken Sie eigentlich nicht, daß Sie bei Ihren Kameraden nicht so ankommen, wie Sie sich das vielleicht vorgestellt haben?") und in grundsätzliche Diskussionen zu verstricken. Auch den kleinsten Hinweis nehmen diese zwielichtigen Typen auf, alles wird auf Tonband mitgeschnitten und in jeder weichen Stelle wird sofort nachgehakt.

Wer glaubt, man könne diese Spitzel aushorchen, irrt. Die Erfahrung, die ich gemacht habe, zeigt, daß man nur mit rigoroser Aussageverweigerung weiterkommt, denn auf dem Feld der Lüge und des Betrugs sind die einem in jedem Fall überlegen. So sagte ich dann nichts mehr und brach so das Gespräch ab.

Als ich meinen Kameraden von dem Verhör berichtete, waren die meisten empört und einer sagte: „Ich habe das nie geglaubt, wenn es hieß, in diesem Staate würde jeder bespitzelt und überwacht, und jetzt sehe ich, daß es tatsächlich so ist."

Der Mann vom MAD hat im Gespräch mit mir den Eindruck gewonnen, daß ich Kommunist sei. Das mag für die herrschende Klasse eine interessante Erkenntnis sein, für die es sich lohnt, einen bezahlten Spitzel in Bewegung zu setzen. Die herrschende Klasse glaubt, mit Bespitzelung und Überwachung der Arbeiterklasse und des Volkes die Revolution verhindern zu können. Das Gegenteil erreicht sie: Es wächst beim Volk die Erkenntnis, wie verrottet ein System sein muß, wenn es zu seiner Erhaltung solch perfektionierte Spitzelapparate braucht. – (Pionier Markus Fisseler)

Die Warschauer Stadtversammlung – eine Niederlage für die Ausbeuter

Die folgende Korrespondenz ist der Augenzeugenbericht eines Genossen, der sich seit mehreren Monaten in Polen aufhält. Er berichtet über die Breite der Aktionen der polnischen Arbeiterklasse gegen die neue Bourgeoisie, die eine kapitalistische Restauration im Land durchführt und es in eine Halbkolonie der sozialimperialistischen Supermacht verwandelt hat, die das Land mit Truppen besetzt hält. Zugleich öffnet sie das Land den US- und EG-Monopolen. Der Anlaß der Aktionen waren Preiserhöhungen für Nahrungsmittel. Die Preiserhöhungen wurden vorläufig ausgesetzt.

„In 60 bis 70 Prozent der polnischen Betriebe wurde gestreikt. Zum ersten Mal sind von einer Arbeitsniederlegung fast alle Kleinbetriebe erfaßt worden.

Das Zurückziehen des Vorhabens der Bourgeoisie geschah nicht infolge der „Vertiefung der sozialistischen Demokratie in den letzten Jahren", wie es Gierek in seiner Rede am 2.7. vor Arbeitern sagte, sondern aufgrund der Kampfaktionen und des nicht in diesem Ausmaß erwarteten Drucks von seiten der Arbeiter.

Die Arbeiter erzwingen Diskussionen

Beim Zurückziehen des Vorhabens am Abend des 25.6. sagte Premier Jaroszewicz: „Den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf präsentierten wir dem Parlament und der Bevölkerung als Vorschlag und nicht als endgültige Entscheidung." Dabei wußte jeder, daß am Vortag der Vorschlag vom Parlament angenommen wurde und am Montag darauf in Kraft treten sollte. Es ist klar, daß die Bevölkerung nicht den Vorschlag diskutieren sollte, denn nirgends wurden in den Betrieben offizielle Betriebsversammlungen einberufen. Überall entstanden die Diskussionen in den Betrieben auf Initiative der Arbeiter, wobei die Direktoren und Betriebsparteisekretäre zur Teilnahme gezwungen wurden. Wer sich weigerte, bekam die Kraft und Wut der Arbeiter zu spüren. Der Direktor der Traktorenfabrik „Ursus" bekam Prügel, weil er die Arbeiter beschimpfte und ihnen: „Ihr Schafe, an die Arbeit!" zurief. Der dortige Parteisekretär schloß sich aus Angst vor den Arbeitern in seinem Büro ein. Es half nichts. Er wurde auf seiner Türe herausgetragen vor die versammelten Arbeiter. Später erlag er seinen Verletzungen.

In den Städten Ptock und Radom gingen die Arbeiter erst auf die Straße, als man ihnen in den Betrieben keine Diskussionen ermöglichte. Sie zogen von Betrieb zu Betrieb, und wo nirgends diskutiert wurde, gemeinsam weiter zum Komiteegebäude der Partei. Als zum Beispiel in Radom die „Volksmiliz" versuchte, mit Tränengas und Schlagstöcken die Demonstration zu zerschlagen, drangen die Arbeiter ins Gebäude und legten Feuer. Auch die Autos vor dem Gebäude und alles, was den Charakter von offiziellen Parteigebäuden trug, war Gegenstand der Auseinandersetzung.

Streikkomitees auf den Werften

Ganz anders verlief der totale Streik in den Weften, wo die Direktoren schnell reagierten und Diskussionen wenigstens nicht behinderten. Dort wurde (auf der Erfahrung von 1970 basierend) sofort ein Streikkomitee gebildet und nach Diskussionen eine Delegation von Arbeitern mit Forderungen zum Wojewod-Komitee der PVAP geschickt, während auf der Werft Streik und Besetzung andauerten.

In dieser Situation wurden die Revisionisten von Panik ergriffen. In allen Betrieben wurden in den folgenden Tagen offizielle Betriebs- und Stadtversammlungen einberufen (auf „persönlichen Wunsch Giereks", wie es hieß). Marionetten der Partei unter den Arbeitern, und wo diese nicht aufzutreiben waren, die Direktoren persönlich ergriffen das Wort. „Tiefe Empörung brachte man auf den Versammlungen zum Ausdruck, was die Fälle der Störung der öffentlichen Ordnung und der beschämenden Ausschreitungen anging", hieß es in der offiziellen „Trybuna Ludu" vom 28.6.76. Dabei ist noch bemerkenswert, daß keiner offiziell informiert wurde, denn die Medien schwiegen diesbezüglich ganz (bis zum 1.7.). Um aufzuzeigen, welchen Charakter diese Versammlungen hatten, ein Beispiel.

Die Stadtversammlung in Warschau am Montag, dem 28.6.

Die Presse informierte vorher überhaupt nicht darüber – es wurden lediglich Änderungen und Umleitungen von Buslinien bekanntgegeben. Um 13 Uhr wurde in fast allen Betrieben und Institutionen die Arbeit abgebrochen und die Werktätigen zur Versammlung geschickt, zum Teil in Zehnergruppen mit jeweils einem Verantwortlichen. In Betrieben, wo die Arbeiter lieber arbeiten wollten, mußte die Direktion nachhelfen. Unterwegs wurden Fahnen und Transparente verteilt. Am Eingang des Stadions wurde kontrolliert, so daß nur Arbeiter mit Aufklebern reinkamen. Denn man wollte natürlich verhindern, daß zum Beispiel Arbeiter des Betriebs „Ursus" hineinkamen, deshalb wurden diese auch nicht von der Versammlung informiert. Es redeten: der Parteivorsitzende der Hauptstadt, zwei Vertreter anderer politischer Gruppierungen im Parlament, ein Poet sowie zwei Parteifunktionäre aus den Betrieben. Da aber alle Redner das Gleiche erzählten, saßen die herangetriebenen Massen wie abwesend da. Klatschen hörte man nur ab und zu – von der Tribüne. Die Versammlung wurde so zur großen Pleite für die Partei.

Überhaupt waren nur ein Drittel der geplanten 150 bis 160 000 Bewohner gekommen. Die Restlichen hatten sich irgendwo auf dem Weg zwischen Betrieb und Stadion verdrückt. Und die, die gekommen waren, haben die Redner ihre Mißachtung deutlich spüren lassen."

Solche Veranstaltungen zeigen, wie die Gierek-Clique tatsächlich isoliert ist. Die Arbeiterklasse hat einen Sieg über die polnische Bourgeoisie errungen. Die polnische Bourgeoisie aber findet sich mit ihrer Niederlage nicht ab. Gegenwärtig bereitet sie noch schmutzigere Methoden vor, um ihre Ziele zu erreichen, das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des Volkes zu senken und die Ausbeutung zu verschärfen. Die illegale Kommunistische Partei Polens hat die polnischen Arbeiter zur Wachsamkeit aufgerufen, und nicht nachzulassen in der Kampfbereitschaft (vgl. KVZ Nr. 29).

Nach dem Erdbeben in Friaul

Für die Volksmassen bleibt die finanzielle Hilfe aus

Im Erdbebengebiet von Friaul ist geplant, den Wiederaufbau der Häuser und Dörfer an strategisch wichtigen Punkten der Ostalpenregion nicht zuzulassen.

Gegen diese Pläne der Bourgeoisie haben Mitte Juli Tausende in Udine und Triest demonstriert. Zur Demonstration in Triest hatte die Koordination der in den Zeltstädten gewählten Delegierten aufgerufen. Die Revisionisten und die von ihnen beherrschten Gewerkschaftsführungen haben mit der Absicht der Spaltung zu einer zweiten Demonstration in Udine aufgerufen. Diese Spaltung ist mißlungen: Beide Demonstrationen waren beherrscht von den Forderungen der demokratischen Organe der betroffenen Bevölkerung: Volkskontrolle über den Wiederaufbau, Beseitigung der Militärlasten, gegen die Betrügereien der Christdemokraten. Viele haben an beiden Demonstrationen teilgenommen.

Die christdemokratische Regionalregierung sabotiert den Wiederaufbau überall. Monate vergingen, bis die wenigen eingesetzten Techniker Schätzungen über die Zerstörungen anstellten, die Grundlage der Entschädigungszahlungen sind. Zugleich wurde die Höchstsumme der Entschädigungen auf 6 Millionen Lire (etwa 18 000 DM) festgesetzt, was in den meisten Fällen nicht ausreicht. Nach anfänglichen Versprechungen von wegen „dezentralisierter unbürokratischer Hilfe" weigert sich die Regierung, den demokratischen Vertretungsorganen der Bevölkerung irgendwelche Rechte zuzugestehen.

Nur 6 Prozent der für den Wiederaufbau eingeplanten Mittel werden den Gemeindeverwaltungen zur Verfügung gestellt, weil diese dem Zugriff der Volksmassen stärker ausgesetzt sind als die Regionalregierung in Triest und die Zentralregierung in Rom. Nach dem „Vorbild" des Tals von Belice in Sizilien, wo nach dem Erdbeben 1968 die veranschlagten Mittel zum Ausbau einer Erdölgesellschaft und zum Bau einer Schnellstraße statt zum Wiederaufbau der zerstörten Dörfer verwandt wurden, planen die regierenden Christdemokraten jetzt auch in Friaul, das Geld den Kapitalisten für lukrative Aufträge zuzuschanzen. – (u.g.)

Steigerung des Kapitalexports in die Türkei

Der BRD-Imperialismus verschärft die Ausbeutung der türkischen Arbeiterklasse

Braunschweig/Köln. Erstmals in diesem Jahr werden türkischen Arbeitern in der BRD, die keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten, „großzügig" vom Jugendsozialwerk Kurse zur Qualifikation ihrer Arbeitskraft angeboten. Also Ausbildung zum Mechaniker oder ähnlichen Berufen. Diese Kurse werden in verschiedenen Städten durchgeführt, unter anderem in Köln. Bedingung zur Teilnahme ist, daß sich die türkischen Arbeiter verpflichten, nach dem Kurs in die Türkei zurückzukehren. Dort soll ihnen ein Arbeitsplatz zugesichert werden – in den Werken der BRD-Imperialisten. Finanziert werden diese Kurse von der Bundesregierung.

Ein türkischer Arbeiter aus dem Ausbildungszentrum Köln:

„Für unsere Ausbildung wird alles Erdenkliche getan. Wir bekommen eine gute technische Ausstattung. Die Kurse, in denen wir lernen, haben eine arbeitsfähige Größe, 12 bis 15 Arbeiter. Das aber auch nur deshalb, weil wir praktisch in einem halben Jahr das lernen müssen, wozu normalerweise eine
nen müssen, wozu normalerweise eine
mindestens dreijährige Ausbildung angesetzt ist. Dabei werden wir aber nur als Arbeitskraft angesehen, deren Wert durch eine Ausbildung gesteigert wird. Als Menschen gelten wir offensichtlich nicht.

Im Wohnheim leben wir zu dritt in einem kleinen Zimmer. Die Kochgelegenheit auf der Etage ist vollkommen unzureichend. Töpfe, Geschirr usw. sind nicht vorhanden, müssen von uns selbst gestellt werden. Das ist um so schlechter, weil wir nicht einmal eine Kantine haben, in der wir Essen bekommen. Selbst während der achtstündigen Ausbildung in den Werkstätten haben wir nicht die Möglichkeit, warm zu essen. Bezahlen müssen wir für diese Unterkunft jeder 102 DM. Insgesamt erhalten wir im Monat 675 DM. Kollegen mit Familie erhalten 300 DM mehr. Das ist nicht gerade viel, wenn man zudem noch bedenkt, daß wir während des Kurses natürlich kein Arbeitslosengeld mehr bekommen und nach dem Kurs ja auch nicht mehr, weil wir da in die Türkei zurückmüssen. Leben kann man jedenfalls kaum von dem Geld."

Frage: „Wie stehen denn die anderen Kollegen zu diesen Kursen?"

„Viele meinen noch, daß das ja ganz schön großzügig ist von der BRD, uns solche Ausbildung zukommen zu lassen. Viele haben früher in der Türkei ja nur gerade vier Jahre zur Schule gehen können. Da ist das natürlich unheimlich gut, hier mehr zu lernen.

Immer mehr wächst aber auch die Klarheit, daß wir erst hier in der BRD als billige, unausgebildete, schlechtbezahlte Arbeiter den Kapitalisten Mehrwert bringen mmußten und daß wir das Gleiche jetzt weiter in der Türkei machen sollen. Zwar besser ausgebildet, aber trotzdem zu einem noch niedrigeren Lohn als hier zuvor in der BRD. Profitieren tun davon doch nur die BRD-Imperialisten.

Das Interesse der Kapitalistenklasse an diesen Kursen mußte so auch ein Vertreter des Bundesministeriums zugeben, als er uns in den Kursen einen Besuch abstattete. Nachdem er erst noch sagte, dies sei eine uneigennützige Hilfe der BRD-Regierung im Interesse der türkischen Arbeiter, mußte er schließlich auf Fragen der Kollegen zugeben: Gesichert werden soll so der Kapitalexport der BRD-Imperialisten in der Weise, daß in der Türkei entsprechend ausgebildete Arbeiter sind, die in solchen hochtechnisierten Werken einsetzbar sind."

Der Kapitalexport soll verstärkt werden

Man sieht, die BRD-Imperialisten sind keineswegs damit zufrieden, in den letzten Jahren durch die Ausbeutung ausländischer Arbeiter in ihren Werken in der BRD hohe Profite gemacht zu haben. In ihrem Streben nach Höchstprofiten wollen sie die Ausbeutung der ausländischen Arbeiter in deren Heimatländern weiter fortsetzen.

Sie exportieren Kapital in die Türkei (Mannesmann, AEG, Magirus-Deutz, Grundig, Ford) und gut ausgebildete Arbeitskräfte gleich mit dazu. Diese können sie dabei bei den insgesamt niedrigeren Lohnkosten in der Türkei dort nochmal so gut ausbeuten wie zuvor hier in der BRD. So hoffen die BRD-Imperialisten in die Lücke zu stoßen, die die US-Imperialisten in der Türkei auf Grund des Widerstandes des türkischen Volkes gegen ihre Machenschaften haben hinterlassen müssen.

Das sollen auch die Kredite und Kapitalhilfen von 3 Milliarden DM leisten, die die BRD seit 1958 an die Türkei gegeben hat, davon allein 1976 im März 132 Millionen DM.

So war denn die Türkei für Bundeskanzler Schmidt auch eine Reise wert:

„Schmidt betonte, der wirtschaftliche Ausbau zwischen beiden Ländern werde auch in Zukunft fortgesetzt. Vor allem sollten mehr Investitionen deutscher Industrieunternehmen in der Türkei erfolgen." (Braunschweiger Zeitung, 29.5.76)

In diesem Zusammenhang findet auch das Streben der Türkei, „möglichst rasch Vollmitglied der EG zu werden" (ebenda) volle Zustimmung der BRD-Imperialisten. So hoffen sie, weiter ihre Vorherrschaft in Westeuropa ausbauen und festigen zu können im Interesse der Erhöhung ihrer Profite.

Bei der Verfolgung dieser Interessen werden die BRD-Imperialisten mit Sicherheit auf den Widerstand des türkischen Volkes stoßen. – (k.)

Polen: „Bessere Chancen"

Die Fabrik TELKOM der ELEKTRIM in Poznan baut elektronische Zeitschaltsysteme (für Telefone und andere Fernsprecheinrichtungen) in Lizenz der franzöischen Firma CIT-Alcatel. Jetzt wird eine gemeinsame französisch-polnische Firma mit je halbem Kapital gegründet. Die Verträge wurden am 5. März in Paris von den verantwortlichen staatlichen polnischen und französischen Fernmeldeeinrichtungen geschlossen. Als Zweck der Vereinigung wurden die besseren Chancen auf dem Welt- und RGW-Markt angegeben. Diese für die imperialistische Konkurrenz gegründete Firma kann nur bei schärfster Ausbeutung der polnischen Arbeiter bestehen. Polen, das vollständig abhängig ist von der sozialimperialistischen Supermacht, ist von der Gierek-Clique der anderen Supermacht und den EG-Imperialisten weit geöffnet worden für die Ausbeutung der Arbeiter und die Ausplünderung der Bodenschätze. – (nach „communications international", Juni 1976, m., Oldenburg)

UdSSR: Rückgang der Produktion und Verschärfung der Ausbeutung der abhängigen Länder

Im vergangenen Fünfjahresplan wurden bei rund 90 % aller Industrieartikel die Planzahlen nicht erreicht, oft blieben die Produktionsergebnisse hinter denen von 1971 zurück.

So wurden 1975 27 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie, 5 Millionen Tonnen Erdöl, 5 Millionen Tonnen Stahl, 31 Milliarden Kubikmeter Erdgas, 430 Millionen Stück Bekleidung weniger als geplant produziert. Insgesamt wurden 1975 30 Milliarden Rubel weniger investiert, als im korrigierten Plan von November 1971 vorgesehen waren. (ATA, Albanische Nachrichtenagentur, 10.6.1976)

Nach Meldungen der revisionistischen „Iswestija" betrug in den vergangenen Jahren in der UdSSR die Produktion von Baumwollstoff 45 000 Tonnen weniger als geplant. Insgesamt wurden 609 Millionen Meter Baumwolltextilien, 152 Millionen Meter Wolltextilien, 175 Millionen Paar Schuhe weniger als geplant produziert. (ATA Nr. 190, 8.7.76)

Gesteigerte Abhängigkeit der CSSR vom Sozialimperialismus

Nach Angaben des tschechoslowakischen Außenhandelsministers ist die CSSR zu 100 Prozent bei Erdöl und Erdgas und zu 80 Prozent bei Eisenerz von der UdSSR abhängig. Durch die Preissteigerung beim Erdöl mußte die CSSR allein 1975 runde 300 Millionen Dollar mehr an die UdSSR zahlen. Damit die CSSR überhaupt weiter beliefert wird, muß sie für einen 560 Kilometer langen Streckenabschnitt der Erdgaspipeline Orenburg – Westgrenze der UdSSR (worüber das Erdgas in die BRD geliefert wird) 6 000 Arbeiter abstellen. Im vergangenen Jahr betrug das Handelsdefizit mit der UdSSR schon 650 Millionen Dollar. Um diese Summe abzutragen, muß die CSSR im Fünfjahresplan 1976 bis 1980 rund 65 Prozent ihrer Schwerindustrieprodukte in die UdSSR exportieren und große Teile ihrer Leichtindustrieproduktion, vor allem Schuhe, Bekleidung und Möbel. Diese Abhängigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft von der UdSSR und die daraus folgende Ausplünderung ist das Ergebnis der revisionistischen „Arbeitsteilung" in den RGW-Ländern unter dem Diktat des Sozialimperialismus. (Nach: ATA (albanische Nachrichtenagentur) Nr. 180 vom 28. Juni 1976)

Die wirtschaftliche Kontrolle Indiens durch den Sozialimperialismus

In den vergangenen Jahren hat sich der Einfluß der UdSSR in Indien enorm verfestigt. Nach Angaben, die anläßlich des Besuches Indira Ghandis in der Sowjetunion bekannt wurden, kontrolliert die UdSSR 30 Prozent der indischen Eisen- und Stahlindustrie, 35 Prozent der Erdölraffinerien, 20 Prozent der Elektroenergieindustrie und 85 Prozent der Maschinenbauindustrie. So sichern sie sich billige Rohstoffe, Absatzmärkte und Ersatzteilproduktionsstätten auf Kosten des indischen Volkes. (Nach: ATA Nr. 166, 14. Juni 1976)

USA: Der Bergarbeiterstreik dehnt sich aus

Der Streik der Bergarbeiter der Kohlereviere in Westvirginia und Ohio hat sich im Verlauf der vergangenen Woche ausgedehnt auf die Kohlengebiete in Kentucky und Maryland. Damit ist die Kohleförderung im Nordwesten der USA von den Bergarbeitern lahmgelegt. Täglich belaufe sich der Produktionsausfall auf 4000 Tonnen, jammern die Bergwerkskapitalisten. Sie sind durch den Streik getroffen, weil die Winterversorgung angelaufen ist. Deshalb setzen sie alle Hebel in Bewegung, um die Arbeiter wieder in die Gruben und an die Maschinen zu bringen. Ein entsprechender Gerichtsbeschluß, der den Streik für illegal erklärt und den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit befiehlt, wurde von den Arbeiter aber nicht befolgt. Ebenso wenig folgten sie dem Aufruf des Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft, wieder an die Arbeit zu gehen. Die Gewerkschaft unterstützt den Streik nicht. Jetzt versuchen die Kapitalisten das Mittel der Spaltung anzuwenden. Sie drohten den Transportarbeitern mit Entlassung. – Die Bergarbeiter kämpfen für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und für die Versorgung im Krankheitsfall. – (Nach Radioberichten vom 29.7. und „Le Monde" vom 31.7.76)

Interview mit Genosse Chidoda, Vertreter der ZANU in Kanada

„Das Volk ist sein eigener Befreier“

Genosse Chidoda, du bist Vertreter der ZANU, der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, für Kanada und nimmst an der Delegation der ZANU teil, die zur Zeit in der Bundesrepublik eine Rundreise durchführt. Kannst du uns kurz einen Überblick geben über die Solidaritätsarbeit in Kanada zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU?

Bevor ich über die Solidaritätsarbeit in Kanada berichte, möchte ich kurz feststellen, daß mich der Umfang der Unterstützung, den ich hier in Westdeutschland erleben konnte, und das politische Bewußtsein der Menschen von den Problemen unseres Kampfes hier in Westdeutschland sehr beeindruckt hat. Der Umfang und der Grad des Bewußtseins ist auch stärker als in Kanada.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß alle Arbeiter und Bauern der Welt, alle unterdrückten Völker sich zusammenschließen gegen die imperialistische Unterdrückung. Diese Solidarität ist es, die den Imperialismus sicher besiegen wird, und was ich hier in Westdeutschland gesehen habe, veranlaßt mich zu der Feststellung, daß wir ganz klar auf dem Weg sind, diese Herrschaft des Imperialismus vollständig zu brechen.

In Kanada waren wir in der Lage, die Massen zu mobilisieren für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, wie es ihn unter Führung der ZANU gegen das Smith-Regime entfaltet.

Vom Atlantik bis zum Pazifik, das kann man ruhig sagen, wissen die Menschen in Kanada, daß es nur einen Kampf gibt in Zimbabwe, den des Volkes unter Führung der ZANU. Wir haben eine Menge Kleider, Geld und andere Gegenstände erhalten, die wir nach Tansania und Mozambique senden konnten, um den Fortgang des bewaffneten Kampfes zu unterstützen, ähnlich wie ihr es auch hier in Westdeutschland organisiert habt.

In Kanada ist das Problem, daß das Land sehr weit ist und sehr dünn besiedelt. Deshalb kann man in Kanada in kurzer Zeit keine Kampagnen durchführen, sondern finden Veranstaltungen über längere Zeit hinweg statt. Das Volkvon Zimbabwe kann Stolz sein darauf, daß die Unterstützung des Kampfes der ZANU international erfolgt. Bei der Organisierung der Unterstützung kann sich die ZANU in Kanada auf die Genossen der CPC-ML, der Kommunistischen Partei Kanadas / Marxisten-Leninisten, stützen. Sie verbreitet ihre Literatur und treibt Propaganda für den Befreiungskampf und auf ihren organisatorischen Strukturen und durch ihre Genossen kann sich die Solidaritätsarbeit im ganzen Land ausbreiten.

Kannst du einige Beispiele von Solidaritätsaktionen nennen?

An Universitäten und Hochschulen wurden kleinere Informationsveranstaltungen durchgeführt, wo bis zu 50, 60 Menschen teilnahmen. Dazu wurde ich auch verschiedentlich von Universitätsprofessoren eingeladen, um zu den Studenten in den Seminaren zu sprechen. Eine wichtige Veranstaltung war die, die von dem East-Indian-Defence-Committee und der CPC-ML am 27.12.1975 durchgeführt wurde und an der 2000 Menschen teilnahmen. Das East-Indian-Defence-Committee wurde gebildet als Schutz- und Verteidigungszusammenschluß der Menschen von Ostindien, die in Kanada unter einer besonderen Unterdrückung des Imperialismus leiden müssen. Auf der Veranstaltung wurden 10000 Dollar für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zur Verfügung gestellt, was Ausdruck des hohen revolutionären Geistes und des politischen Bewußtseins ist. Ein revolutionäres Kulturprogramm wurde durchgeführt.

Auch Rundreisen fanden in Kanada statt. Von ganz besonderer Wichtigkeit war, daß es im Juni, eine Woche bevor ich nach Europa reiste, gelungen ist, in einer Gewerkschaft die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU durchzusetzen.

Bis dahin unterstützten die Arbeiter unseren Kampf nur als Individuen.

Ende Juni war ich auf Initiative einiger Delegierter aufgefordert worden, auf einem Kongreß der Canadian-National-Trade-Union, der wichtigsten regionalen Gewerkschaft Quebecs, zu sprechen. Diese organisiert tausende Arbeiter verschiedenster Branchen, vor allem Textil, Handel und außer ihr gibt es noch zwei weitere kleine Gewerkschaften, die vor allem im Baugewerbe sind und die eng mit den gelben Gewerkschaften in den USA zusammenarbeiten, und eine Lehrergewerkschaft. 3000 Delegierte waren auf diesem Kongreß, der das höchste beschlußfassende Organ der Gewerkschaft ist, jährlich stattfindet und die Gewerkschaftsführung wählt. Ich konnte eine kurze Rede halten, die begeistert aufgenommen wurde, was sich darin zeigt, daß



Veranstaltung mit der Delegation der ZANU in München. In der Mitte der Genosse Chidoda, der Vertreter der ZANU in Kanada.

Vertreter der ZANU in Kanada.

unter den Delegierten in kurzer Zeit 720 Dollar für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt wurden, obwohl bereits vier andere Sammlungen davor stattgefunden hatten. Die eingebrachte Resolution, die auch ohne Gegenstimme angenommen wurde, legt fest, daß die Gewerkschaft die ZANU unterstützt als „politische Organisation, die den bewaffneten Kampf gegen die reaktionären Kräfte in ihrem Land führt“. Der Kongreß beschloß, „den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe für seine Befreiung gegen die Kräfte des Kolonialismus und Rassismus gestützt durch den Imperialismus“ zu unterstützen. Die Annahme der Resolution dokumentiert das hohe Bewußtsein, das die Arbeiter von Quebec haben. Sie haben gleichfalls unter dem britischen Imperialismus gelitten, hassen und verachten die Imperialisten und sie werden gleichfalls von ihrer reaktionären Regierung unterdrückt und sind so bereit, voneinander im gemeinsamen Kampf zu lernen.

Welche Aufgaben hat die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe angesichts des sich verschärfenden Machtkampfes mit den Imperialisten und ihren Agenturen in Zimbabwe?

Die Aufgaben der materiellen Unterstützung wurde schon wiederholt betont. Wir brauchen alles, und alles trägt dazu bei, daß wir unseren Kampf verstärken können. Sie ist von großer Wichtigkeit. Betonen möchte ich aber die große politische Verantwortung, die wir haben, in der Hebung des Bewußtseins der Menschen von der Gefahr der Spaltung, die von den Machenschaften der beiden Supermächte, dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus, ausgeht.

Die Solidaritätsbewegung sollte tatsächlich lernen aus der angolanischen Situation, wo die Supermächte eine Spaltung und großes Blutvergießen im angolanischen Volk verursacht haben. Gleichzeitig versuchen sie damit aber auch, die Solidaritätsbewegung zu spalten. Es gibt Organisationen, die behaupten, Soldaritätsorganisationen zu sein, die aber die Tendenz haben, die eine große imperialistische Macht zu entschuldigen. Das kann nicht erlaubt werden. Die Solidaritätsbewegung unter den Massen muß geeint bleiben. Unser Feind ist eindeutig ein Produkt beider imperialistischer Supermächte.

Die USA versucht gerade „Entspannungsmanöver Nr. 2“ einzuleiten. Über diese Aktivität müssen die Massen informiert werden. Sie müssen darüber informiert werden, weshalb sie das macht. Das ist genauso wichtig zu erklären. Nicht einfach, weil sie eine imperialistische Macht ist, sondern weil sie in Konkurrenz mit einer anderen imperialistischen Macht steht. So daß der Grund dessen, was die eine Supermacht treibt, das Treiben der anderen Supermacht ist. Sie sind Konkurrenten und Freunde zugleich. Beide versuchen, ihre Hegemonie über die ganze Welt zu errichten und dadurch unterdrücken sie gemeinsam die Völker der Welt. Deshalb muß die Solidaritätsbewegung sich auch klar gegen beide Supermächte stellen.

In den USA ist die Solidaritätsbewegung zum Beispiel meiner Meinung nach weitgehend von revisionistischen Ideen beherrscht, sie verurteilt den US-Imperialismus. Aber was die Sowjetunion macht, wird entschuldigt. Und die heftige Gefahr, die vom Ringen der beiden Supermächte um Hegemonie ausgeht, wird verharmlost und dadurch der Kampf dagegen geschwächt. Das ist die Gefahr, die wirkliche Gefahr. Man braucht bloß an die CSSR zu denken, was sagen diese Leute dazu? Zu dieser Invasion einer Supermacht? Sollen wir das in allen Ländern der Welt zulassen?

Und zum Beispiel in Angola? Da gab es mehrere Befreiungsbewegungen. Als sie gegen die Portugiesen kämpften, waren die beiden Supermächte direkt nicht gegenwärtig. Die USA unterstützte den portugiesischen Kolonialismus, die Sowjetunion bis zu einem gewissen Grad die Befreiungsbewegungen. Sie getraute sich damals noch nicht, sich direkt einzumischen. Wegen der direkten Interessen der anderen Supermacht konnte sie keine Soldaten nach Angola schicken. Als die Portugiesen geschlagen waren, erleben wir, daß die USA sich auf Südafrika stützt und die Sowjetunion auf die Kubaner, um ins Land hineinzukommen. Beide Supermächte stürzen sich über das kleine angolanische Volk, spalten und zwingen es, sich gegenseitig abzuschlachten, um dadurch vollständige Verwirrung zu schaffen. Und sofort fängt die USA wieder an, das Erdöl in Angola durch die „Gulf-Oil“ auszubeuten. Auf der Hand liegt, daß die eine Supermacht jeweils der anderen die Tür öffnet. Deshalb ist es angesichts ihrer Heimtücke und ihrer verschleierten Tricks wichtig, anstatt sich von Emotionen leiten zu lassen, die Lage genau zu analysieren. Beide haben gemeinsam, daß sie Unterdrücker und Ausbeuter und äußerst gefährlich sind. Der einen oder der anderen den Vorzug zu geben, ist äußerst gefährlich.

In Zimbabwe haben die sowjetischen Sozialimperialisten die ZAPU lange Zeit unterstützt, und gerade jetzt erst wieder hat die Sowjetunion Nkomo 80000 Dollar gegeben, als er von Jamaika zurückkam. Welches Interesse hat die Sowjetunion daran, einem Individuum so viel Geld zu geben? Sie weiß ja genau, daß seine Organisation völlig unwirksam geworden ist, und keinen wirklichen Kampf führt. Es gibt Versuche, in Sambia eine ZAPU-Armee aufzubauen, über die eine Situation wie in Angola geschaffen werden soll.

Dadurch sind wir ganz entschieden betroffen. Jetzt wurde Nkomo erlaubt, in Luanda ein Büro zu eröffnen. Sein kleiner ANC hat sich vom 1974 gebildeten Gesamt-ANC abgespalten. Er hat keine Armee, trotzdem darf er ein Büro in Luanda errichten, warum? Weil dort die sowjetischen Sozialimperialisten einen großen Einfluß haben.

Wir sehen erneut, daß er Geld bekommt, daß die Sowjetunion eine ZAPU-Armee ausbildet. Wenn Menschen demgegenüber ihre Augen schließen, nur die dreckigen Machenschaften des US-Imperialismus sehen, wird es für die Befreiung Zimbabwes äußerst gefährlich. Und wie kann jemand, der vorgibt, die Solidaritätsarbeit zu unterstützen, jemals solche Maßnahmen entschuldigen? Es ist unsere Aufgabe, diese Machenschaften zu verurteilen und aufzuzeigen, daß beide Supermächte versuchen, auf unserem Rükken ihre Rivalität auszutragen. Für uns kann es keine Übereinstimmung geben mit ihrem gemeinsamen Interesse, die Welthegemonie zu erlangen. Diese Erfahrungen haben die ZANU in ihrer Linie bestärkt: Wir sind unsere eigenen Befreier. Das wollen die imperialistischen Mächte aber nicht. Jede will sich gerne an unserer Befreiung beteiligen, um uns dadurch unserer Selbständigkeit und unsrer Unabhängigkeit zu berauben, bevor wir sie überhaupt erlangt haben. Deshalb sind beide gegen die ZANU und bekämpfen sie. Aber unsere politische Linie ist eine Waffe gegen ihrer beider Machenschaften. Wenn wir sagen, daß wir unsere eigenen Befreier sind, heißt das, daß solange wir uns nicht befreit haben, wir nicht befreit sind.

Wir bitten um keine fremden Soldaten, es fehlt uns nicht an Kämpfern, an Menschen, sondern was wir brauchen, ist die materielle und technische Unterstützung und den Nachschub, um die Imperialisten rasch aus dem Land zu schmeißen. Um die Einmischung der Supermächte zu unterbinden, hat die ZANU durchgesetzt, daß Unterstützung bloß über die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) durch die Supermächte geleistet werden kann. Dadurch soll vermieden werden, daß Zimbabwe eine Spielwiese ihrer Rivalität wird. Wir bitten alle fortschrittlichen Kräfte, unsere politische Linie zu unterstützen, die Linie, daß wir unsere eigenen Befreier sind. Wir brauchen keine Hilfe von den Supermächten, diese müssen isoliert werden. Was wir brauchen, ist die Hilfe der fortschrittlichen Kräfte der Welt, die die richtige Linie erkannt haben und unsere Linie unterstützen, die nicht fordern, daß wir durch andere befreit werden, sondern die unterstützen, daß wir unsere eigenen Befreier sind.

Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Die Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe entwickeln sich in ganz Westdeutschland mit großem Schwung. Der Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rassistische Smith-Regime hat die Unterstützung des Volkes in Westdeutschland gefunden. Veranstaltungen mit der ZANU-Delegation haben bisher in Heidelberg, Darmstadt, Karlsruhe, Wiesbaden, München, Westberlin, Kiel, Hamburg und Göttingen stattgefunden.

Karlsruhe. Bei der Karlsruher Veranstaltung mit dem Genossen Chidoda und dem Genossen Chiwara hielt Genosse Chidoda die Hauptrede. Die Zuhörer folgten begeistert seiner Rede, in der er anschaulich die Geschichte des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe schilderte. Die Lehre, die die ZANU aus der Analyse der Weltlage und aus ihren eigenen Erfahrungen gezogen hat: Wir sind unsere eigenen Befreier, fand einmütige Unterstützung. Delegationen aus Orten der näheren und weiteren Umgebung berichteten von ihren Tätigkeiten zur Unterstützung der ZANU, durch die sie insgesamt über 1300 DM aufgebracht hatten. Die Karlsruher Theatergruppe stellte in einem Stück dar, wie die Afrikaner die Unterdrückung durch das Siedlerregime abschütteln. Die Emmendinger Agit-Prop-Gruppe schilderte in einer pantomimischen Szene mit Gesangsbegleitung, wie Kissinger und Vorster vergebliche Anstrengungen unternehmen, Anschläge auf den Willen der Völker des südlichen Afrika nach Freiheit und Unabhängigkeit zu führen.

Auf der Veranstaltung wurden einschließlich des Verkaufs von Streichholzschachteln mit ZANU-Bildern 1254,90 DM gesammelt. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Veranstaltung beendet, nachdem beide Genossen der ZANU ein Kampflied vorgetragen hatten.

Spendenergebnisse aus den verschiedenen Orten:
Emmendingen 250 DM, Bruchsal 120,32 DM, Offenburg 200 DM, Burgschüler der Klasse 7c 80 DM, Pforzheim 613,74 DM, Verkauf von Streichholzschachteln an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe 74,35 DM, Versteigerung einer Fahne auf dem Karlsruher Marktplatz 176 DM.

Wiesbaden. An der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU nahmen 350 Menschen teil. In der Spendensammlung, während der die Genossen der ZANU revolutionäre Lieder sangen, die Mainzer Liedergruppe spielte, Solidaritätsadressen verlesen wurden, wurden rund 7600 DM gesammelt.

München. 230 Menschen kamen zur Veranstaltung mit der ZANU-Delegation. Gespendet wurden 3655 DM.

Westberlin. Fast 800 Menschen nahmen an der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU am 31.7. teil. Auf der Veranstaltung wurden 15000 DM gesammelt. In den 3 Wochen vor der Veranstaltung waren bereits 11000 DM und Dutzende von Kleidersäcken gesammelt worden. Große Initiativen wurden entwickelt. So hat die Stadtteilzelle Neukölln des KBW LKW's gebaut und in der ganzen Stadt verkauft.

Besonderes Interesse fand die „Solidaritätsmaschine“ der Zelle Kreuzberg 36. Sie bestand aus einem Galgen, an dem der Rassist Smith baumelte. Am anderen Ende des Galgenseils hing ein Lastwagen (der ZANU), der auf einer Schräge stand. Je mehr Geld in diesen Lastwagen gespendet wurde, desto mehr bewegte er sich auf der Schräge weiter und zog den Rassisten Stück für Stück nach oben, bis er völlig aufgeknüpft war. Gelangte er am Galgenende an, zog er mit seinen Füßen einen Kistendeckel hoch, ein Luftballon wude hochgezogen mit der Aufschrift: „Es lebe die ZANU“. Am 17. August wird die Delegation der ZANU erneut in Westberlin – dieses Mal unter Leitung des Genossen Tekere – sprechen.

Hamburg. Auf der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU wurden 15395,93 DM abgegeben. Die über 500 Teilnehmer der Veranstaltung spendeten weitere 12604,07 DM.

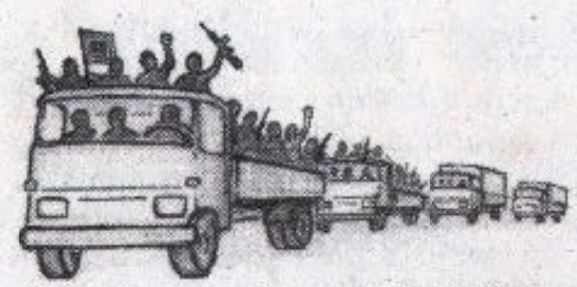
Koblenz. Auf einem von allen Hochschulgruppen getragenen Sommerfest an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz, das trotz anfänglichen Verbots seitens des Dekans auf Druck der Studenten stattfinden konnte, beteiligte sich der Kommunistische Studentenbund (KSB) mit einem Solidaritätsstand für den Befreiungskampf in Zimabwe. Mit einem Bowle- und Waffelnverkauf konnte ein Reinerlös von fast 300 DM für die vier Lastwagen der ZANU gesammelt werden.

Bochum. Bei mehreren Aktionen der Zellen der Ortsgruppe des KBW und bei Veranstaltungen an der Universität wurden 1114,35 DM für die vier LKW gesammelt.

Schwerte. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe führte die Kommunistische Gruppe Schwerte eine Kleidersammlung in den Wohnsiedlungen der Metallbetriebe durch. Innerhalb von drei Tagen wurden sechs Säcke mit Kleidungsstücken gesammelt.

Göttingen. An der Veranstaltung mit der Delegation der ZANU am 3. August, die zum ersten Mal unter Leitung des Genossen Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, stand, nahmen 400 Menschen teil. Auf der Veranstaltung wurden 9000 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Kontostand am 2.8.1976: 93165,51 DM

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim Kto Nr.: 106 83 26

Befreiungskampf in Osttimor

Gegen die indonesische Aggression wächst der Widerstand des Volkes

Die indonesischen Invasoren versuchten verzweifelt, neue Fronten im Inneren von Osttimor zu errichten, teilte der Minister der Demokratischen Republik Osttimor, R.Gards, am 16. Juli mit. Weiter berichtete er: „Heftige Kämpfe gibt es in den Dörfern Soibada, Barike und Laclubar. Heldenhaft kämpfend leisten die FRETILIN-Kämpfer hartnäckigen Widerstand. Der feindlichen Infanterie bringen sie so schwere Verluste bei, daß sie die Unterstützung von Hubschraubern anfordern muß."

Der Minister erklärte, daß in dem von den indonesischen Invasoren im Dorf Ermera errichteten Konzentrationslager, in das sie die gefangengenommene Zivilbevölkerung gebracht haben, im Durchschnitt täglich drei bis vier Personen an Hunger sterben. Es gebe dort auch keinerlei medizinische Versorgung. Über die Erfolge im Befreiungskampf heißt es dann:

„In den vergangenen drei Tagen haben FRETILIN-Kämpfer den Feind angegriffen und 13 indonesische Soldaten getötet. Am 10. Juli überfielen sie die feindliche Stellung bei Bazartete und schalteten 21 indonesische Soldaten aus. Als am 12. Juli 1976 der Feind versuchte, das Dorf Ossu zurückzuerobern, leistete das Dorf mit FRETILIN-Kämpfern heftigen Widerstand. 37 indonesische Soldaten wurden getötet, viele andere verwundet. Der Feind wurde zum Rückzug gezwungen."

Schließlich berichtete der Minister über die Lage in der Hauptstadt Dili, die als einzige Stadt von den indonesischen Truppen besetzt gehalten wird. Dort seien in den Straßen nur indonesische Soldaten zu sehen. Die Zivilbevölkerung sei nicht zu sehen: „Hungersnot, Abscheulichkeiten, Plünderungen, Massaker und Brutalitäten sind in Dili an der Tagesordnung, viele Kinder und Babies sterben. Die Regierung in Djakarta tritt die Resolution des UNO-Sicherheitsrats mit Füßen und beleidigt die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen, weil sie das mißachtet, was in der Vollversammlung der Vereinten Nationen über Osttimor gesagt wurde." Diese Erklärung des Ministers der Republik Osttimor für Information und Sicherheit wurde von Radio Maubere, dem Sender der Demokratischen Republik Osttimor, verbreitet.

Erneut hat das Zentralkomitee der FRETILIN gegen die indonesische Invasion Stellung genommen. Seine zweite Plenartagung seit der indonesischen Invasion am 7. Dezember 1975 fand vom 15. Mai bis 2. Juni in der Demokratischen Republik Osttimor statt. In der Erklärung wird festgestellt, „daß nach sechs Monaten indonesischer Aggression der Widerstand des Volkes im ganzen Land wächst trotz weiterer Eskalation der feindlichen Operationen". Weiter erklärt das Zentralkomitee der FRETILIN:

„Das ZK weist nochmals die barbarische Aggression gegen Osttimor, ein unabhängiges und freies Land, zurück, es verlangt den bedingungslosen Abzug der indonesischen Streitkräfte aus unserem Territorium; es verlangt, daß die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates akzeptiert werden und daß das unbestrittene Recht des Volkes von Osttimor, seine eigene Zukunft zu bestimmen, respektiert wird; es versichert nochmals seine Entschlossenheit, das Volk von Osttimor in seinem Kampf für die nationale Befreiung gegen die Aggression durch das kolonialistische, faschistische Regime Indonesiens zu führen. (. . .)

Zu Beginn des zehnten Monats bewaffneten Kampfes, wo es nicht möglich ist, die Probleme am Konferenztisch zu lösen, ist es nötig, die Sprache der Waffen zu gebrauchen, um unsere Rechte zu erzwingen. Das in diesem Befreiungskrieg gestählte Volk von Osttimor hat Waffen in die Hand genommen, um seine Einheit zu verwirklichen.

Jede neue Eskalation der feindlichen Aktivitäten wird von dem Volk beantwortet, das sich immer mehr bewußt ist über die Gerechtigkeit seines Kampfes und die politische Linie, wie sie von seiner Vorhut festgelegt wird, dem ZK der FRETILIN. Aus jedem Schlag gegen den Feind erhebt sich trotz der Schwierigkeiten die Gewißheit unseres Sieges.

Unser Kampf im Dienste der Befreiung des Volkes von Osttimor trägt zur Befreiung aller Völker bei, weil es ein gerechter Kampf ist.

Der Sieg ist sicher. – Der Kampf geht weiter. – Vaterland oder Tod. – Wir werden siegen.

Gezeichnet: Nicolau dos Reis Lobato, Vizepräsident."

Ein Landrover für den ANC (African Nationalists)

stützung der palästinensischen Befreiungsfront PLO gesammelt sowie zahlreiche Medikamente. Die Soli-



Ein Kader der Nationalen Einheitsfront spricht zu den revolutionären Volksmassen. Das Volk von Kampuchea hat den US-Imperialismus besiegt und sein Marionettenregime gestürzt.

Erklärung der Botschaft der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Frankreich

Am 12. Juli 1976 haben die französischen Behörden die Botschaft der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Frankreich über die von ihnen getroffene Entscheidung informiert, ihrer Tätigkeit ein Ende zu setzen. Es handelt sich um einen neuen unfreundlichen Akt der französischen Behörden gegenüber dem Demokratischen Kampuchea und seinem Volk.

In der Vergangenheit während des Aggressionskrieges des amerikanischen Imperialismus standen die französischen Behörden von Anfang an bis zur Flucht der Amerikaner aus Phnom Penh auf der Seite der Feinde des kambodschanischen Volkes. Dabei haben sie mit dem Regime der Verräter, das von der Geschichte verurteilt worden ist, privilegierte Beziehungen unterhalten. Nach der Befreiung Kampucheas haben sie weiterhin den Verrätern Hilfe und Schutz gewährt und deren Aktivitäten gegen das Demokratische Kampuchea unterstützt. Zugleich haben sie die niederträchtigen Kampagnen gemeiner Verleumdungen und beispielloser Lügen gegen das neue Kampuchea ermutigt, wenn nicht aktiv angezettelt.

Das Demokratische Kampuchea, seiner Politik des Friedens, der Unabhängigkeit, der Neutralität und Blockfreiheit treu, mischt sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes ein, auch nicht in die Angelegenheiten Frankreichs. Es respektiert gewissenhaft das Prinzip, daß jedes Land souverän ist und das Recht hat, über seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung selber zu entscheiden. Aber das Demokratische Kampuchea widersetzt sich entschieden jeder Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, in welcher Form das auch immer geschieht.

In seinen Bemühungen gegenüber Frankreich war das Demokratische Kampuchea immer von gutem Willen durchdrungen, um freundschaftliche Beziehungen mit ihm zu entwickeln auf einer neuen Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und der Gleichberechtigung sowie der Nichteinmischung, und dementsprechend hat es gehandelt. Aber seine Bemühungen sind auf unfreundliche Akte von seiten der französischen Behörden und jener Kreise, die sie anstifteten, gestoßen.

Die Botschaft der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Frankreich legt großen Wert darauf, im Namen des Volkes von Kampuchea den herzlichen und tiefen Dank gegenüber dem französischen Volk und seinen demokratischen Organisationen zu erneuern, die dem kambodschanischen Volk immer ihre Sympathie und unvergängliche Unterstützung für seinen gerechten Kampf gegen die imperialistische Aggression und für seine Anstrengungen im Aufbau und der Verteidigung des Demokratischen Kampuchea gewährt haben. Die Botschaft ergreift diese Gelegenheit, um auch den zahlreichen französischen Freunden zu danken, die in der Vergangenheit wie in der Gegenwart keine Mühen gescheut haben, um mit dem Ziel zu arbeiten, zwischen unseren beiden Völkern eine wirkliche Freundschaft zu entwickeln, die auf der gegenseitigen und strikten Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der territorialen Integrität sowie der Gleichberechtigung und Gleichheit des gegenseitigen Nutzens beruht.

Paris, den 29. Juli 1976

spielloser Lügen gegen das neue Kampuchea ermutigt, wenn nicht aktiv angezettelt.

den und jener Kreise, die sie anstifteten, gestoßen.

Die Botschaft der Regierung des

Gleichheit des gegenseitigen Nutzens beruht.

Paris, den 29. Juli 1976

Ein Landrover für den ANC (African Nationalists)

Der African National Congress (African Nationalists) hat von den Spenden, die auf den Solidaritätsveranstaltungen anläßlich einer Rundreise einer Delegation des ANC (African Nationalists) gesammelt wurden, einen Landrover anschaffen können. Das geht aus dem Brief von Tami Bonga, Administrative Secretary des ANC (African Nationalists) an den KBW hervor, der im folgenden auszugsweise veröffentlicht wird:

„Mit diesem Brief bedanke ich mich bei euch dafür, daß ihr eine so erfolgreiche Rundreise mit unseren Genossen Ambrose Makiwane und Tony Setlhapelo im vergangenen Monat durchgeführt habt. Wir haben große Anerkennung für eure Bemühungen, besonders vor dem Hintergrund, daß etwa zur gleichen Zeit andere Rundreisen mit anderen Organisationen durchgeführt wurden. Es freut euch sicher zu erfahren, daß die gesammelten Gelder in Daressalam eingetroffen sind und wir uns einen Landrover kaufen konnten. Unsere Genossen müssen euch einen Eindruck verschafft haben von den sehr schwierigen Transportproblemen, denen wir gegenüberstehen, und es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die Anschaffung des Landrovers uns die notwendige Erleichterung geschaffen hat." Die Delegation des ANC (African Nationalists) sprach auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW auf fünf Veranstaltungen in der BRD: in Freiburg, in Frankfurt, in Münster, in Bremen und in Westberlin in der Zeit vom 14. bis 18. Juni.

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des palästinensischen Volkes

Darmstadt. Im Verlauf von Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des palästinensischen Volkes, die sich über zwei Wochen erstreckten, wurden insgesamt 2000 DM zur Unterstützung der palästinensischen Befreiungsfront PLO gesammelt sowie zahlreiche Medikamente. Die Solidaritätsaktionen wurden durchgeführt von einer Aktionseinheit, die auf Vorschlag der Generalunion Arabischer Studenten (GUAS) zustande kam und an der sich u.a. auch der KBW beteiligte. Die Forderungen der Aktionseinheit waren:

Es lebe die Einheit der nationalen libanesischen Bewegung und die palästinensische Revolution! Es lebe die palästinensische Revolution und die nationale libanesische Bewegung – Gegen jede Einmischung im Libanon! Sofortiger Abzug aller Truppen des syrischen Regimes aus dem Libanon! Soldarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung seines einzigen legitimen Vertreters, der PLO – Für ein demokratisches Palästina! Nieder mit allen Teilungsplänen – Für einen vereinten unabhängigen arabischen Libanon!

Freiburg. Eine Geldsammlung zur Unterstützung der PLO hat das Palästinakomitee Freiburg am Samstag in der Innenstadt durchgeführt. Große Wandzeitungen wurden aufgehängt, die mit Bildern die Lage der palästinensischen und libanesischen Massen, ihren Aufstand gegen die Imperialisten und die libanesische Bankierschique und den Terror der reaktionären Phalangesöldner zeigten. Dazu wurden Flugblätter verteilt und mit dem Megaphon Ansprachen gehalten. Es wurde über die aktuelle Lage im Libanon berichtet und über den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der palästinensischen Befreiungsfront PLO mit dem Ziel, sein von den Zionisten geraubtes Territorium zurückzuerobern und einen unabhängigen Staat Palästina zu errichten auf seinem nationalen Grund und Boden. Bei der Gelsammlung kamen 35,20 DM zusammen.

Bei ähnlichen Aktionen vor der Mensa und in der Stadt wurde letzte Woche vom Komitee über 225 DM gesammelt. – (gb)

Staatspräsident Idi Amin von Uganda:

‚Kenia und Uganda haben einen gemeinsamen Feind – das zionistische Israel und das Rassistenregime Vorsters'

Sudan und Ägypten wurden in der vergangenen Woche vom ugandischen Staatspräsidenten Idi Amin aufgefordert, zwischen Kenia und Uganda zu vermitteln. Die Arabische Liga hat beschlossen, daß ihre Mitgliedsländer Uganda mit Erdöl versorgen.

Uganda wird von den imperialistischen Erdölkonzernen und überhaupt von den internationalen Konzernen boykottiert. Der Lieferboykott der Konzerne ist Teil der Kampagne der Imperialisten gegen den ugandischen Staatspräsidenten Amin, dessen Sturz sie beabsichtigen, um in Uganda ein Marionettenregime zu errichten und einen Schlag gegen Afrika zu führen, das sich vollständig vom Imperialismus und Hegemonismus befreien will. Von der bürgerlichen Presse wird diese Kampagne durch üble Verleumdungen und gemeine Hetze gegen den ugandischen Staatspräsidenten unterstützt, um den Geist des Chauvinismus zu erzeugen und den Boden für eine militärische Intervention zu bereiten. Ein Beispiel (vgl. auch KVZ Nr. 30):

Am 27. Juli berichtet die „Süddeutsche Zeitung", Amin sei aus Uganda geflohen. Die Zeitung widerruft dann am nächsten Tag ihre Meldung mit einer neuen Verleumdung: „Amin, der in den fünf Jahren seiner Herrschaft einen gesunden Überlebensinstinkt bewiesen und mehrfach bei Attentatsversuchen Glück gehabt hat, verbringt kaum zwei Nächte in der gleichen Unterkunft und hat keinen festen Terminplan. Selbst seine engsten Mitarbeiter und Stabsoffiziere wissen nicht, wo sich der Präsident aufhält."

Zwischen den Nachbarländern Kenia und Uganda haben die Imperialisten Streit angezettelt und schüren den Gegensatz zwischen diesen Ländern nach Kräften, damit es zum Krieg kommt. Großbritannien hat letzte Woche die diplomatischen Beziehungen zu Uganda abgebrochen. Den größten Teil seiner Staatsbürger hat es veranlaßt, Uganda zu verlassen, was als unverhohlene Kriegsdrohung verstanden werden muß. In all diesen Aktionen findet die Kampagne der Imperialisten zum Sturz des ugandischen Staatspräsidenten ihren Ausdruck.

Der Beschluß der Arabischen Liga dagegen sowie die Vermittlung zwischen Kenia und Uganda durch afrikanische Staaten sind gegen diese Machenschaften des Imperialismus gerichtet. Sie dienen dem Zusammenschluß der afrikanischen Länder gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus. Präsident Amin hat nach einem Bericht von Radio Kampala am 20. Juli gegenüber den Botschaftern der arabischen Staaten erklärt, daß „wir in Uganda Präsident Kenyatta und alle Kenianer als unsere Brüder und Schwestern betrachteten. (. . .) Was auch zwischen Uganda und Kenia geschehen sei, gehe vorüber und sei nun eine vergangene Geschichte."

Weiter stellte er gegenüber den Botschaftern fest:

„. . . daß er nichts unternehmen werde, um Afrika in den Augen der Weltgemeinschaft bloßzustellen. Er sagte, er wisse sehr wohl, daß jedes Mißverständnis zwischen Kenia und Uganda schädlich sei . . . und daß er keine Invasion . . . beabsichtige und die ugandische Armee niemals einen Zentimeter auf kenianisches Territorium vordringen werde. Er verwies darauf, daß jedes Land eine Armee zur Verteidigung seines Volkes und Eigentums besitze, jedoch nicht zum Angriff auf andere Länder. Uganda werde nie ein Land angreifen und nur im Falle einer Invasion kämpfen, wie damals, als die israelischen Kommandos den Flughafen von Entebbe überfielen. Er sagte, Kenia und Uganda hätten einen gemeinsamen Feind, das zionistische Israel und das rassistische Minderheitsregime in Südafrika.

Zu dem kenianischen Embargo für unsere Importe und Exporte, insbesondere Treibstoff, sagte der Feldmarschall, Kenia handele unter Druck der britischen und amerikanischen Imperialisten und zionistischen Israelis. Er wies jedoch darauf hin, daß davon nicht nur die Bevölkerung Ugandas, sondern auch Zaires, Ruandas und des Sudan betroffen sei. Der Präsident sagte, er kenne Mzee Kenyatta als einen revolutionären Führer, dessen Land zehn Jahre lang um die Unabhängigkeit kämpfte. Er sagte, er sei sicher, daß Präsident Kenyatta Mitleid mit jenen Völkern habe, nicht nur mit den Ugandern, sondern auch mit den Menschen in Zaire, Ruanda und im Sudan, die unter dem Embargo litten und eigentlich Präsident Kenyattas Kinder seien, denn er sei der älteste Führer in Afrika. Der Feldmarschall bemerkte, man wisse, daß Uganda Kenia weder Geld für Treibstoff, noch für andere Güter schulde, und wenn Kenia von uns Geld verlange, seien wir bereit, bar zu zahlen, denn wir hätten das Geld und Uganda ist ein friedliebendes Land. Präsident Amin appellierte an alle friedliebenden Führer in Afrika und der arabischen Welt, dazu beizutragen, Mzee Kenyatta zum Verständnis der Lage zu bewegen . . ."

KB Nord

Neue Variante der Vaterlandsverteidigung in Sicht!

Der KB Nord hat es bekanntlich vermieden, seine politischen Anschauungen in einem Programm zusammenzufassen, genauso wie es der führende Kreis dieser Organisation vermieden hat, seine Führungsposition innerhalb dieser Organisation durch etwas so Überholtes wie Wahl der Leitungen zu gefährden. Bisher konnte man das Godesberger Programm der SPD als im wesentlichen für die Politik dieser Organisation gültig nehmen. Vor vier Jahren hatte der „Arbeiterkampf – Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes“ zur Wahl der SPD aufgerufen. Damals wurde der imperialistische Chauvinismus der SPD als eine günstige Kampfbedingung propagiert. Nachdem sich dieser imperialistische Chauvinismus jetzt weitere vier Jahre entfaltet hat, ist der fernere Anschluß an das Godesberger Programm nur noch durch direkten Anschluß an die SPD möglich, das bedeutet Aufgabe der Sonderexistenz als Bund, und das kommt nicht in Frage. Es entstehen also programmatische Schwierigkeiten. Der KB Nord und die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ suchen also Anschluß. Dazu suchen sie die „Diskussion mit der westdeutschen Linken“, die sie für eine Angelegenheit wie den „Ball der einsamen Herzen“ empfinden.

Bei diesem Tanztee ist der „Arbeiterkampf“ sogar so weit gegangen, unserer Organisation ein Angebot zu machen. Er hat gedroht, eine Wahlempfehlung für uns auszusprechen. Wir haben diesen Leuten in KVZ Nr. 23 vom 10.6.76 höflich zu verstehen gegeben, daß wir mehr an einer Vernichtung imperialistischen Gedankengutes interessiert sind als an einem kuscheligen Beisammensein der „Linken“ bei Duldung imperialistischer Ideologie.

Seitdem redet die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ vom „Niedergang“ des KBW und von einer Austrittswelle. Besonders dreiste Bourgeoisdirnen pflegen jeden, der es nicht mit ihnen treiben will, der Impotenz zu verdächtigen.

„Die gesamte politisch-ideologische Linie, mit der der KBW in den vergangenen Jahren zeitweise einen relativ breiten Einfluß erreichen konnte, steht bei seinem jetzigen Zusammenbruch überhaupt nicht zur Diskussion. Zweifellos wäre es für die demokratische Bewegung unseres Landes im allgemeinen und für die kommunistische Bewegung insbesondere fruchtbarer und nützlicher gewesen, wenn der Niedergang des KBW an Hand seiner **zentralen** politisch-ideologischen Position erfolgt wäre.“ (Arbeiterkampf 85)

Diese nachdenkliche Beschreibung unseres Niedergangs steht unter der Überschrift:

„Angola – ‚Stalingrad' des KBW“.

Niedergangs steht unter der Überschrift:

„Angola – ‚Stalingrad' des KBW“.

Diejenigen Mitglieder unserer Organisation, die durch Beschluß genötigt sind, den Arbeiterkampf zu lesen, sind über diese Schlagzeile in philosophische Spekulation getrieben worden. Denn: Von einem revolutionären oder auch nur geringfügig fortschrittlichen Standpunkt aus denkt man bei „Stalingrad“ an einen Sieg. Was meint der „Arbeiterkampf“ also? Wir sind weit entfernt, den ideologischen Fortschritt und die Klärung der Rolle der sozialimperialistischen Sowjetunion, die tatsächlich über die Angola-Frage in der revolutionären Weltbewegung einen mächtigen Fortschritt gemacht hat, als unser Verdienst zu betrachten. Auch ist dieser Fortschritt noch umkämpft, wie auch Stalingrad viele Monate umkämpft war. Man kann also der Folgerung des „Arbeiterkampf“ „Angola gleich Stalingrad“ zustimmen, was ganz selten vorkommt. Aber wahrscheinlich beruht das Ganze doch bloß auf einer Verwechslung, und der „Arbeiterkampf“-Redakteur kriegt bei Stalingrad bloß in den Kopf, „daß wir da gehörig eins draufgekriegt haben“. Nationales Denken ist diesen Leuten so fremd denn auch wieder nicht. Aber, wer erst mal in der Redaktion des „Arbeiterkampf“ ist, kann sich hernach alles leisten.

„Leute wie die KBW Führer, die ihre Eigenkandidatur ohne jede Diskussion nach innen und außen als einsamen Entschluß präsentierten . . .“ So umreißt der „Arbeiterkampf“ das Zustandkommen des Beschlusses, daß sich der KBW mit eigenen Kandidaten an den Bundestagswahlen beteiligen wird. (Siehe unsere Broschüre: „Materialien zur Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands, Dokumente zu dem Gespräch zwischen KBW, KABD, Gruppe Rote Fahne (KPD) und Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) in Mannheim am 14.2.1976 über die Beteiligung an den Bundestagswahlen“ und „1. a.o. Delegiertenkonferenz des KBW, Mannheim 27. März 1976“) Immerhin, bevor die erste außerordentliche Delegiertenkonferenz diesen Beschluß gefaßt hat, gab es in allen Einheiten der Organisation nicht nur „Diskussion“, sondern auch Wahlen von Delegierten zu den örtlichen Delegiertenkonferenzen, und diese wiederum haben ebenfalls nicht nur diskutiert, sondern die Delegierten für die zentrale Delegiertenkonferenz gewählt. Diese Form der „Einsamkeit“ nennt man unter Revolutionären demokratischen Zentralismus. Wenn eine Leitung falsche Politik macht, kann sie der demokratische Zentralismus beseitigen.

„Auf der anderen Seite ist das Desinteresse an einer Wahldiskussion Ausdruck der Tatsache, daß sich größere Teile der ‚Linken' (speziell DKP und KBW) in ihre Organisationen eingebunden haben, die automatisch das Denken für ihre Mitglieder erledigen.“

Diese reaktionäre Paukerweisheit über den demokratischen Zentralismus und Parteiorganisation Leninscher Prägung kann man aus jedem imperialistischen Geschichtsbuch für das Gymnasium abschreiben. Wer will, kann sich den „Arbeiterkampf“ kaufen, um sie dort nachgedruckt zu finden. Der besondere Reiz dieser Zeitung mag darin bestehen, daß bürgerliches Gedankengut unter der Überschrift „kommunistisch“ anzutreffen ist. Wie hingegen führt der „Arbeiterkampf“ die Diskussion?

„In der Hamburger Ortsgruppe ist, nachdem in der ersten Diskussion diese Frage (Eigenkandidatur) offengelassen worden war, inzwischen die Mehrheitsmeinung ganz klar für eine Eigenkandidatur unserer Organisation.“

So, so, „ganz klar“. Eine „Meinung“ ist „ganz klar“. Auf deutsch, niemand hatte etwas zu entscheiden und die Möglichkeit, diese Entscheidung durchzusetzen. So ist es auch ohne weiteres möglich, daß diese Eigenkandidatur nicht stattfinden wird. Nachdem die „Meinung für Eigenkandidatur“ ganz klar ist, aber auch „ganz klar“, daß sie nicht stattfinden wird, läßt die „Arbeiterkampf“-Redaktion nebenbei „mehrere Genossen“ zu Wort kommen, die „so diskutieren“:

„daß wir also in Hamburg durch Eigenkandidatur gut und gern unsere 10000 Wahlstimmen (ist gleich ein Prozent) zusammenbrächten . . .“

Diese Einschätzung der Mitglieder des KB Nord über ihre Organisation bildet den Grund dafür, daß „LG des Kommunistischen Bundes und AK Redaktion“ „ganz klar“ sehen, welchen Schaden eine solche Eigenkandidatur ausrichten würde. Sie sind nicht töricht genug zu glauben, daß sie in Hamburg das Stimmenergebnis der KPD/ML von den Senatswahlen erreichen könnten. Daher ist die Nichtbeteiligung „ganz klar“ und „goldrichtig“.

„. . . wollen vor allem langfristig an der Ausarbeitung unseres nach wie vor richtigen Ansatzes einer gemeinsamen Politik der Linken zu bestimmten wichtigen Ereignissen weiterarbeiten und in der Öffentlichkeit daran auch weiter und verschärft die politische Auseinandersetzung führen. Wir wollen diesen goldrichtigen Weg nicht um das Linsengericht eines hübscheren Wahl-Abschneidens in einigen Städten verlassen.“

Die Bewohner der „einigen Städte“, die ausersehen waren, im Falle einer eigenen Kandidatur des KB Nord als „Linsengericht“ verspeist zu werden, müssen gewarnt werden.

„Außer in Hamburg wurde die Frage einer Eigenkandidatur auch in Göttingen, Flensburg, Kiel und Lübeck mehr oder weniger massiv diskutiert.“

Kiel und Lübeck mehr oder weniger massiv diskutiert.“

Mehr oder weniger massiv, jedenfalls nicht massiv genug, um Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes und Redaktion des „Arbeiterkampf“ zu beeindrucken. Um die politische Linie ging es dabei ohnehin nicht. Abseits praktischer Festlegungen ist man jedoch inzwischen mit der „weiteren und verschärften Auseinandersetzung“ zur Herstellung einer „gemeinsamen Politik der Linken bei bestimmten und wichtigen Ereignissen“ vorangekommen.

Am 27./28.6. fand in Puerto Rico ein Treffen der Häupter des imperialistischen Lagers statt. Es war das zweite dieses Typs. Dabei waren auf Einladung von Ford aus den USA Schmidt BRD, Giscard Frankreich, Moro Italien, Miki Japan, Callaghan Großbritannien.

Am 24.6. schrieb dazu die KVZ: „Der Gipfel war nicht angesetzt worden, um Cocktails zu schlürfen, sondern um auf die italienischen Wahlen zu reagieren“, und weiterhin stellten wir in diesem Artikel fest, daß es bei diesem Treffen darum ging, eine „Intervention vor allem bei einer Niederlage der Christdemokraten“ abzusprechen.

Am 12.7.76 veröffentlichte der SSB (Sozialistischer Studentenbund, Studentenorganisation des KB Nord) das nebenstehend faksimilierte Flugblatt. Die programmatischen Impulse für den KB Nord gehen von der Hamburger Universität aus, wo die DKP-Revisionisten stark sind. Weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß die Gedankenbewegung im SSB über kurz oder lang den Kurs des KB Nord und seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf“ bestimmen, erlauben wir uns, dieses Flugblatt als ein programmatisches Dokument zu verhandeln. Wir bitten unseren Leser, es aufmerksam durchzusehen.

Über dieses Flugblatt kann man eine längere Abhandlung schreiben. Das überlassen wir der Zeitschrift „Arbeiterkampf“, falls sie sich dazu aufrafft, dieses Flugblatt zu rechtfertigen. Von Interesse ist das Post Scriptum, denn es enthält die neue Richtung.

Die KB Nord-Studenten begrüßen es also als eine „Erklärung gegen die Unterdrückung in der BRD“, falls die UdSSR im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU „Erdgaslieferungen einstellt“ und „Wirtschaftsbeziehungen einfriert“. Sie meinen offensichtlich, daß man hier in der BRD eine Politik machen muß, mit der die russischen Sozialimperialisten auf jeden Fall einverstanden sind; sie bedauern ausdrücklich, daß die russischen Sozialimperialisten nur mit papierenen Erklärungen ihre Interessen verfolgen.

Jemandem, dem bei dem Wort „Stalingrad“ sofort der Gedanke an eine Niederlage kommt, der also tief in die Tradition des deutschen Imperialismus eingebettet denkt, dem mögen auch die wenigen Fälle, in denen die deutsche Bourgeoisie keine Hiebe gekriegt hat, als „Sieg“ in angenehmer Erinnerung sein. Und tatsächlich, angesichts der Weltlage kann man auf die Idee kommen, daß ein Arrangement mit den russischen Sozialimperialisten auch ganz günstig wäre.

Man sieht es doch. Während das NATO-treue Portugal aus Angola hinausgeworfen werden konnte, sitzt Kuba heute mit rund 15 oder 20 tausend Mann dort. Das ist immerhin eine Präsenz, die bei 6 Millionen Einwohnern Angolas ziemlich in den Größenumfang der Kampftruppen gerät,

die bei 6 Millionen Einwohnern Angolas ziemlich in den Größenumfang der Kampftruppen gerät,

die die BRD-Imperialisten in der BRD unterhalten. Obwohl Kuba in ziemlichem Umfang vom Sozialimperialismus abhängig ist, hat es Kuba gut, wenn man es durch die imperialistische Brille betrachtet.

Diese günstige Chance wird, so bedauern die KB Nord-Studenten, von der westdeutschen Presse nicht erkannt, welche die nützlichen Ratschläge von TASS als „Drohung aus dem Osten“ hochstilisiert.

Wir haben es in den letzten Jahren erleben müssen, daß einige Leute sofort überdrehten, als nun wirklich unübersehbar geworden war, daß die UdSSR eine sozialimperialistische Macht geworden ist. Sofort wurden von gewissen Leuten die Ziele der Arbeiterklasse über Bord geworfen, der imperialistische Charakter der westdeutschen Bourgeoisie genauso vergessen wie der imperialistische Charakter des USA-Imperialismus.

Kaum daß man von gewissen, ersten, imperialistischen Erfolgen der UdSSR sprechen kann, wie sie diesen Sozialimperialisten in Angola vorübergehend gelangen, gibt es welche, die davon vollständig besoffen werden und die Möglichkeit für ein brüderliches Geschäft wittern.

Eine beliebte KB Nord-Parole ist, daß sich ganz Afrika auf dem Wege der MPLA befreien müßte. Afrika hat rund 400 Millionen Einwohner. Auf dem Wege der MPLA würden mithin mehrere Hunderttausend Mann auswärtiger Truppen gebraucht. Da dürfen „wir“ doch nicht fehlen?

Schon vor vier Jahren sind die KB Nord Leute als die größten Vaterlandsverteidiger aufgetreten, denn in der damaligen revolutionären Bewegung waren sie fast die einzigen, die zur Wahl der SPD aufgerufen haben und die sich nicht zu schlecht waren, damit dem Imperialismus eine

schlecht waren, damit dem Imperialismus eine

Legitimation zu verschaffen, die weit über die Stimmenzahl hinausgeht, die sie „locker“ machen konnten.

Ihnen gebührt jetzt das Verdienst, die passende Außenpolitik für diese imperialistische Linie entwickelt zu haben. Eine Appeasement-Politik an die UdSSR, auf lange Sicht ein Bündnis mit der UdSSR.

Das ist auch der Grund für die große Leidenschaft, die die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ in der Angola-Frage an den Tag legt. In dem vorhin erwähnten Aufsatz bezeichnet der „Arbeiterkampf“ die Angola-Frage als eine zweitrangige Frage. Diese Leute spüren dumpf, daß in der heutigen revolutionären Bewegung man sich mit solch einer imperialistischen Politik nicht halten kann.

Schließlich gibt es viele Revolutionäre, die sich daran erinnern, daß es nicht leicht war, den imperialistischen Charakter der USA zu durchschauen. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch ausgezeichnet daran, wie man ihm erzählte, die USA seien weltweit der Garant der Freiheit. Er erinnert sich auch daran, daß er es geglaubt hat. So gibt es viele. Deswegen geht der Lack von der UdSSR auch viel schneller ab, als er von den USA-Imperialisten abgekratzt werden konnte. – (mf)

Nehmn wir mal an, ...

die Regierung der UdSSR erkläre, daß sie im Falle eines Wahlsiegs der CDU/CSU am 3.Oktober alle Erdgaslieferungen in die BRD einstellen und die Wirtschaftsbeziehungen einfrieren werde. Sie begründe dieses Vorgehen damit, daß die CDU/CSU nicht müde wird, gegen die osteuropäischen Länder, insbesondere die Sowjetunion und die DDR zu hetzen und eine stärkere Aufrüstung zu fordern. Weiterhin habe die CDU durch einen ihrer Häuptlinge, Dregger, erst jüngst "in Erwägung gezogen", die DKP zu verbieten und damit den Abbau demokratischer Rechte in der BRD weiter voranzutreiben. Eine CDU/CSU-Regierung würde den Frieden in Europa und der Welt noch stärker gefährden und daher könne die Sowjetunion dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen.

Nehmen wir ferner an, die WELT erhalte durch "gezielte Indiskretion" Kenntnis von einer solchen Erklärung Breschnews auf einem Gipfeltreffen in -sagen wir- Havanna.

Wären da nicht die Titelseiten aller westdeutschen bürgerlichen Zeitungen von WELT bis FR voll des Protests gegen die "flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD"? Wären da nicht alle westdeutschen Politiker "einmütig" der Meinung, diese "Großmachtpolitiker" der SU müßten eine "scharfe Antwort" erhalten, man müsse mit Repressionen drohen etc.?
Würde da nicht sofort wieder von der Bedrohung "aus dem Osten" geredet und geschrieben?

Was aber ist, wenn Schmidt sich in weit arroganterer Manier zum Herren der italienischen Innenpolitik aufspielt, wenn erklärtermaßen die Häuptlinge der westlichen Industriestaaten erklären, Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI keine Wirtschaftshilfe mehr geben zu wollen?
Was ist, wenn hier jemand aufsteht und sagt, das sei Großmachtpolitik und die BRD gefährde die Souveränität Italiens und die SPD achten den "Wählerwillen" in Italien nicht?
Was ist, wenn wir sagen, die SPD versuche, ihr "Modell Deutschland" auf Italien zu übertragen, indem der gleiche harte Antikommunismus, Extremistenerlasse, Berufsverbote etc. auch für Italien gefordert wird?
Und was ist der"Protest"der Jusos gegen Schmidts Politik gegen das Geschrei, das die gleichen Jusos im Falle der Annahme oben erhoben hätten?

LEST DEN ARBEITERKAMPF U.A. MIT FOLGENDEN ARTIKELN:

'MODELL DEUTSCHLAND' - SPD-Wahlkampf, chauvinistisch und verlegen
BRRR-IGITT-ÄH -Aktion "Wählt Frauen", Wahlkampf einer bürgerlichen Frauenzeitschrift
LIBANON: Blutige Abwehrschlacht gegen Faschisten und syrische Invasion
PORTUGAL: Auswertung der Präsidentenwahlergebnisse (der '25.April'lebt)
Zum 200.Geburtstag der USA: Massenelend in den USA
und vieles andere mehr.....darum unbedingt selbst lesen!

PS: Zur obigen Annahme: so sehr wir jede Erklärung gegen die Unterdrückung in der BRD begrüßen, glauben wir doch nicht, daß die UdSSR wirklich jemals wirtschaftliche Sanktionen gegen die BRD auch nur in Erwägung ziehen wird. Es wird wohl bei TASS-Erklärungen bleiben, was aber die westdeutsche Presse nicht daran hindern wird, diese zur "Gefahr aus dem Osten" hochzustilisieren!

Hrsg: SSB, V.i.S.d.P. HwEckhoff, p.A. SSB, Schlüterstr. 4, 2 HH 13/22.7.76



Die Arbeiterklasse kämpft gegen die Wiedererrichtung der imperialistischen Staatsmacht der Monopolbourgeoisie in Westdeutschland. Massenkundgebung 1952 gegen das Betriebsverfassungsgesetz in Frankfurt.

Der Kampf gegen das KPD-Verbot

Im April 1976 ließ der Kaufhauskapitalist Schneider in Freiburg folgende Aussage gerichtlich verbieten:

„Wir sind für die Durchsetzung der 135 DM-Lohnerhöhung – notfalls mit Kampfmaßnahmen –, um der Senkung unseres Lebensstandards entgegenzutreten. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter ausgebeutet werden, und wer sich überlegt, daß wir 40 Jahre arbeiten, am Schluß nichts als ruinierte Nerven haben, der Unternehmer aber reich geworden ist von unserer Arbeit, der wird uns zustimmen." Das Gericht erklärte auch die Entlassung der beiden Beschäftigten, die diese Aussage gemacht hatten, für rechtsgültig.

Die Behauptung der Tatsache, daß die Arbeiter ausgebeutet werden, ist in der Bundesrepublik verboten. Das hat die westdeutsche Bourgeoisie durch das Bundesverfassungsgericht 1956 im KPD-Verbotsurteil verfügt. Dort heißt es:

„Die freiheitlich demokratische Grundordnung lehnt es ab, den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmer als solchen der Ausbeutung zu bezeichnen."

Dieser Satz aus dem Urteil ist wohl zugleich die kürzeste Zusammenfassung des politischen Zwecks, den die Bourgeoisie mit dem KPD-Verbot erreichen wollte. „Die freiheitlich demokratische Grundordnung", so nennt die Bourgeoisie ihren Staat, sein Zweck ist die Aufrechterhaltung der Ausbeutung, der Zweck des KPD-Verbots ist es, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verfolgen und zu unterdrücken, ja schon die Äußerung der Tatsache der Ausbeutung unter Strafe zu stellen.

Mit dem KPD-Verbot will die Bourgeoisie nichts weniger Umfassendes als die proletarische Revolution verbieten, die objektiv aus den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen folgt. Weil dies so ist, muß sie vor allem die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, die den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Staatsmacht und für die Beseitigung der Ausbeutung führt, verbieten und nach Möglichkeit zerschlagen.

Die Klassenkämpfe der Arbeiterklasse richteten sich gegen die Wiederherstellung der imperialistischen Staatsmacht der Monopolbourgeoisie

Als die Adenauer-Regierung 1951 den Antrag auf Verbot der KPD stellte, war die deutsche Monopolbourgeoisie dabei, zielbewußt ihre imperialistische Staatsmacht wieder aufzurichten. Sie konnte dies, weil die imperialistischen Westmächte ein Interesse daran hatten, eine imperialistische Front gegen die sozialistische Sowjetunion zu errichten. Die Spaltung der deutschen Nation und die Errichtung eines separaten deutschen Weststaates waren die Voraussetzungen dazu. 1950 wurde enthüllt, daß die US-Regierung von Anfang an auf die Spaltung Deutschlands hingearbeitet hatte. In einer Geheimdirektive (bezeichnet mit ICS 1067) für General Eisenhower hatte Präsident Truman am 26. April 1945 festgelegt:

„Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten." (vgl. Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, Seite 6) Die Geheimdirektive trug auch die Unterschrift des späteren Hochkommissars McCloy. Auf der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 wurden die Vorschläge der Sowjetunion:

1. sofortige Schaffung von Zentralverwaltungen,
2. Bildung eines deutschen Konsultativrates zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung und
3. Vorbereitung eines Friedensvertrages für Deutschland im Laufe von zwei Monaten zurückgewiesen.

Stattdessen beschlossen die Westalliierten die Londoner Empfehlungen, die unter anderem die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, des Parlamentarischen Rates, für die Westzonen festlegten. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bekam die Bourgeoisie die Möglichkeit, den eigenen Unterdrückungsapparat aufzubauen. Die Vorbehalte des Besatzungsstatuts hatten keinen anderen Inhalt, als zu gewährleisten, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft nur im Rahmen des Bündnisses mit dem US-Imperialismus wieder aufrichten durfte.

Gegen die Wiederaufrichtung der Herrschaft der imperialistischen Monopolbourgeoisie führte die Arbeiterklasse den Klassenkampf. Die Kapitalisten wurden, soweit sie nicht im Gefängnis saßen, aus den Fabriken und Büros vertrieben, die Betriebsräte organisierten die Produktion. Auch als die Besatzungsmächte Stück für Stück die Macht der Monopolherren wiederherstellten, wurde der Widerstand fortgesetzt. Die Arbeiterklasse kämpfte für die Sozialisierung der Schlüsselindustrie, sie kämpfte gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes, mit dem die Betriebsräte an die Interessen der Monopolherren gebunden werden sollten. Die KPD war die führende Kraft in diesen Kämpfen. Als sie 1951 die Volksbefragung gegen die Pläne zur Wiederaufrüstung initiierte, reagierte das Adenauer-Regime mit dem Verbotsantrag gegen die KPD. Die Volksbefragung wurde verboten, alle Organisationen, Komitees und Ausschüsse, die sich an der Volksbefragung beteiligten, wurden sofort verboten, darunter die kommunistische Jugendorganisation FDJ. Die Volksbefragung wurde dennoch trotz Verbot durchgeführt. Bis zum Abschluß der Aktion im März 1952 wurden 71 712 Volksbefragungsaktionen durchgeführt, an denen sich 9 119 667 Männer, Frauen und Jugendliche beteiligten und unmißverständlich sich gegen die Remilitarisierung aussprachen. (Vergl. Arbeitshefte 3, S.24)

Schon im Jahr zuvor hatte die Adenauer-Regierung mit der Säuberung des öffentlichen Dienstes die Illegalisierung revolutionärer und aller auf Wiedervereinigung gerichteten Bestrebungen begonnen. Das KPD-Verbotsurteil, das erst 1956 verkündet wurde, nachdem in den Jahren zuvor die KPD als legale Organisation schon mit allen Mitteln staatlicher Verfolgung unterdrückt war, soll sowohl die Organisierung des revolutionären Proletariats als Partei wie auch jeden Widerstand gegen den Wiederaufbau der imperialistischen Staatsmacht und deren imperialistische Ziele verhindern.

Der KPD-Verbotsantrag der Bundesregierung

In der Begründung des Verbotsantrages der Bundesregierung heißt es:

„Der Feldzug der inneren Aggression gegen die Bundesrepublik zerfällt in Aktionen verschiedenster Art, die teilweise nur taktische Erfolge erzielen sollen, wie beispielsweise der z.Z. laufende wilde Hafenarbeiterstreik in Hamburg. Als schwerster Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik und die freiheitlich demokratische Grundordnung ist die sogenannte Volksbefragungsaktion in Westdeutschland anzusehen" (...) „Die Volksbefragungsaktion richtet sich einseitig gegen Verteidigungsmaßnahmen, welche in den westeuropäischen Ländern durchgeführt und in der Bundesrepublik erwogen werden."

„Die Entschließung des Parteitages von 1951 der KPD enthält eine Darstellung der ‚gegenwärtigen Lage' und der ‚Aufgaben der KPD', die sich mit den Anweisungen der SED zum Angriffsplan vollkommen deckt. Aus dieser Entschließung ... ergibt sich, daß das Schwergewicht der Agitation der KPD neben der fortgeführten Propaganda für die Einheit Deutschlands und die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze auf das Schlagwort von der ‚Remilitarisierung Deutschlands' gelegt wird ... Die Entschließung stellt das natürliche Recht des deutschen Volkes fest, die ‚Herstellung der Einheit Deutschlands ... in die eigenen Hände zu nehmen' ..."

„Damit hat die KPD den aktuellen Angriffsplan der DDR zur Grundlage ihres Verhaltens gemacht."

Mit dieser Verbotsbegründung der Bundesregierung beweist die Bourgeoisie selbst, daß Volkssouveränität mit ihrer Herrschaft unvereinbar ist. Es verstößt gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung", wenn das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nimmt, schon wenn es selbständig eine Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung durchführt.

Das „natürliche Recht des deutschen Volkes, die Herstellung der Einheit Deutschlands in die eigenen Hände zu nehmen", das hätte den Sturz der Monopolbourgeoisie vorausgesetzt, für die die Wiedervereinigung nur als gewaltsame Eingliederung der DDR unter ihre Herrschaft denkbar war.

In ihrem Verbotsantrag führte die Bundesregierung den Hauptangriff gegen die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus und das notwendige Ziel der revolutionären Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, und stellt fest, daß sie mit der Herrschaft der Bourgeoisie, mit der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" unvereinbar sei. Sie schreibt:

„Das Mittel zur Erlangung dieser Machtposition ist nach jener Staatslehre die Revolution, die in der jeweils geeignet erscheinenden Weise gegen Gesetz und Recht vorbereitet wird ...

Die Bundesregierung sieht zwar keine Veranlassung, sich mit der vom deutschen Volke eindeutig abgelehnten (marxistisch-leninistisch-stalinistischen) ‚Revolutionären Theorie' auseinanderzusetzen, erachtet es aber als ihre Pflicht, in der Bundesrepublik keine Ausübung dieser Theorie in der ‚revolutionären Praxis' zu dulden. Die Ausübung dieser Theorie in der ‚revolutionären Praxis' bedeutet nämlich die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Bundesgebiet. Sie gefährdet außerdem den Bestand der Bundesrepublik Deutschland."

Die KPD hat darauf durch ihren Vorsitzenden Max Reimann auf einer Pressekonferenz in Bonn am 26.11.1951 geantwortet:

„Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse oder anders ausgedrückt, die Diktatur des Proletariats, ist in ihrem Wesen und Inhalt weit demokratischer als andere Herrschafts- und Staatssysteme, da in ihr die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten des Volkes über eine kleine Schicht früherer Ausbeuter regiert, während in den sogenannten bürgerlichen Demokratien die Herren der Banken und Monopole die wirklich Herrschenden sind und die große Masse des Volkes unterdrücken."

Die Zugeständnisse im Kampf gegen das KPD-Verbot haben nichts genützt, sondern zersetzend gewirkt und dem Revisionismus den Weg bereitet. Max Reimann ist heute Mitglied im Präsidium der DKP. Zum 20. Jahrestag des KPD-Verbots erklärte er:

„Die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots soll vor allem wie ein Damokles-Schwert wirken, das ständig über der DKP schwebt. Seit Gründung der DKP im September 1968 wird durch amtliche Stellen, durch die bürgerlichen Medien mit den verschiedensten Begründungen die DKP in Zusammenhang mit der verbotenen KPD gebracht und als deren Nachfolgeorganisation abgestempelt." (UZ, 30.7.76)

Mit diesem Interview stellt Max Reimann heute fest, daß die DKP mit den revolutionären Zielen der KPD nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will. Das KPD-Verbot soll die Revolution unterdrücken und in den Reihen der Revolutionäre zersetzend wirken. Es hat bewirkt, daß solche Leute wie Max Reimann auf die Seite der Bourgeoisie übergewechselt sind. Diese Revisionisten sind gefährlich, weil sie sich als Vertreter der Arbeiterklasse ausgeben, um die Interessen der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu verkaufen. Kampf gegen das KPD-Verbot muß heute heißen Kampf für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Der Kommunismus läßt sich nicht unterdrücken, weil er die wirkliche Bewegung der Geschichte ist, die Aufhebung der Ausbeutung durch die proletarische Revolution.

„Wenn es der Bourgeoisie mit dem Verbot der KPD weitgehend gelungen ist, die KPD vollends als revolutionäre Kraft im Kampf gegen die Restauration der imperialistischen Herrschaft auszuschalten und zu zerschlagen, so lag das daran, daß das Verbot als äußere Ursache die revisionistische Entartung der KPD erleichterte, die aber im wesentlichen innere Ursachen hatte. Sie sind im Opportunismus zu suchen und in einer Anpassung an die existierende demokratische Bewegung, die, wie Stalin gesagt hatte, von sich aus keine weitergehenden Ziele hatte. Die revisionistische Entartung der KPD, erleichtert und beschleunigt durch die Schläge der Bourgeoisie, verschaffte der Bourgeoisie auf Jahre hinaus Luft und war die Ursache dafür, daß dem Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung mit der Krise 1966/67 und danach zunächst weitgehend eine revolutionäre Führung fehlte und auf jeden Fall eine marxistisch-leninistische Führung, die sich in der Zeit der heftigsten Reaktion in der Illegalität gestählt hätte und in der Lage gewesen wäre, die Massen in den neu aufbrechenden Kämpfen zu führen."

„Im wesentlichen ging es der Bourgeoisie mit dem Verbotsurteil gegen die KPD darum, den Marxismus-Leninismus als revolutionäre Wissenschaft des Proletariats, die ohne Verbindung mit der Praxis aufhört, revolutionäre Wissenschaft zu sein, grundsätzlich unter Verbot zu stellen, nachdem sie durch Strafgesetzbuch sich bereits ausreichend Mittel geschaffen hatte, um jede Handlung, die sich irgendwie gegen die Interessen der Bourgeoisie richtet, mit Gefängnis zu verfolgen. Daß es ein vergebliches Unterfangen der Bourgeoisie ist, den Marxismus-Leninismus verbieten zu wollen, hat die Entstehung einer neuen marxistisch-leninistischen Bewegung bewiesen. Aber Zeit hat die Bourgeoisie durch ihre Siege in den fünfziger Jahren zweifellos gewonnen. Wir dürfen ihr solche Siege auf keinen Fall noch einmal gestatten. Es ist notwendig, einen entschiedenen Kampf gegen das KPD-Verbot zu führen, weil es die zusammenfassende juristische und politische Maßnahme der Bourgeoisie in der Unterdrückung des Rechts auf Revolution und der Wissenschaft der Arbeiterklasse ist."

(Zitiert aus: Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, „Restauration und Ausbau der imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie")

– (bb)

Beschluß der Bundesjugendkonferenz der IG Metall 1974

Aufhebung des KPD-Verbots

Die 10. Jugendkonferenz fordert den Gewerkschaftstag auf, folgenden Antrag zur Aufhebung des KPD-Verbotes anzunehmen:

Die IG Metall fordert die Aufhebung des KPD-Verbotes. Bereits die 9. ordentliche Jugendkonferenz hat mit großer Mehrheit die Aufhebung des KPD-Verbotes gefordert, aber bis jetzt besteht es noch immer. Mit der im Jahre 1968 erfolgten Konstituierung der DKP ist nicht automatisch das der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung feindlich gegenüberstehende KPD-Verbot vom Tisch. Durch das noch bestehende KPD-Verbot ist es jederzeit möglich, Maßnahmen gegen demokratische und sozialistische Kräfte durchzuführen, wie das Verbot des SDS Heidelberg, das Verbot von GUPS und GUPA, Bespitzelung und Observation bei Streiks und ähnlichen Arbeitskämpfen, die Verweigerung von Förderungsmitteln für den Verband Deutscher Studentenschaften und andere staatliche Unterdrückungsmaßnahmen gezeigt haben. In diesem Zusammenhang sind auch die erneuten Angriffe der Reaktion von allen Seiten zu betrachten, wie die Bundestagsdebatte über das Grundgesetz und die Verfassungswirklichkeit am 14. Februar 1974 erneut gezeigt hat, in der Zitate aus dem Zitatenkästlein des Nationalsozialismus in eine Reihe mit Aussagen sozialistischer Kräfte gebracht wurden, um mit diesen Lügengebäuden ein weiteres Verbot aller kommunistischen und sozialistischen Organisationen einzuläuten. Dies ist ein elementarer Angriff auf die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen, den wir mit Entschiedenheit zurückweisen müssen. Wir fordern die Durchsetzung unserer demokratischen Rechte. Wir fordern die Wiederzulassung der KPD.

mit großer Mehrheit angenommen
